

Grundsätze christlicher Politik

Persönliches Vorwort

Wenn mich jemand fragt, welche der Parteien ich derzeit persönlich bevorzuge, wähle oder zu wählen empfehle, lautet die Antwort, dass ich mich entschlossen habe, dies keinem meiner Schüler und Studenten mitzuteilen. Ich tue das, weil ich niemanden (positiv oder negativ) beeinflussen will, eine bestimmte Partei zu wählen und es selbst als sehr unangenehm empfand, wenn früher oft Nahestehende (Pfarrer, Lehrer, Professor, ...) versucht haben, mich in einem solchen Sinne zu beeinflussen. Ich rede und streite lieber über politische Sachfragen als über das „richtige Kreuz“ auf dem Wahlzettel.

Allgemein kann ich aber sagen, dass ich lange Zeit große Sympathien und ein großes Interesse für „linke“ und später auch „grüne“ Politikentwürfe hatte; mein (von mir in seinem politischen Urteil sehr geschätzter) Vater war in den 1960er und 1970er Jahren für den (linken Flügel der) SPD politisch aktiv und überlegte eine Zeit lang, ganz in die Politik einzusteigen, er hatte sogar persönlichen Kontakt zum damaligen Juso-Chef Gerhard Schröder etc. Heute sehe ich die „linke“ und „grüne“ Politik kritischer; wenn ich „links“ kritisiere, ist das nicht deswegen, weil ich diese Richtung nicht „mag“, sondern umgekehrt: Weil ich die Denkweise ganz gut kenne und manches an ihr nach wie vor schätze, ist es mir ein besonderes Anliegen, hier auf Fehlentwicklungen und Gefahren aufmerksam zu machen, die man vor allem (aber nicht nur) bei Linksradikalen und Linksextremen findet.² Während heute eine scharfe Sensibilität gegen Gefahren rechter Ideologien in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, ist ein gesundes Gespür für die Gefahren von der anderen Seite abhanden gekommen. Angesichts dieser Tatsache würde ich, wenn ich ein skrupelloser Machtpolitiker wäre, der heute eine neue, weltweite Diktatur zu errichten anstrebt, mich *nicht* an die Spitze einer „rechten“ Bewegung stellen, sondern würde mich umgekehrt der für die große Mehrheit der heutigen Menschen als „fortschrittlich“ geltenden Ideen und Schlagwörter bedienen. Ich würde mich also konkret mich als „Antifaschisten“ ausgehen, der ein härteres weltweites Durchgreifen mit der Notwendigkeit zur Rettung der (Um-)Welt und des Friedens zwischen den Völkern rechtfertigt. Ich fürchte (und würde darauf wetten), dass ein Großteil der Menschen einem so auftretenden „Weltretter“ freiwillig folgen würde, in voller Überzeugung, sich für das Gute einzusetzen. Öfter muss ich hier an C.S. Lewis „Unterteufel“ denken, der vom „Oberteufel“ angewiesen wird, dafür zu sorgen, dass die Menschen mit ganzer Kraft eine bestimmte Gefahr bekämpfen, wenn die wirkliche Gefahr von der Gegenseite her droht. So soll der Unterteufel dafür sorgen, dass die Menschen geschäftig „alle mit Feuerlöschern herumrennen“, wenn eine Überschwemmung droht, oder dass sie, wenn das Schiff auf der einen (z.B. linken) Seite zu kentern droht, fürchten, es würde auf der anderen Seite kentern, und sich daher alle auf Seite begeben, die schon beinahe unter der Wasserlinie liegt, wodurch sie ihren Untergang noch beschleunigen bzw. selbst herbeiführen.

Ich möchte passend zum Thema einige Bücher empfehlen:

1. Von *Gustave Le Bon* (1841–1931), dem wissenschaftlichen Begründer der modernen Massenpsychologie, dessen Hauptwerk „*Psychologie der Massen*“ aus dem Jahre 1895 (zwölfte deutsche Auflage 2015). Le Bon zeigt hier durch sehr treffende Beobachtungen, wie sich Massen beeinflussen lassen; vermutlich haben es nicht nur extremistische Politiker des 20. Jahrhunderts, sondern auch heutige Mainstream-Politiker oder ihre Manager gelesen, die sich offenbar die hier beschriebenen Mechanismen zu Nutze machen (siehe Genaueres unten S. 20).

2. Von *Zbigniew Brezinski* (1928–2017) das Buch *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie zur Vorherrschaft* aus dem Jahre 1997. Brezinski ist ein in den USA und weltweit hoch angesehener Politikwissenschaftler, er war von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter und 1988 wichtigster Sicherheitsberater von Präsident George Bush. Die einzig momentan verfügbare deutsche Übersetzung des Buches ist im KOPP-Verlag erschienen, und aus diesem Grund wollen es viele Linke nicht lesen, weil der Verlag etliche grenzwertige pseudowissenschaftliche und „rechte“ Bücher veröffentlicht hat. Das bringt mich gleich zu einem ersten Kritikpunkt an „linkem“ Denken: Das Messen mit zweierlei Maß. Einerseits sagt man zu Recht, dass man einen Menschen niemals allein aufgrund seiner Herkunft vor-verurteilen sollte. Aber dann sollte man andererseits doch bitte auch ein Buch nicht allein aufgrund des Verlages vor-verurteilen, in dem es erschien. Das Buch wurde von Helmut Schmidt (ehemaliger SPD-Kanzler) empfohlen, und das empfehlende Vorwort der deutschen Ausgabe stammt von Dietrich Genscher (ehemaliger FDP-Außenminister). Und als Referenz von linker Seite sollte hoffentlich reichen, dass Sahra Wagenknecht (LINKE) in einer Bundestagsrede mit dem Buch argumentiert, siehe ihre zehnminütige glänzende Rede auf

¹ Der Text ist im Wesentlichen derselbe wie der im Jahre 2018 geschriebene; daher wird nicht auf die gegenwärtige Corona-Krise eingegangen. Die sich aus den heutigen Erfahrungen ergebenden neuen Beispiele und Konkretisierungen dürften aber für den politisch aufmerksamen Leser eicht erkennbar sein.

² Links/Rechts-radikal ist übrigens nicht genau dasselbe wie Links/Rechts-extrem, obwohl beide Begriffe oft synonym verwendet werden. Ein Links/Rechts-Extremist ist jemand, der eine Position ganz weit links/rechts vertritt. Ein „Radikaler“ aber (von lat. radix, Wurzel) ist jemand, der seine Position (was immer sie ist) „ganz und gar, also mit voller Entschiedenheit“ vertritt. Man kann also (z.B.) auch „radikaler“ Befürworter einer „Partei der Mitte“ wie etwa der FDP sein. Mithin kann ein „Linksradikaler“ auch eine gemäßigt Linke Position haben, die er eben „radikal“ vertritt. Gewöhnlich sind zwar Extremisten immer auch Radikale, aber umgekehrt müssen Radikale noch kleine Extremisten sein. Radikale neigen manchmal zu Gewalt (weil im Gewaltgebrauch „Entschiedenheit“ zum Ausdruck kommt), aber dies ist nicht zwingend; es gibt ja auch radikale Pazifisten.

<https://www.youtube.com/watch?v=Q721NSrzo20>. Inhaltlich macht Brezinski in dem Buch Vorschläge, was die USA tun muss, um nach dem Fall der Sowjetunion ihren Status als einzige übriggebliebene Weltmacht zu erhalten und auszubauen. Dazu dürfe man (z.B.) andere globale Mächte wie Russland oder China nicht (wieder) mächtig werden lassen. Konkret wird hier empfohlen, die Ukraine von russischem Einfluss zu befreien und an Europa anzugliedern (was bemerkenswerterweise 1997, lange vor der sog. Ukraine-Krise, geschrieben ist). Diese und weitere strategische Überlegungen des Buches haben offenbar große Linien der US-Außenpolitik tatsächlich bis heute bestimmt. Trump stellte sich zumindest rhetorisch dagegen, aber es scheint, dass auch er hier wenigstens stückweise „auf Linie gebracht“ wurde. Daher ein interessantes Buch.

3. Holger Stroh, *Demokratie in Gefahr*, Elbingen 2. Auflage 2018. Stroh ist radikaler Atomkraftgegner, ehemaliger Sachverständiger für den Innenausschuss des Deutschen Bundestages, und Träger des *Bundesverdienstkreuzes und Preisträger der internationalen Umweltschutzmedaille*. Er bezeichnet sich selbst als „Ur-Grünen“ und „Ur-Linken“, der jetzt aber eher anarchistisch denkt („keine Macht für niemanden“), und eine harsche Fundamentalkritik an Politik und Wirtschaft bringt. Das Buch dieses „radikaldemokratischen Querdenkers“ wird von Michael Müller (SPD, ehemaliger Staatssekretär des Bundesumweltministeriums) empfohlen. Ich stimme zwar nicht mit allen seinen Thesen überein (z.B. mit seiner These zum Klimawandel), und er scheint mir hier oder da zu unvorsichtig mit Zitaten umzugehen, bietet aber eine Fülle interessanter Informationen und Denkanstöße.

4. Der klassische Science Fiction Roman *Der Herr der Welt* des katholischen Priesters Robert Hugh Benson (1871–1914) aus dem Jahre 1907, der beschreibt, wie Ende des 20. Jh. der Antichrist die Weltherrschaft erlangt, ähnlich wie (aber viel ausführlicher und spannender als) die „*Kurze Erzählung vom Antichrist*“ von Wladimir Solowjew.

Ich formuliere nun im Folgenden einige Grundsätze (m)einer christlichen Einschätzung des politischen Geschehens. Das Folgende ist genauer (m)eine Sicht und Konkretisierung der Prinzipien der Katholischen Soziallehre, die ich von allen mir bekannten sozialetisch-politischen Ansätzen als die bei weitem weiseste und beste ansehe.

Die kath. Soziallehre ist die in der Bibel und der kirchlichen Lehrverkündigung aller Zeiten grundlegende katholische Sozialethik in der Form, wie sie seit 1891 in den päpstlichen „Sozialenzykliken“ (Lehrschreiben zur sozialen Fragen) dargestellt und weiterentwickelt wird.³ Diese Soziallehre formuliert nur Prinzipien und Leitlinien, die mit recht verschiedenen konkreteren Parteiprogrammen kompatibel sind. Im Gegensatz zu anderen Lehren der Kirche (etwa ihrer Sexualethik) haben die Prinzipien der kath. Soziallehre heute weltweit in hohem Maße (religions- und parteienübergreifend) Anerkennung und Wertschätzung erlangt. Anklänge daran finden sich sogar in internationalen Gesetzestexten wie etwa im Maastricht-Vertrag. Erklärtermaßen sind nicht nur konservative Politiker (wie viele in der CDU/CSU), sondern etwa auch Ministerpräsident Kretzmann (Grüne), Martin Schulz (SPD) und Oskar Lafontaine (die Linke) oder Bernie Sanders (parteiloser „linker“ US-Politiker, der sich als „demokratischer Sozialist“ bezeichnet) ebenfalls „Fans“ der katholischen Soziallehre.⁴ Sogar Nichtchristen (wie das Beispiel Bernie Sanders zeigt) erkennen die Weisheit dieser Lehre oft an. Das dürfte wohl auch daran liegen, dass sie nicht *allein* auf Bibeltexten und göttlicher Offenbarung fußt, sondern in hohem Maß auch Grundgedanken der sog. „*Philosophia Perennis*“ (d.h. der klassischen Philosophie) einbezieht, innerhalb derer rein rational begründbare Konzepte der Sozialethik entwickelt wurden, welche die Kirche als übereinstimmend mit der Offenbarung erkannt und somit rezipiert hat.

Trotz all dieser Anerkennung stehen die folgenden Ideen dennoch in vielen Punkten quer zum heutigen Zeitgeist, sind also in diesem Sinn „ungleichzeitig“. Sie unterscheiden sich sowohl von liberalen als auch von rechts/links-radikalen extremistischen Positionen (wobei extrem „linke“ und „rechte“ Positionen m.E. ultimativ konvergieren: wie ich unten begründen werde, sind es verschiedene Wege zu einem weitgehend identischen Endziel, wobei die weltpolitische Entwicklung sich diesem Ziel derzeit mehrheitlich eher auf der „linken“ Route annähert).

Ich beginne (wie man es in jeder guten Argumentation tun sollte) mit den philosophischen Grundlagen. Dazu gehört in erster Linie eine Vision des *Zieles* der Politik (d.h. des Ideals, das anzustreben und, sofern schon erreicht, zu bewahren ist) und eine Reflexion über die *Mittel*, die man bei der Verfolgung der Ziele ergreifen darf, kann und sollte.

1. Ziel der Politik sollte es sein, „*das größte Glück der größten Zahl von Individuen*“ zu fördern, oder genauer: *so viel Personen wie möglich so glücklich wie möglich zu machen*.

Drei Klarstellungen halte ich für nötig, um dieses Konzept zu entfalten und von Missverständnissen abzugrenzen:

³ Die erste „Sozialenzyklika“ wurde 1891 von Papst Leo XIII. vorgelegt und hatte den Titel „*Rerum novarum*“. Anlass war die soziale Frage (Arbeiterfrage) im 19. Jahrhundert, die zur Entstehung der Theorie des Sozialismus/Kommunismus als Lösungsweg geführt hatte. Leo XIII. verlangte einen „*dritten Weg*“ zwischen dem Sozialismus/Kommunismus und Liberalismus/Kapitalismus. Gegen den Sozialismus/Kommunismus verurteilte der Papst gewaltsame Lösungen und verteidigte das Recht auf Eigentum und die Eigenständigkeit der Familien, gegen den Liberalismus/Kapitalismus forderte er eine gegen Missstände einschreitende staatliche Sozialpolitik (Regulierung des gescheiterten „freien Spiels der Kräfte“), Lohngerechtigkeit und solidarisches Verhalten aller. Die Soziallehre nimmt von diesem ihrem Ursprung her auch die *Mitte* zwischen extremer Individualisierung und extremer Kollektivierung ein.

⁴ Zu Bernie Sanders Stellungnahme siehe <https://www.ncronline.org/blogs/ncr-today/full-text-bernie-sanders-speech-vatican>.

1a) Man muss zunächst überlegen, worin das zu fördernde „Glück“ oder synonym das „Gute“ oder „Ideale“ besteht. Es sollte *nicht* das Ziel sein, dafür zu sorgen, dass jeder immer sofort das bekommt, was er will oder verlangt, sondern sollte dafür sorgen, dass jeder bekommen kann, was ihn „wahrhaft“ glücklich macht, also „objektiv“ gut ist. Wenn z.B. alle Staatsbürger drogensüchtig wären, und nach dem Genuss lebensverkürzender Drogen verlangten, wäre eine „das größte Glück“ dieser Menschen befördernde Politik nicht eine solche, die ihnen die begehrten Drogen verschafft, sondern eine solche, die sie von ihrer Abhängigkeit befreit und ihr Leben rettet. Es scheint also für das „wahrhaft Gute“ und das „wahre Glück“ objektive Maßstäbe zu geben. Zwar gibt es subjektive Vorlieben (Geschmacksfragen) und somit relativ und bedingt Gutes, aber daneben auch objektiv und unbedingt Gutes (und Schlechtes), und nur dieses Letztere objektiv Gute und Schlechte ist Gegenstand der klassischen Ethik; denn nach Kant gilt, das Ethik nicht über das bedingt („hypothetisch“) Gesollte, sondern über das unbedingt („kategorisch“) Gesollte reflektiert. Was absolut/unbedingt Gut und Schlecht ist, beruht nicht auf äußerer Konvention oder auf willkürlicher Gesetzgebung (auch nicht auf einer speziellen göttlicher Offenbarung!), sondern gründet in der (allerdings nach theistischem Glauben von Gott geschaffenen) Natur der Sache, die im Prinzip von jedem Menschen in seinem Gewissen erkennbar ist. Schon Paulus hat behauptet, dass jeder Mensch die diesbezügliche Norm (die Paulus „das Gesetz“ nennt) im Prinzip ohne göttliche Offenbarung im eigenen Herzen erkennen (Röm 2,14–15). Diese These nennt die katholische Sozialethik das Naturrechtsprinzip. Weil die Ethik insbesondere auch nicht auf göttlicher Offenbarung beruht, folgt aus dem Naturrechtsprinzip auch das Prinzip der Laizität, wonach die Gestaltung sozialpolitischer Aktivitäten „Sache der Laien“ ist, die, auch wenn sie als Christen handeln, dabei nicht direkt als Vertreter der Kirche handeln. Die Kirche mischt sich nicht in die Regierung der einzelnen Länder ein und spricht sich nicht für bestimmte ganz konkrete politische Systeme und Parteien aus; sie setzt höchsten einen allgemeinen sozialetischen Rahmen. Von daher ist für kirchentreue Christen eine Zusammenarbeit mit Gläubigen anderer Konfessionen und Religionen und auch mit allen „Menschen guten Willens“ über Parteigrenzen hinweg problemlos möglich. Das hinter all dem stehende Naturrechtsprinzip – also die Existenz von objektiv Gutem und Schlechtem – ist nun zwar (wie nahezu alles) in der Philosophie umstritten, wird aber von fast allen großen Philosophien der Vergangenheit behauptet (angefangen von Sokrates, Platon, Aristoteles und den Stoikern über die großen christlichen Philosophen des Mittelalters bis hin zu Kant und Hegel) und lässt sich mit Blick auf das Phänomen des Gewissens gut untermauern. Das Gewissen ist, wie Kant erkannte, die „praktischen Vernunft“, eine Art (Urteils-)Vermögen des Menschen, das „unbedingt Gesollte“ alias „objektiv Gute“ oder „Ideale“ zu erkennen, was beim einzelnen Menschen mehr oder weniger gut funktioniert. Das Gewissen kann wie jedes Erkenntnisvermögen irren, es kann „abgestumpft“ oder „geschärft“ werden, wodurch sich unterschiedliche Gewissensurteile erklären, aber man kann wenigstens in grundlegenden Fragen kulturübergreifend dieselben Urteile des Gewissens darüber feststellen. Dem weitgehenden Konsens entsprechend kann man z.B. konkret sagen, dass es (zumindest unter gewöhnlichen Umständen) gut sei, Leben zu erhalten und zu verlängern, Krankheiten zu bekämpfen, Schmerzen zu lindern, Wissen zu erwerben, seine Fähigkeiten zu erweitern, in Freundschaft mit anderen zusammenzuleben usw. *Diese klar im Gewissen der meisten als „gut“ qualifizierten Ziele möglichst weitgehend für möglichst viele Menschen erreichbar zu machen*: das ist also ganz konkret das, was eine „das größte Glück der größten Zahl“ fördernde Politik anstreben sollte. Nur sehr unzureichend und oberflächlich lässt sich das „Glück“ auch als „Wohlstand“ fassen und mit der Höhe des Einkommens oder Besitzes bemessen; dies ist zwar nur ein sehr unvollkommener Orientierungspunkt, aber dennoch nicht unwichtig, denn es ist der einzige, den wir haben, wenn wird das anzustrebende Glück „quantifizieren“ wollen.

b) Man könnte fragen, warum die Maxime nur heißen soll, „so viel wie möglich Personen so glücklich wie möglich machen“ und nicht einfach „alle Personen allumfassend glücklich zu machen“. Die letztere Maxime ist diejenige der politischen Extremisten aller Couleur. Gegen sie spricht, dass es unrealistisch ist, in einer endlichen Welt mit begrenzten Ressourcen dieses Maximalziel zu erreichen. Es ist hier ein „Paradies für alle“ angedacht, wie es offenbar (wenn überhaupt) nur einer jenseitigen Welt oder einer physikalisch umgestalteten diesseitigen Welt eines neuen Äons verwirklicht werden kann. Nach christlichem Glauben wird Gott tatsächlich ein Paradies erschaffen: ein unvorstellbares allumfassendes Glück, das allen angeboten wird, aber nur denjenigen geschenkt werden kann, die sich die dafür notwendigen Voraussetzungen erworben haben, nämlich zumindest ansatzweise eine „Liebe“ (oder positive Einstellung) zu Gott und dem Nächsten, die durch den Einsatz für die Verbesserung der diesseitigen Welt erworben und vertieft werden kann. Angesichts dessen sollte nun für den Christen ein politisches Handeln im Bewusstsein des sog. „eschatologischen Vorbehalts“⁵ erfolgen, oder anders gesagt, es sind zwei Extreme zu meiden: auf der einen Seite eine extreme *Aussteiger-Mentalität* („ich kümmere mich nur um mein Seelenheil, nicht um die diesseitige Welt, die sowieso bald untergeht und durch die jenseitige ersetzt wird“), auf der anderen Seite die wohl noch gefährlichere *Schwärmer-Mentalität* („wir können und müssen den baldigen Weltuntergang verhindern, und danach / darüber hinaus können und müssen wir das Paradies auf Erden errichten“). Beide Extrempositionen gehen vom angeblich bald drohenden Weltuntergang aus. Der empfehlenswerte Mittelweg dazwischen ist der echt christliche, geduldige, ausdauernde Einsatz für die Bewahrung und wenn möglich auch Vermehrung des Guten in dieser Welt, bei gleichzeitigem Wissen, dass all unser Tun vorläufig ist und seine letzte Vollendung Gott vorbehalten bleibt (was von dem berühmten und in ihrer Ausrichtung sehr unterschiedlichen katholischen Theologen *Erik Peterson* und *Johann Baptist Metz* der „eschatologischen Vorbehalt“ genannt wurde). Trotzdem kann und soll man sich für die Verbesserung der Welt einsetzen, weil dieser Einsatz nach christlichem Glauben zu einer Charakterreife führt; diese Welt ist gewissermaßen unser zeitlich begrenztes „Bewährungsfeld“ und die Vorbereitung auf das ewige Leben in dem von Gott zu schaffenden „Paradies“. So ist der Einsatz für die Welt

⁵ Der „eschatologische Vorbehalt“ spricht also die Überzeugung an, das die Vollendung der Welt nicht vom Menschen gemacht werden kann, sondern Gott vorbehalten ist; dabei ist das Adjektiv „eschatologisch“ von „Eschatologie“ abgeleitet, worunter man die (theologische) Lehre von den sog. „letzten Dingen“ versteht: Tod/Weltuntergang, Gericht am Todestag und am jüngsten Tag, und Endzustände Himmel und Hölle.

wichtig, ohne dass aber diese Welt absolut zu setzen ist. Als christliche politische Grundhaltung resultiert daraus eine ein „andauernder Einsatz im Zustand *Gelassenheit*“; Da die (diesseitige, jetzige) Welt nicht „alles“ ist, kann und soll man sich unverkrampft und gelassen für sie einsetzen. Und zwar gleichgültig, ob der Weltuntergang kurz bevorsteht oder nicht.

Karl Marx hat die diesbezügliche christliche Position fälschlich *mit der Aussteiger-Position verwechselt*, indem er den Christen „Diesseits-Verleugnung“ und „Jenseits-Vertröstung“ vorwarf und die Kirche als system-stabilisierendes, den Kampf gegen diesseitige Ungerechtigkeit lähmendes „Opium des Volkes“ sah; er forderte deshalb Atheismus als unverzichtbare Grundlage eines positiven gesellschaftlichen Wandels. Alles Streben müsse rein diesseitig ausgerichtet sein, und es gelte, das „Paradies auf Erden“ zu schaffen. Die genuin christliche Religion lehnt Letzteres als unrealistisch ab, hemmt aber keineswegs den Einsatz für den Mitmenschen und die Weltverbesserung, sondern fordert diesen Einsatz als heilsentscheidend (vgl. Jesu Rede vom Weltgericht Mt 25 mit dem Kernsatz: „was ihr dem geringsten meiner Brüder getan hat, das habt ihr mir getan“). Das Christentum hat für diesen Einsatz gegenüber dem atheistischen Marxismus und anderen links- und rechtsextremen rein innerweltlichen Weltverbesserungskonzepten zwei Vorteile: (1) einerseits kann der Christ gerade *aufgrund* seines Glaubens an das Weiterleben nach dem Tod „aufs Ganze gehen“, d.h. ohne Rücksicht auf irdische Vorteile und zur Not bis zum Einsatz seines Lebens für die Wahrheit und die gute Sache eintreten, wie es auch Christus selbst getan hat. (2) Andererseits braucht er nicht zu verzweifeln, wenn er keinen sichtbaren Erfolg hat und es ihm nicht gelingt, die Welt zu verbessern, wissend, dass vor Gott das ehrliche Bemühen gleichviel zählt wie der Erfolg. Vgl. zu diesem Grundsatz das tiefe „Gelassenheits-Gebet“ des Theologen Reinhold Niebuhr: „*Gott, gib mir Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann; aber auch und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.*“

Den marxistischen Vorwurf der „Jenseitsvertröstung“ kann der Christ also getrost zurückweisen; und kann umgekehrt den Marxisten vor einer „verzweifelten Diesseitsfixierung“ warnen, denn wenn man alles vom Diesseits erwartet und jenseitige Vergeltung abstreitet, kann es leicht zu verzweifelten Aktionen kommen. Da sich das Paradies auf Erden nicht (oder zumindest nicht schnell genug, d.h. noch vor dem Tod des Aktivisten) von selbst einstellt, kann sich bei ihm leicht die Versuchung einstellen, es mit Gewalt herbeizuzwingen; und dazu kann er wenn nötig *jedes* Mittel einsetzen (vgl. Dostojewskis Einsicht „wenn es Gott nicht gibt, ist alles erlaubt“). Geschichtliche Erfahrung (man denke an Stalin oder Pol Pot) zeigt, mit welcher Grausamkeit das Prinzip „der Zweck heiligt die Mittel“ tatsächlich angewendet wurde. Basierend darauf hat Karl Popper den weisen Schluss gezogen: „*Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produziert stets die Hölle.*“

Eine den Marxismus noch überbietende modernere Infragestellung des eschatologischen Vorbehalts ist der sog. *Trans- und Posthumanismus*: das Streben, die Natur des Menschen durch Einsatz utopischer Technik zu „verändern“, d.h. hin zu einem Übermenschen zu „verbessern“ (*Transhumanismus*) und ultimativ den Menschen sogar durch eine ganz neue, dem Menschen (und dem Übermenschen) noch weit überlegene neue nichtmenschliche Spezies zu „ersetzen“ (*Posthumanismus*). Trans- und Posthumanismus sehen manche als moderne Weiterentwicklung des Marxismus; das ist sicher eine einseitige Sicht, aber zumindest bestehen folgende Gemeinsamkeiten zwischen Marxismus und Trans/Posthumanismus:

- (1) das materialistisch-physikalistisch Weltbild,
- (2) das Ziel, mit Einsatz moderner Technik ohne Gott eine neue, paradiesische Welt zu erschaffen,
- (3) und dabei den Menschen, dessen geistige Freiheit geleugnet wird, zu etwas Neuem umzugestalten.

Hierzu ist zu kurz sagen: Es spricht nichts gegen den Einsatz von Technik zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen, solange der Mensch noch (diesseitiger) Mensch bleibt. Die Verwandlung des Menschen in etwas den diesseitigen Menschen Transzendierendes aber möge man doch bitte Gott, dem Schöpfer, überlassen.

c) Obwohl das „*größte Glück der größten Zahl*“ als Zielbeschreibung treffend ist, ist das ethische System des *Utilitarismus*, in dem eine Handlung *dann und nur dann* als im ethischen Sinn „objektiv gut“ bewertet wird, wenn sie „das größte Glück der größten Zahl“ fördert, *dennoch als unzureichend abzulehnen*. Denn diese Ethik führt zum Prinzip „*der Zweck heiligt die Mittel*“ und heißt unter Umständen Handlungen gut, die das Gewissen der meisten Menschen verbietet. Man dürfe hiernach z. B. eine kleinere Zahl von Menschen gezielt vollkommen unglücklich machen (etwa: töten), wenn man dafür eine größere Menge im größerem Maße glücklich machen könnte. Ein historisches Beispiel für ein solches Kalkül ist die Entscheidung des US-Präsidenten Harry Truman, im August 1945 zwei japanische Städte mit der Atombombe auszulöschen. Seine Überlegung war, dass zwar hunderttausend unschuldige Menschen sofort sterben, aber das Leben von Millionen erhalten bleibt, weil voraussichtlich Japan nach dem Einsatz der Atombombe kapitulieren wird und so der Krieg sofort ein Ende findet, der andernfalls noch lange weitergehen und Millionen Menschenleben kosten würde. Die katholische Ethik weist diesen *Utilitarismus* zurück, und nimmt eine mittlere Position ein zwischen diesem und dem gegenteiligen Extrem: dem Prinzip, man dürfe *unter keinen Umständen Übel hervorbringen*. Das letztere Prinzip kann man die *Aussteiger-Ethik* nennen, die den Menschen in vielen Fällen zur Passivität verurteilt wird: immer dann, wenn sein Handeln voraussichtlich ein Übel hervorrufen kann.

Die katholische Mittelposition besteht darin, dass man zwischen „direkt“ und „indirekt“ hervorgebrachtem Übel unterscheidet; man verbietet unter allem Umständen das *direkte*, erlaubt aber unter Umständen das *indirekte* Hervorbringen eines Übels. Dabei gilt eine Wirkung „direkt“ (oder: als „Hauptwirkung“) hervorgebracht, wenn jemand sie *mit Absicht hervorbrachte*, d.h. wenn die Handlung auf diese Wirkung „intentional ausgerichtet“ war, man sie also erreichen *wollte*; und zwar (und dies ist sehr wichtig!) unabhängig davon, ob man sie nur *als Mittel* (d.h. *Nahziel*) oder *als Zweck* (d.h. *Fernziel oder Endziel*) der Handlung angestrebt hat. Alle anderen Wirkungen gelten als „indirekt“ hervorgebrachte Wirkungen oder „Nebenwirkungen“.

Hinter der Unterscheidung zwischen „direkt“ und „indirekt“ steckt die Erfahrungstatsache, das *jede* unserer Handlungen *immer* eine Vielzahl von (nahen und fernen) Wirkungen hervorbringt: mindestens eine dieser Wirkungen folgt ja der Handlung sofort und unmittelbar, und im Laufe der Zeit ergeben sich aus dieser Wirkung sehr viele weitere fernere Wirkungen, unter denen meist nur ein Teil „intendiert“ ist. Z.B. hatte der oben genannte Atombombenabwurf als unmittelbare Wirkung den Tod von

hunderttausend Menschen zur Folge (dies war die von Truman *als Mittel gewollte* Wirkung) und eine der ferneren Wirkungen war die Kapitulation Japans (die Truman *als Ziel wollte*); weitere fernere Wirkungen aber sind z.B. die bis heute anhaltenden Diskussionen über das Recht oder Unrecht der Truman'schen Entscheidung (das sind vermutlich von Truman damals weder als Mittel noch als Ziel gewollte, also überhaupt nicht gewollte, vielleicht auch überhaupt nicht bedachte Wirkungen). Wichtig ist nun, dass unter den indirekten (nicht-intendierten) Wirkungen alias Nebenwirkungen auch solche sein können, deren (mögliches, wahrscheinliches oder sogar sicheres) Eintreten man sehr wohl *voraussieht*. In diesem Fall sagt man, dass man sie zwar nicht will (weder als Mittel noch als Ziel), wohl aber „als Nebenwirkungen in Kauf nimmt“ oder „wissentlich zulässt“. Man darf nun nach katholischer Ethik manche Übel, die man direkt nicht hervorbringen darf (wie den Tod eines unschuldigen Menschen) „unter Umständen“ dennoch als indirekte Wirkungen hervorbringen, auch wenn es vorhergesehen, also wissentlich zugelassene Wirkungen sind. Die „Umstände“, unter denen man das darf, sind beschrieben im sog. „Prinzip von der Handlung mit Doppelwirkung“ (HmD) Demnach darf man eine „Handlung mit Doppelwirkung“ (definiert als eine solche, aus denen eine gute und eine schlechte Wirkung „gleich-unmittelbar“ hervorgeht) unter den vier Bedingungen durchführen

(1) die Handlung selbst ist gut oder neutral, aber nicht schlecht,
(2) nur die gute Wirkung ist direkt (d.h. intendiert), die schlechte indirekt hervorgebracht (höchstens zugelassen, nicht gewollt),
(3) die schlechte Wirkung ist untrennbar mit der guten verbunden, man kann die gute nicht ohne die schlechte hervorbringen
(4) die gute Wirkung „wiegt“ mehr als die schlechte; oder jedenfalls „verbessert“ die Handlung im Endeffekt die Welt: sie „vermehr“ das anzustrebende Gute in der Welt nach ehrlicher subjektiver Güterabwägung und Einschätzung des Handelnden. Ein Schulbeispiel hierfür ist die *indirekte Abtreibung*, die nach diesem Prinzip erlaubt ist, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist. Hat etwa eine Schwangere Gebärmutterkrebs, wird der Arzt die Gebärmutter herausnehmen, was in Bezug auf die beiden sofort und gleich-unmittelbar eintretenden Wirkungen (Lebensrettung der Mutter und Tod des Kindes) eine HmD ist. Die Handlung, hier das Herausnehmen der Gebärmutter, ist an sich (d.h. abgesehen von ihren weiteren Wirkungen) neutral (Bedingung 1), von den beiden Wirkungen ist im Normalfall vom Arzt nur die gute, nämlich die Heilung der Mutter, intendiert (Bedingung 2); beide Wirkungen sind untrennbar, es gibt bisher keinen bekannten Weg, das Leben der Mutter zu retten, ohne dass das Kind dabei stirbt (Bedingung 3) und die Handlung „verbessert“ die Welt, da ja durch die Handlung die Mutter am Leben bleibt, während eine Unterlassung der Handlung den sicheren Tod *beider* (Kind und Mutter) zur Folge hätte.⁶ Ein anderes Beispiel ist die Notwehr, wo nicht schon *vor* einem voraussichtlichen Angriff, sondern *genau im Moment* des lebensbedrohenden Angriffs (wenn es nach subjektiver Einschätzung des Angegriffenen nur noch die Wahl besteht, wer sterben wird: der Angreifer oder der Angegriffene) eine Maßnahme ergreift, die den Angreifer tötet und den Angegriffenen rettet. Das ist dann kein Mord, sondern eine Lebensrettung mit Todesfolge als unvermeidliche Nebenwirkung (eine erlaubte HmD).

Man kann nun den Unterschied zwischen Utilitarismus, katholischer Ethik und Aussteiger-Ethik nun wie folgt charakterisieren: Der Utilitarismus erlaubt, *Übel sowohl indirekt als auch direkt hervorzubringen* (wenn man sich durch eine Güterabwägung dadurch eine Vermehrung des Guten in der Welt verspricht: „Der Zweck heiligt die Mittel“); nach Katholischer Ethik darf man Übel *nur indirekt hervorbringen* (als Nebenwirkung einer erlaubten HmD); und nach der Aussteiger-Ethik aber darf man Übel *überhaupt nicht hervorbringen* (muss also eine Handlung immer unterlassen, wenn sie voraussichtlich Übel hervorbringt). Die drei Ethiken unterscheiden sich scharf z.B. in der Frage der Euthanasie/Sterbehilfe: der Utilitarismus erlaubt unter Umständen die „direkte aktive Sterbehilfe“ (Tötung von Menschen, um sie vor Schmerzen zu bewahren); die katholische Ethik erlaubt nur die „indirekte aktive Sterbehilfe“ (Verabreichung von Schmerzmitteln mit der erforderlich hohen Dosis, auch wenn diese Dosis voraussichtlich als Nebenwirkung den Tod herbeiführt), die Aussteiger-Ethik würde „keinerlei aktive Sterbehilfe“ erlauben, nur das passive Sterbenlassen, gleichgültig wie groß die Schmerzen dabei sind.

Es ist nicht schwer, Vernunftgründe für die katholische Ethik und gegen die beiden anderen Ethiken aufzufinden. Gegen die Aussteiger-Ethik spricht, dass nach ihren Prinzipien fast gar kein Handeln (vor allem kein politisches) mehr erlaubt wäre, weil eben all unser Tun fast unvermeidlich auch negative Auswirkungen hat, diese Ethik ist also offenbar „zu streng“. Politisches Handeln wäre generell zu unterlassen, weil *jedes* Gesetz neben positiven eigentlich *immer* auch negative Auswirkungen hat (z.B. stets die, dass es die Freiheit einschränkt und somit den Menschen einen Zwang auferlegt).

Gegen den Utilitarismus aber habe ich oben schon angeführt, dass er vieles erlaubt, wovor das Gewissen zurückschreckt, so dass diese Ethik „zu viel“ erlaubt. Es lässt sich noch genauer sagen, woran das liegt: Für den Menschen kommt es darauf an, dass sein Streben stets auf das Gute gerichtet ist, d.h. die *Nahziele* seines Handelns (das was er *unmittelbar* tut) sollten gut sein; und diese Nahziele sind es auch, für die er *unmittelbar* verantwortlich ist. Dass man gute Fernziele hat (und natürlich haben sollte), hebt diese Verantwortung nicht auf. Truman hat unmittelbar die Bombe auf Unschuldige werfen lassen, und *dafür* ist er (und *niemand anders*) verantwortlich. Das erhoffte Fernziel des Kriegsendes ehrt ihn zwar und verkleinert sicher den Grad der objektiven Schlechtigkeit jener Massentötung, hebt sie aber nicht auf. Seine Handlung war keine erlaubte HmD, denn die Beendigung des Krieges war keine gleich-unmittelbare Wirkung mit dem verursachten Tod von hunderttausend Menschen, und sie war auch nicht untrennbar mit dieser Tötungshandlung verbunden. Denn einerseits wäre es ja denkbar gewesen, dass der Krieg auch ohne die Atombombe schnell zu Ende gegangen wäre; andererseits hätte er auch trotz der Atombombe (oder vielleicht auch wegen ihr!) noch lange weitergehen können. Man sieht hier: das erhoffte Kriegsende war in keiner Weise strikt kausal mit dem Tod der Hunderttausend verknüpft, es waren weitere freie Entscheidungen von anderen Personen außer Truman dazu nötig. Deshalb war das Kriegsende zumindest *nicht vollständig* Trumans Werk (auch wenn Trumans Tat die hierzu führenden Entscheidungen positiv beeinflusst haben könnte). Was aber *vollständig sein Werk* war, war eben die Tötung der

⁶ Es gibt Fälle, wo der letzte Punkt nicht so klar ist, wenn nämlich *entweder* die Mutter *oder* das Kind überleben kann; dann man nicht objektiv sagen, was besser ist, und es ist dann Sache der Mutter, zu entscheiden, ob sie ihr Leben retten oder zugunsten des Kindes opfern will: beides ist ethisch akzeptabel.

Hundertausend; und jeder Mensch muss in erster Linie darauf achten, dass das, für das er *unmittelbar* verantwortlich ist, gut ist. Die utilitaristische Ethik mag diejenige eines außerhalb der Zeit stehenden Gottes sein (denn dieser sieht alle Folgen zugleich, so dass für ihn keinen Unterschied zwischen Nach- und Spätfolgen existiert; daher könnte er wohl tatsächlich Übel zulassen, damit aus ihnen *später* Gutes entstehe, das er schon vorhersieht); aber *unsere* Ethik sollte dies nicht sein.

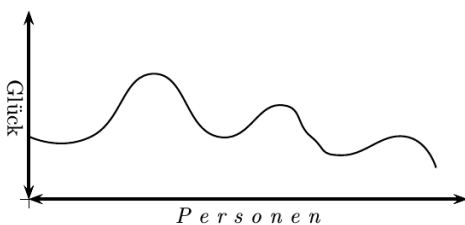
Aus diesen Überlegungen folgt: Zur Beförderung des „größten Glücks der größten Zahl“ dürfen *nicht alle Mittel* angewandt werden. Dies muss durch eine klare Benennung der nicht erlaubten Mittel ergänzt werden. Als Handlungen die „in sich schlecht“ sind, deren unmittelbare Wirkung also höchstens als Nebenwirkung in einer erlaubten HmD zulässig sind, sind nach christlicher Tradition – m. E. im natürlichen Gewissen auch eines Nichtchristen gut nachvollziehbar – in etwa die folgenden:

- (1) Gotteslästerung und Meineid (vgl. Ex 20,7; Lev 19,12),
- (2) Gewissenszwang: jemanden zwingen, gegen sein Gewissen zu handeln (vgl. Röm 14,22–23),⁷
- (3) Verleugnung des eigenen Glaubens bzw. der eigenen Grundüberzeugung (vgl. Mt 10,33; Lk 12,9; 2 Tim 2,12),⁸
- (4) parteiische und ungerechte Urteile vor Gericht (vgl. Spr 17,15),
- (5) Tötung und Verstümmelung eines unschuldigen Menschen (vgl. Ex 23,7),
- (6) Ehebruch und Unzucht (vgl. 1 Kor 6,9),
- (7) Lüge im Sinne eines Sagens der Unwahrheit in der Absicht, zu täuschen (vgl. Mt 5,37).

Derartiges muss sich also jeder unbedingt meiden, auch der Staat (der hier zudem eine Vorbildfunktion für den Einzelnen hat) darf es niemals direkt anordnen (wenngleich der Staat es unter Umständen dulden kann und nicht unbedingt bestrafen muss).

2. Standortbestimmung: „rechte“ und „linke“ – „obere“ oder „untere“ Politik

Man teilt Parteien und politische Programme in mehr oder weniger „linke“ und mehr oder weniger „rechte“ ein, was auf die historische Sitzordnung der Parteien in der französischen Nationalversammlung zurückgeht, wo rechts vom Präsidenten die königstreuen Mitglieder und links die revolutionären Mitglieder, welche die Monarchie abschaffen und durch eine Republik ersetzen wollten. Demgemäß steht „links“ hauptsächlich für das Anstreben von Gleichheit und den Abbau von Hierarchien; „rechts“ dagegen für Erhalt (oder gegebenenfalls Wiederherstellung) von Hierarchien. Dass dieser Unterschied von grundlegender Bedeutung ist, lässt sich auch aus dem Ziel aller Staatspolitik, das „größte Glück der größten Zahl“ zu befördern, wie folgt einsehen. Man kann das schon bestehende kollektive Glück in einer „Glückskurve“ veranschaulichen: Jeder Punkt der x-Achse stehe für einen Staatsbürger und die Höhe der Kurve über dem entsprechenden Punkt stehe für das momentane Maß des Glücks dieser Person., das sich (wenn auch nur unzureichend) am besten am Wohlstand / Besitz quantifizieren lässt.



Das Ideal wäre nun, diese Kurve so zu verändern, dass möglichst jede Person vollkommen glücklich ist, so dass die Kurve eine waagerechte Gerade möglichst weit oben über der x-Achse sein sollte. Hierzu sind zwei verschiedene Veränderungen der Kurve nötig: Zum einen muss sie in vertikaler Richtung „nach oben“ verschoben werden, und zum anderen muss sie in horizontaler Richtung „ausgeglichen“ (d.h. begradigt) werden. Beide Veränderungen sind nun in der Tat zwei Richtungen in der politischen Agenda,

welche man „rechte“ und „linke“ (Wirtschafts-)Politik nennt. Dabei ist eine Politik, die die Priorität auf vertikale Verschiebung nach oben (oft unter Vernachlässigung der Bemühungen um Begradigung) legt, „rechte (Wirtschafts-)Politik“, während eine Politik, die die Priorität auf den Ausgleich bzw. horizontale Begradigung der Kurve legt (oft unter Vernachlässigung der Bemühung um Verschiebung nach oben) „linke (Wirtschafts-)Politik“ ist; rechte Politik legt also die Priorität auf die Erhöhung des Wohlstandes, indem sie die Leistungsträger der Wirtschaft fördert (auch um den Preis, dass zunächst nur wenige am höheren Wohlstand teilhaben); linke Politik legt die Priorität auf die gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes (auch um den Preis, dass Niveau zunächst relativ niedrig ist). Anders gesagt: Da das Ziel („größtes Glück der größten Zahl“) zwei Aspekte beinhaltet (1) Vermehrung des Glücks (Wohlstands) einer (jeden) Person („größtes Glück der größten Zahl“ mit Betonung auf „Glück“), (2) Ausdehnung des Glücks (Wohlstands) auf alle Personen („größtes Glück der größten Zahl“ mit Betonung auf „Zahl“) und nur selten beide Aspekte gleichzeitig und mit gleicher Intensität Ziel des konkreten Handelns sein können, kann man die Priorität entweder auf (a) die Vermehrung des Wohlstandes oder auf (b) die gleichmäßige Verteilung an alle richten, und je nachdem betreibt man rechte bzw. linke (Wirtschafts-)Politik. Da beides nötig und begrüßenswert ist, ist (zumindest in dieser Beziehung) ein Ausgleich zwischen rechter und linker Politik und eventuell eine periodische Abwechslung beider Richtungen dem Wohl des Staates durchaus zuträglich. Mit diesem Hauptunterschied zwischen Links und Rechts gibt es aber weitere damit mehr oder weniger zusammenhängende Unterschiede. Insgesamt kann man die Unterschiede in etwa wie folgt beschreiben:

⁷ Demnach darf z.B. niemals jemand durch Drohungen oder Lockungen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden, der dies aus Gewissensgründen ablehnt, und zwar auch dann nicht, wenn dies noch so schlimme Folgen hätte (z.B. die Eroberung des Landes durch Invasoren).

⁸ Vgl. die Märtyrer, die es vorzogen, getötet zu werden, als ihren Glauben (rein äußerlich) zu verleugnen, auch wenn diese Verleugnung nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Familien schlimme Folgen hatte.

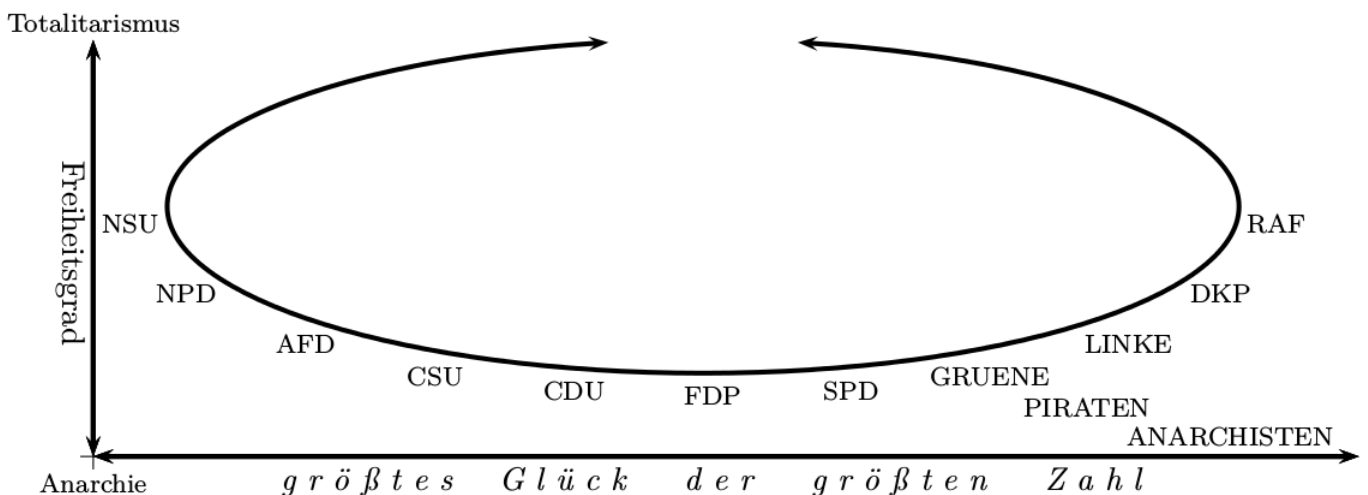
Linke treten ein

1. für eine egalitäre, auf (vor allem soziale und ökonomische) Gleichheit (Sozialismus/Kommunismus) ausgerichtete Politik;
2. für „Veränderung“ und „Fortschritt/Innovation“, Bruch mit Traditionen, insofern „progressive“ (= fortschreitende) Politik,
3. Internationalität: für die Entmachtung/Aufhebung/Vermischung der Nationen,
4. Parteinahme für die Interessen der Armen/Arbeiter/Benachteiligten/Schwachen, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für Milde gegen Kriminelle, Entgegenkommen gegenüber menschlichen Schwächen/Wünschen, gegen die traditionelle Sexualmoral und Familie, tendenziell pro Abtreibung, allgemein gegen harte politische Entscheidungen, die Schwache treffen könnten, .z.B. gegen zu starke Leistungsanforderungen und gegen starke Polizeigewalt und Militarismus.
5. radikal/extrem linke Politik kann aber andererseits auch Gewaltanwendung zur Durchsetzung linker Ziele befürworten: Revolution mit Waffengewalt, Enteignung/Verstaatlichung von Vermögen, „Diktatur des Proletariats“ (des vierten, untersten Standes), Umerziehung, Zerschlagung von Individualismus und von konkurrierenden Autoritäten wie Kirche und Familie.

Rechte treten ein

1. für eine die elitäre, „Leistungsträger“ befördernde Politik, für eine differenzierte (auch hierarchische) Gesellschaft,
2. für Bewahrung von Privilegien, aber auch bewährter Prinzipien, insofern für eine „konservative“ Politik,
3. für die Bewahrung von Nationen und (Leit-)kulturen (die „alte Rechte“ geht dabei oft von der Überlegenheit der eigenen Rasse und Nation aus, die „neue Rechte“ betont hingegen die Gleichwertigkeit aller Nationen, möchte aber die Nationen getrennt bewahren, was man „Ethnopluralismus“ nennt, der von Gegnern „Neorassismus“ genannt wird),
4. Parteinahme für Reiche/Kapitalisten/Privilegierte/Leistungswillige; rechte Politik möchte strenge Gesetze gegen Kriminelle, ist oft für die traditionelle Familie und strikte Sexualmoral, tendenziell gegen Abtreibung, begrüßt harte politische Entscheidungen, z.B. starke Leistungsanforderungen, starke Polizei und militärische Stärke.
6. radikal/extrem rechte Politik ist zudem für Gewalt zur Rückgängigmachung linker Systeme (für die sog. Konterrevolution), zum Machterhalt, gegen Feinde/Fremde und gegen Schwache der eigenen Gesellschaft (vgl. Hitlers Euthanasieprogramm).

Man kann die Parteien Deutschlands oder in etwa wie folgt nach rechts und links einteilen:



Das sog. *politische Spektrum* der Parteien, Bewegungen und politischen Ideen ist hier so dargestellt, wie es mit dem Blick auf den Parlamentspräsidenten sich darstellt, daher sind die hier links aufgeführten Parteien die „rechten“ (weil vom Präsidenten aus rechten), die rechts aufgeführten die „linken“ (weil vom Präsidenten aus linken). Die sich entsprechenden Parteien/Organisationen auf der linken und rechten Seite sind „auf gleicher Höhe“ dargestellt: Der extrem rechte NSU (nationalsozialistischer Untergrund) und die extrem linke RAF (Rote Armee Fraktion) sind keine Parteien, sondern Terrororganisationen, die mittlerweile aufgelöst sind, aber nach wie vor Sympathisanten haben. Extremistische Kleinparteien, die (noch) außerhalb des Bundestags stehen, sind am rechten Rand vor allem die NPD (Nationaldemokratische Partei) und am linken Rand die DKP (Deutsche Kommunistische Partei, eine Nachfolgepartei der verbotenen KPD, der Kommunistischen Partei Deutschlands).⁹ Von dem im Bundestag vertretenen Parteien befindet sich die AFD am rechten und die LINKE am linken Rand; traditionell eher gemäßigt rechte Parteien sind die CSU und CDU, traditionell eher gemäßigt linke Parteien sind die SPD und die GRUENEN; als Partei der Mitte wurde zumindest früher die FDP (Freie Demokratische Partei) wahrgenommen.¹⁰

⁹ Leitbild der DKP ist der ehemalige Ostblock-Kommunismus in der DDR und der Sowjetunion nach der Verurteilung Stalins 1956. Zwei weitere linksradikale Parteien sind z.B. die am russischen Kommunismus Stalins vor 1956 und am chinesischen Urkommunismus von Mao Tse Tung orientierte MLPD („Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“) und die am internationalen Kommunismus Trozki orientierte SGP („Sozialistische Gleichheitspartei“). Dazu kommt z.B. noch die „KPD (rote Fahne)“, die sich außer an Stalin auch am Diktator Kim-Jong-Un in Korea orientiert. – Rechtsextreme Kleinparteien neben der NPD sind vor allem „Die Rechte“ (die unter anderem bisher parteilose rechtsextreme Aktivisten anspricht) und „Der III. Weg“ (wohl die extremste rechte Partei, die sich als „nationalrevolutionär“ versteht, für einen „deutschen Sozialismus“ eintritt und sich ausdrücklich „gegen christliche Werte“ stellt).

¹⁰ Die hier dargestellte Anordnung entspricht nicht ganz der realen Sitzordnung im 19. Deutschen Bundestag: die FDP sitzt zwischen AFD und CDU.

Das klassische Links-Rechts-Spektrum ist zur Beschreibung der Position einer Partei unzureichend, besser ist ein mindestens zweidimensionales Diagramm, das sog. *Hufeisenschema*, in dem neben der horizontalen Position (links-rechts) auch die vertikale Position (oben-unten) eine Rolle spielt. Die horizontale Position bestimmt, ob man eher die Größe des Glücks (rechts) oder die Größe der Zahl der daran Teilhabenden (links) fördern will; die vertikale dagegen legt fest, wie man das jeweilige Hauptziel erreichen will, ob tendenziell eher mit stark durchgreifender Gewalt, d.h. ultimativ mit einem starken und im Extremfall totalitären Staat (oben) oder eher ohne Zwangsmaßnahmen, also frei bzw. im Extremfall „anarchisch“, d.h. ohne jeden Staat (unten). Vertreter des Hufeisenschemas verknüpfen dies manchmal mit dem *politischen Wertedreieck*, bei dem links Gleichheit/Sozialismus rechts Sicherheit/Konservatismus und in der Mitte Freiheit/Liberalismus angesiedelt ist. In diesem Sinn ist die PIRATEN-Partei im Links-Rechts-Spektrum in etwa zwischen Grünen und Linken angesiedelt, unterscheidet sich von beiden aber durch einer tiefere Lage im Oben-Unten-Spektrum. Ganz unten sind die ANARCHISTEN angesiedelt, die dem Namen nach für Staatslosigkeit und den völligen Wegfall von Staatsgesetzen eintreten, und sich traditionellerweise im Links-Rechts-Schema selbst (meist) eher ganz links ansiedeln; daher sind sie hier ganz „links unten“ dargestellt. In Deutschland sind diese linken Anarchisten ein wichtiger Teil der „Autonomen Antifa“-Bewegung, sie sind in dieser relativ gut organisiert und international vernetzt. Linke Anarchisten glauben, dass bei Wegfall des Staates sich von selbst eine egalitäre Gesellschaft bildet, in der es kleine Unterschiede zwischen Armen und Reichen, Mächtigen und Machtlosen mehr gibt. Dieser Glaube scheint zumindest sehr vielen bisherigen Erfahrungen zu widersprechen, und so gibt es auch „rechte“ Anarchisten, die sich durch Wegfall staatlicher Gesetze eine völlige Liberalisierung der Wirtschaft trotz der dann fortbestehenden Ungleichheiten wünschen; diese „rechtsliberalen“ Anarchisten hätten ihren Platz im Diagramm ganz rechts unten, und es gibt auch mittlere Anarchisten, so dass der Anarchismus im Grunde den ganzen unteren Rand des Diagramms einnehmen müsste. Aber die linken Anarchisten sind die klassischen und „Mainstream“-Anarchisten, weshalb im Diagramm nur sie dargestellt sind. Ähnliches gilt für die anderen Bewegungen/Partei im Diagramm: Die Positionen im Diagramm sind umstritten und ungenau; genau genommen müssten die Parteien/Bewegungen nicht einen bestimmten Punkt, sondern ein bestimmte Fläche im Diagramm einnehmen, da es in jeder Partei verschiedene Meinungen gibt, die sich oft auf innerparteiliche Gruppen („Flügel“) verteilen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In der AFD gibt es einen rechtsnationalen Flügel (dessen Position im obigen Diagramm der AFD zugeordnet wurde), aber auch einen liberalen Flügel, der in etwa die Position der FDP einnimmt oder zumindest früher einnahm (ursprünglich wurde die AFD als wirtschaftsliberale Partei und FDP-Ersatz gegründet; der heute recht starke „rechte“ Flügel kam erst später hinzu); es gibt zudem auch einen Flügel, der nationale mit wirtschaftsliberalen Positionen verbinden will und somit ihm obigen Diagramm „unter“ der dargestellten Position der Mainstream-ADF liegt, also irgendwo zwischen der dargestellten Höhe der AFD und dem unteren (anarchistischen) Rand.

Der Hochextremismus als Konvergenz von Links- und Rechtsextremismus. Nun ist zwar theoretisch *jede* Position im Diagramm denkbar, aber *nicht alle Positionen sind gleich plausibel*. So ist z.B. eine *extrem* rechte oder linke Politik eine solche, welche den Wohlstand radikal (schnell, und in hohem Maße) vermehren bzw. verteilen will, und für solche radikalen Ziele benötigt man realistischerweise einen *starken Staat*, weshalb die meisten rechts- oder linksextremen Gruppierungen auch im obigen Diagramm eine *höhere* Position haben, also *weiter oben* als die gemäßigten angesiedelt sind (die Anarchisten sind eine Ausnahme, die die Regel bestätigt). Und je „gemäßigter“ eine Gruppe im Links-Rechts-Spektrum ist (je mehr sie in die Mitte zwischen Links und Rechts rückt), desto weniger braucht sie repressive staatliche Mittel und desto mehr tendiert sie zu Freiheit/Liberalität, hat also eine *tiefere* Position *weiter unten* im Diagramm. So ist es kein Zufall, dass die in der Mitte stehende FDP von den etablierten Parteien auch am tiefsten steht, da sie als die Partei gilt, die am stärksten gegen „staatliche Bevormundung“ auftritt (allerdings ist die neuere FDP für einen stärkeren Staat als die alte liberale Partei, und auch die alte FDP ist im Diagramm immer noch viel höher als der ganz staats-verneinende Anarchismus).

So kommt es im Diagramm zur „Rundung“ der Linie, auf der die etablierten Parteien liegen. Diese halb ovale Linie nenne ich die *politische Hauptlinie* (oder *Mainstream-Linie*), sie markiert die „wahrscheinlichsten“ Positionen für politische Gruppierungen, auf der die bekanntesten Gruppierungen auch tatsächlich liegen. Aufgrund der Rundung der Kurve sind die bedeutendsten rechts- und linksextremen Gruppierungen nicht soweit auseinander, wie sie es wären, wenn es sie auf einer Gerade lägen.

Links- und Rechtsextreme meinen häufig, dass sie auch „extrem weit“ auseinander liegende Weltbilder haben.

Dem widerspricht aber die gut nachvollziehbare „**Totalitarismustheorie**“ der (gemäßigt linken) Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt, die sich mit Konzeptionen des (rechtskonservativen) Historikers Ernst Nolte teilweise decken. Demnach besteht eine starke Ähnlichkeit, wenn nicht sogar Gleichheit der extremen Rechten mit der extremen Linken: Nicht nur werden *dieselben Mittel* zur Durchsetzung der jeweiligen Ziele propagiert und angewandt, nämlich *Gewalt* im Rassen-, Klassen- oder Tugendkampf („der Zweck heiligt die Mittel“);¹¹ sondern auch *die Ziele sind nicht ganz unähnlich*: Sowohl Links- und Rechts-extreme wollen ja einen „neuen Menschen“ hervorbringen, der sich total mit dem Staat oder System identifiziert („Totalitarismus“), sie bekämpfen daher Individualismus und beschneiden die Freiheit des einzelnen, deren Bestehen in Form der Willensfreiheit sie häufig auch theoretisch leugnen, indem sie einen Materialismus/Physikalismus/Biologismus zur philosophischen Grundlage ihres Denkens machen. Das *Bild vom nachrevolutionären Staat* ist bei Rechts- und Linksextremen ähnlich, und ist bei beiden vom Staatsbild der katholischen Soziallehre fundamental verschieden. Nach der kath. Soziallehre ist der Staat eine Art „notwendiger Zusammenschluss oder Dachverband freier Individuen, Familien und anderer selbständiger Gruppen“, der ideale Staat gleicht hier einer Familie, in der die Kinder Erwachsenen und schon selbständig sind. Im totalitären rechts-links-

¹¹ Siehe hierzu bereits den von Robespierre, einem der Hauptakteure der französischen Revolution, geforderte „Terror“ in seinem „tugendhaften“ Staat. In seiner berühmte Rede im Nationalkonvent vom 5. Februar 1794 erklärte Robespierre: „Terror ist nichts anderes als Gerechtigkeit: sofortige, unnachsichtige und unbeugsame Gerechtigkeit: Er [der vom Staat ausübende Terror gegen die Revolutionsgegner] stellt daher eine Ausdrucksform der Tugend dar.“

extremen Staatsmodell dagegen gleich der Staat eher einem Krankenhaus (vielleicht eine Psychiatrie), wobei das Volk der Patient und die Regierenden die Chefärzte sind; in einem noch etwas weniger extremen Modell gleich der Staat einer Schule, wobei das Volk die (unmündigen) Kinder und die Regierung die Oberlehrer der Nation sind (auf dieses Modell steuern wir übrigens heute zu, was man z.B. daran erkennt, dass man vom Staat erwartet, „Hasskriminalität“ zu verfolgen, bestimmte Redeweisen zu verbieten usw., ähnlich wie es der vorbildliche Lehrer auf dem Schulhof tut). In extremsten Modellen nimmt der Staat sogar Gottes Stelle ein.¹² Aber – könnte man jetzt einwenden – besteht nicht ein fundamentaler Unterschied darin, dass die Rechtsextremen für Hierarchie und Nationalismus, die Linksextremen aber für „Gleichheit“ und Internationalismus kämpfen? Im Prinzip Ja. Aber merkwürdigerweise wird auch dieser Unterschied bei genauer Betrachtung der linksextremen und rechtsextremen Position immer kleiner. Denn viele *Linksextreme* wollen die erhoffte Gleichheit eben dadurch herstellen, dass sie diejenigen, die sich nicht gleich machen lassen, liquidieren; das aber heißt, dass sie *nicht wirklich* für die Gleichheit „aller“, sondern nur für die Gleichheit *der ihrer Ideologie folgenden Menschen* plädieren, also letztlich nur für eine Elite. Bei Marx und Engels etwa (den wohl wichtigsten Ideengebern der „Linksextremen“) ging dies soweit, dass sie in der von ihnen vorhergesagten und ersehnten Revolution die Vernichtung nicht nur von unbelehrbaren Einzelpersonen, sondern auch ganzer „rückschrittlicher“ Völker für notwendig erachteten; siehe zu dieser Behauptung (und auch zu wahrhaft rassistischen und antisemitische Äußerungen aus dem linksextremen Lager) als Beleg die Texte im Anhang. Zudem plädieren Marxisten explizit für eine „Diktatur“ als Regierungsform, zumindest für eine Übergangszeit zur Umerziehung der Menschen nach der Revolution, was alles andere als eine „hierarchiefreie“ Welt ist. Umgekehrt schließen *Rechtsextreme* den Gleichheitsgedanken keineswegs aus, sondern fordern ihn zumindest für die Angehörigen der privilegierten Rasse; das aber heißt auch für sie „für alle Menschen“, da die Minderrassigen eben keine „Menschen“ im eigentlichen und vollen Sinne sind. Aus diesem Grund nannte sich die NSDAP auch „national-sozialistisch“ (was heute manchmal dadurch kaschiert wird, dass man den Ausdruck „Nationalsozialismus“ vermeidet und lieber von „Nazismus“ spricht); und die NSDAP verstand sich selbst keineswegs als „rechte“ Partei, sondern als Mitte zwischen der linken „Roten Front“ und der rechten „Reaktion“, wie es im Horst-Wessel-Lied zum Ausdruck kommt. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass die braune Parteifarbe eine Mischung aus dem linken Rot mit dem rechten Schwarz ist.¹³ Auch im heutigen NPD-Parteiprogramm ist durchaus von „Volksherrschaft“ und streng „rechtsstaatlichen Grundsätzen“ und „Unabhängigkeit der Justiz“ die Rede, sogar von „sozialer Verteilungsgerechtigkeit“, „solidarischer Wirtschaftsordnung“, von der Forderung der „Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, sowie vom „allgemeinem Mindestlohn“, was alles genauso auch im Programm linker Parteien stehen könnte und auch tatsächlich steht. Als spezifisch „rechtsextremes“ Gedankengut durchzieht das NPD-Parteiprogramm allerdings der starke Nationalismus, der vor allem in Kap. 10 mit der Überschrift „Deutschland den Deutschen“ zum Ausdruck kommt, wo unter anderem gefordert wird, Ausländern generell das dauernde Bleiberecht in Deutschland zu entziehen. *Der angestrebte Endzustand der links- und rechtsextremen (Mainstream-)Ideologie scheint also im Wesentlichen übereinstimmend der folgende zu sein:* Nach Beseitigung diverser störender Elemente (je nachdem Völker, Rassen, Klassen, und in jedem Fall eine Menge Einzelpersonen) bleibt weltweit nur noch eine privilegierte (elitär-egalitäre) Elite neuer vollwertiger Menschen übrig, eine (r)einrassige Welteinheits-Gemeinschaft, in der alle vollkommen glücklich und einträchtig im „Paradies auf Erden“ wohnen. Aus diesem Grunde ist im obigen Parteiendiagramm die Hauptlinie zu einem Oval gebogen, das gegen einen Punkt ganz oben in der Mitte konvergiert. Dass sich die extreme Rechte und Linke zuweilen recht gut verstehen, wird auch darin deutlich, dass es mitunter so genannte *Querfront-Koalitionen* zwischen ihnen gab und gibt (z.B. derzeit in Griechenland), und dass auch nicht selten Anhänger von der einen zur anderen Seite überwechseln. Ein gutes Beispiel hierfür ist *Horst Mahler*, der 1970 einer der Gründer der linksextremen RAF war, die er seinerzeit als Rechtsanwalt verteidigte; nach 2000 aber verteidigte Mahler die NPD, welcher er von 2000 bis 2003 angehörte, danach trat er aus der NPD aus, um im Untergrund „rechts von der NPD“ tätig sein zu können, wobei er mehrfach inhaftiert wurde, u.a. wegen Holocaustleugnung (er erklärte, der Holocaust sei „die gewaltigste Lüge der Weltgeschichte“) und Verherrlichung des Nationalsozialismus. Ein anderes Beispiel ist *Wolfgang Gedeon*, der in seiner Jugend aus der katholischen Kirche austrat und sich als maoistischer Kommunist in der KPD/ML engagierte, 2013 aber in die AFD eintrat und dort als umstrittener Rechtsaußen gilt, den viele aus der Partei ausschließen wollten und noch wollen.¹⁴

Um die Ähnlichkeit von Rechtsextremen und Linksextremen zu betonen, schlage ich vor, beide als **Hochextreme** zu bezeichnen (weil sie im Schema weiter oben angesiedelt sind). Der Gegensatz dazu wären die unten angesiedelten „**Tiefextremen**“, d.h. Anarchisten. Aber auch der konkrete Tiefextremismus (Anarchismus) hat wiederum zumindest partielle Ähnlichkeiten mit dem Hochextremismus, zumindest wenn er (eigentlich für echten Tiefextremismus inkonsequenterweise) mit Gewaltaktionen arbeitet und den Staat durch eine gewaltsame Revolution beseitigen will. Der Unterschied zum Hochextremismus ist dann nur, dass revolutionäre Anarchisten glauben, dass die den Staat beseitigende Revolution *der einzige nötige Gewaltakt* sein wird, der dann sofort das Paradies auf Erden herbeiführt, während hochrevolutionäre Marxisten nach der Revolution noch eine mehr oder weniger lange Zeit staatlicher Diktatur für nötig halten. Freilich gibt es auch „konsequenter“ Tiefextreme: Das wären

¹² Vgl. das in der „DDR“ gesungene „Parteienlied“, das der staatstragenden sozialistische Partei göttliche Eigenschaften zuschrieb: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht.“ „Sie hat uns Alles gegeben: Sonne und Wind ... und den großen Plan“. „Wo sie war, war das Leben. Was wir sind, sind wir durch sie.“

¹³ Das Braun der NSDAP soll (nach Auslegung mancher Rechtsextremer) in erster Linie als Farbe von Holz und Boden an die unbearbeitete Natur und Erde erinnern, also „natürliche Erdverbundenheit“ symbolisieren. Die Farbe Rot (die schon während der französischen Revolution die Farbe der Mützen der linken Politiker des Jakobinerklubs war) symbolisiert dagegen als Farbe von Blut und Feuer die Revolution. Die Farbe Schwarz wird klassischerweise den konservativ christlichen Parteien zugeordnet, sie symbolisiert die Kirche aufgrund des schwarzen Talars der Priester und Pastoren.

¹⁴ Historische Beispiele sind der ehemalige Theologe und Atheist *Bruno Bauer* (1809–1882), der zuerst Marx nahe stand und dann zum rechtsradikalen Antisemiten mutierte; ein Beispiel für gleichzeitigen Links- und Rechtsextremismus ist *Wilhelm Marr* (1891–1904), der offenbar zugleich linker Anarchist und antisemitischer Rassist sein wollte (1879 gründete er die „Antisemitenliga“). Antisemitismus ist auch unter heutigen Linksradikalen und Linksextremen relativ weit verbreitet, siehe <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157108767/Der-verschwiegene-Antisemitismus-der-deutschen-Linken.html> / 01.07.2018.

vollkommen pazifistische Anarchisten, die jede Gewalt als Mittel ablehnen, wie etwa der „christlich-spirituelle Anarchist“ Leo Tolstoi. Solche Anarchisten werden aber oft als unpolitische Aussteiger aus der Gesellschaft wahrgenommen, und haben auch innerhalb der anarchistischen Bewegung kaum Gewicht.

Welche Position in dem beschriebenen politischen Spektrum ist nun als die beste zu empfehlen? Aufgrund des schon besprochenen Prinzips der Laizität verzichtet die katholische Soziallehre auf eine exakte positive Standortbestimmung, überlässt dies also der Urteilskompetenz des Politikers, sie nimmt aber gewisse allgemeine Grenzziehungen vor, die m.E. philosophisch gut nachvollziehbar sind, und die sie im sog. Personalitätsprinzip und den drei Sozialprinzipien ausspricht.

Personalitätsprinzip: *Im Mittelpunkt des sozialen Handelns muss der Einzelmensch stehen*, dessen unverletzliche personale Würde zu achten ist, vor allem sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit von der Empfängnis bis zum Tod (das höchstens durch sein freies Handeln gegen die Menschenwürde eingeschränkt werden kann)¹⁵ und somit zum schon besprochenen absoluten Verbot der direkten Tötung unschuldiger Menschen führt. In der weiteren Auslegung dieses Prinzips weist die Soziallehre auf die (in den materialistischen Systemen der Links- und Rechtsextremen oft geleugnete) *Willensfreiheit* und behauptet, dass der Mensch das Recht besitzt, von dieser Freiheit weitgehend Gebrauch zu machen (d.h. soweit er nicht die Freiheit anderer oder die Menschenwürde verletzt). Dieses Freiheitsprinzip ist ein wichtiger Punkt zur politischen Standortbestimmung, da dieses Prinzip im links- und rechtsextremen Totalitarismus (Kollektivismus) in Frage gestellt oder negiert wird. Mit Bezug auf das Personalitäts- und das damit verbundene Freiheitsprinzip widerspricht die katholische Soziallehre materialistischen Gesellschaftslehren (vor allem dem Marxismus), wonach – wie Marx es ausdrückt – „nicht das Bewusstsein das Sein, sondern das Sein das Bewusstsein bestimmt“. Mit „Bewusstsein“ meint Marx das Fühlen, Denken und Wollen, als dessen tiefsten Träger man traditionellerweise dem Geist (d.h. der immateriellen Seele) des Menschen zuschreibt; mit „Sein“ meint er die körperliche Materie und materielle Umwelt des Menschen, besonders die ökonomischen Zustände. Konkret lehrt der Marxismus: Die Änderung ungerechter ökonomischer Strukturen ist nicht durch Appelle an die Vernunft oder Predigt erreichbar, indem man etwa Reiche zur „Umkehr der Herzen“ aufruft; es ist sinnlos, ein freiwilliges Ändern des Verhalten der zu Menschen zu erwarten, oder eine vernünftige Einigung aller gesellschaftlichen Kräfte auf freiwilliger Basis anzustreben. Man muss statt dessen die ökonomischen Zustände ändern, erst dann ändert sich von selbst auch das Denken und die Einstellung der Menschen. Sein „Geist“ (Denken und Wollen) ist nämlich nur eine Art „Widerspiegelung“ der Materie. Unsere politischen, religiösen, künstlerischen und philosophischen Ideen und Bestrebungen sind nur Inhalte des „ideologischen Überbaus“, der von den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen (dem materiellen „Unterbau“) hervorgerufen wird. – Dieser Argumentation hält die kirchliche Soziallehre die Grundlehre Christi entgegen, dass man *bei sich selbst anfangen kann und sollte*, ehe man von den anderen etwas verlangt: „Zieh zuerst den Balken aus deinem eigenen Auge, erst dann kannst du versuchen, den Splitter aus dem Auge deines Bruders zu entfernen“ (Mt 7,5). Christus fordert außerdem seine Jünger in der Bergpredigt und Feldrede dazu auf, den anderen *auch dann* gut zu behandeln, wenn dieser ein „Feind“ oder Sünder ist und man dadurch Nachteile hat (Mt 5,44–48; Lk 6,27–35); nach materialistischer These müsste ein solches der bösen Gesellschaft „trotzendes“ Verhalten eigentlich unmöglich sein. Sofern Marxisten dazu neigen, Fehlverhalten des Einzelnen allein „mit den bösen Zuständen der Gesellschaft“ zu erklären und dadurch zu entschuldigen, verhindern sie Bekehrung und persönliches Vollkommenheitsstreben und lähmen so seine Kräfte zu positiven Veränderungen. Der marxistische Ansatz *widerspricht auch dem Kant'schen kategorischen Imperativ*. Wenn jeder denkt: Zuerst muss die Gesellschaft (d.h. erst müssen die anderen) sich ändern, erst dann werde ich mich bessern – so wird sich gar nichts ändern (jedenfalls nicht auf freiwilliger Basis).

Subsidiaritätsprinzip: Dies ist eines der wichtigsten und weisesten Prinzipien der katholischen Soziallehre (von subsidium = Reserve und Hilfe, also „Hilfe aus der Reservestellung“). Man versteht darunter die Forderung, dass Organisationen einer übergeordneten Ebene den untergeordneten Ebenen ein *möglichst großes Maß an Selbstverantwortung und freier Entfaltung* überlassen sollten. Ziel legitimer Eingriffe „von oben“ sollte wenn möglich immer „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein. Auf der unteren Ebene soll „so viel wie möglich“, auf der oberen „so viel wie nötig“ gemacht werden. Sinn dieses Prinzips ist es, der Verantwortungsfähigkeit und Verantwortlichkeit einer jeden menschlichen Person Rechnung zu tragen. Die unterste Ebene ist der einzelne Mensch. Dass dieser das sein eigenes Leben betreffende weitmöglichst selbst regeln sollte, besagt schon das Personali-

¹⁵ Dieser Zusatz ermöglicht unter Umständen die Rechtfertigung der Todesstrafe für Schwerverbrecher, d.h. seine (direkte) Tötung durch den Staat, die unter anderem durch Hinweis auf Röm 13,1–4 gerechtfertigt worden ist; dort heißt es sinngemäß, dass der Staat das „Schwert“ aus Gottes Hand hat, um die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen. Hier ist jedoch zu beachten, dass die katholische Moraltheologie drei wesentliche Bedingungen für die Todesstrafe formuliert hat, die für ihre Legitimität *zugleich* erfüllt sein müssen: (1) die Schuld muss eine entsprechend schwerwiegend sein. (2) Sie darf niemals durch Privatpersonen erfolgen, was verbotene Lynchjustiz wäre, sondern darf nur nach einem gesetzmäßigen Verurteilung durch die staatliche Autorität verhängt werden (wie es ja auch Röm 13,1–4 nahelegt). (3) Die wichtigste Einschränkung aber ist, dass die Todesstrafe auch bei schwerer Schuld nur dann gerechtfertigt sein kann, wenn keine andere Möglichkeit des Schutzes der Gemeinschaft gegen den Verbrecher möglich ist (ultima-ratio-Prinzip). Das setzt aber voraus, dass der Verbrecher (und eventuell seine Anhänger) stärker sind als der Staat, wie es in einem Nomadenstaat wie im alten Israel oder in mittelalterlichen Kleinstaaten der Fall sein konnte, aber in entwickelten Staaten heute nicht mehr der Fall ist. *Aus diesem Grund plädiert die Kirche heute klar für die Abschaffung der Todesstrafe*, wie es am deutlichsten Papst Franziskus gefordert hat, dessen Formulierungen allerdings so extrem sind, dass man sie leicht im Sinne eines absoluten (immer und überall gültigen) Illegitimität der Todesstrafe (miss)verstehen kann. Das deutsche Grundgesetz folgt übrigens genau dieser kirchlichen Lehre, wenn es feststellt „Die Todesstrafe ist abgeschafft“ (Art. 102), in Art 2, Abs 2 aber auch heißt: „*Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden*“, worin der Nachsatz zeigt, dass der Staat (und nur er) im Prinzip die Macht hätte, die abgeschaffte Todesstrafe wieder einzuführen (auch nach Art 79 könnte Art 102 durch Zweidrittelmehrheit geändert werden). – Papst Franziskus hat 2018 die Todesstrafe für „unzulässig“ erklärt und den Katechismus der Katholischen Kirchen entsprechend ändern lassen. Dies ist allerdings keine mit Unfehlbarkeitsanspruch vorgetragene (somit die katholische Moraltheologie nicht absolut bindende) Lehrentscheidung, und zudem bleibt unklar, ob die „Unzulässigkeit“ durch für die heutige Zeit oder prinzipiell gelten soll; Letzteres wäre ein Bruch mit der von biblischen Zeiten bis zum Vorgänger von Papst Franziskus reichenden Hauptstrom der christlichen Tradition.

täts- bzw. Freiheitsprinzip. Die Familie ist die zweite Ebene. Was diese allein regeln kann (vor allem die Erziehung der Kinder) ist nach dem Subsidiaritätsprinzip auch zunächst ihre Aufgabe allein, und nicht Aufgabe des Staates, der den nötigen Freiraum lassen muss. Nach der Familie kommen nationale Zusammenschlüsse und Vereinigungen (z.B. Berufsverbände), dann der Staat. In der Staatspolitik steht im Gegensatz zum Subsidiaritätsprinzip auf der einen Seite der die Eigeninitiative unterbindende „sozialistische Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat“ (dem zu viel Eingriff von oben, Zentralismus, bürokratischer Dirigismus vorgeworfen wird) und auf der anderen Seite der liberal-individualistische „Nachtwächterstaat“ (dem lediglich die Sorge für äußere und innere Sicherheit zukommt). In der Mitte zwischen diesen Extremen steht der dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Sozialstaat (der wenn nötig – aber nur dann – auch durch soziale Maßnahmen in den freien wirtschaftlichen Wettbewerb eingreift). Über der Staatsebene folgen die Verbände von Staaten, welche die Souveränität und der Einzelstaaten und Eigenheiten der Kulturen stets respektieren und schützen sollten, und zuletzt die internationale Staatengemeinschaft. Auch wenn die unteren Instanzen so viel Verantwortung wie möglich tragen sollen, muss dort, wo es nötig ist, die oberste Instanz effektiv eingreifen können. Daher fordert die Soziallehre auf der höchsten Ebene den Ausbau einer stärkeren internationalen Instanz (die stärker sein muss als die jetzige UNO, aber keineswegs so stark wie ein echter Einheitsstaat), so dass Kriege in Zukunft effektiv verhindert und die Einhaltung der Menschenrechte weltweit gesichert werden kann. Das Subsidiaritätsprinzip ist vielfach realpolitisch anerkannt und umgesetzt worden: Mit dem seit 1992 geltenden Vertrag von Maastricht Art. 5 wurde es auch als allgemeines Prinzip im Recht der EU verankert. Dort heißt es: „In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können ...“. Dieses Prinzip ist eine soziale Erweiterung des Personalitäts- und Freiheitsprinzips: Wie der Einzelperson möglichst frei von Bevormundung sein sollte, so auch die kleineren gesellschaftlichen Gruppen möglichst frei von Bevormundung durch die höheren und größeren Gruppen. Die anzustrebende ideale politische Position ist also eine relativ weit „untere“, welche die Freiheit gegenüber dem Staat groß schreibt, allerdings nicht „ganz unten“ auf dem Niveau der Anarchisten und wohl auch „höher“ als das Niveau des klassischen Liberalismus, der einen „Nachtwächterstaat“ ohne wirtschaftliche Eingriffskompetenz wollte.

Gemeinwohlprinzip: Es fordert einen gerechten Ausgleich zwischen dem Wohl der Gemeinschaft und des Einzelnen, weshalb es auch Gerechtigkeitsprinzip genannt werden kann. Es gibt in der klassischen Philosophie drei Formen von Gerechtigkeit:

(1) die *kommutative* (ausgleichende) *Gerechtigkeit*, die zwischen gleichberechtigten Gliedern der Gemeinschaft herrschen soll (sie beinhaltet z.B. den gerechten Tausch von Waren, Preisgerechtigkeit, gerechte Wiedergutmachung von Schaden),

(2) die *distributive* (austeilende) *Gerechtigkeit*, welche die Gemeinschaft bzw. ihre Führung den Gliedern gegenüber schuldet (z.B. gerechter Lohn, gerechte Strafe, gerechte Regeln), und

(3) die *legale* (gesetzmäßige) *Gerechtigkeit*, die der Einzelne der Gemeinschaft schuldet (den gerechten Gesetzen gehorchen).

Seit dem 19. Jahrhundert zählt man als vierte Form der Gerechtigkeit noch

(4) die *soziale Gerechtigkeit*, womit man die Bemühungen um ein gerechtes Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen (z.B. Klassen, Altersgruppen etc.) in der Gesellschaft meint.

Das Gemeinwohlprinzip fordert ein Beachten der Gerechtigkeit vor allem im Sinne von (2) und (3): Der Einzelne hat das Gemeinwohl zu beachten und muss daher gerechten Gesetzen gehorchen, der Staat muss eine gerechte Teilhabe aller am Gemeinwohl ermöglichen. Ein besonderer Fokus liegt also auf der distributive Gerechtigkeit: Die Sorge dafür, dass „jeder das Seine“ (das ihm Gebührende oder Zustehende) bekommt. Nun gibt es mindestens drei verschiedene Ansätze, was das genauer bedeuten kann, wie schon Platon erkannte: (1) *jedem nach seiner Leistung* (Leistungsprinzip) oder (2) *jedem nach seinen Bedürfnissen* (Bedürfnisprinzip) oder aber (3) *jedem das Gleiche* (Egalitätsprinzip). Es gibt nach Platon kein Patentrezept dafür, welche dieser drei Arten distributiver Gerechtigkeit im konkreten Fall die angemessene ist. Dies muss also der Politiker im Einzelfall sorgsam abwägen. Wichtig ist aber die Erkenntnis, dass nicht immer „jedem das Gleiche“ die richtige Option ist. So ist die heute immer wieder erhobene Forderung nach „mehr Gleichheit“ zu einseitig. Es sollte heißen „mehr Gerechtigkeit“, was nur manchmal (aber nicht immer) „mehr Gleichheit“ heißt. Gerecht ist es vielmehr, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. So wäre es offensichtlich ungerecht, für verschieden schwere Straftaten die gleiche Strafe zu verhängen, oder für verschieden große Leistungen denselben Lohn. Die Forderung nach Gleichheit ist hingegen z.B. angebracht, wenn man etwa „gleiche Maßstäbe für die Beurteilung eines jeden“ fordert, oder „Gleichheit vor dem Gesetz“, oder „Chancengleichheit“ etc. Sofern radikal linke Politik oft zu stark auf die Gleichverteilung hinarbeitet, besagt also das Gemeinwohlprinzip eine gewisse Abgrenzung gegen eine zu weit linke Position.

Das Solidaritätsprinzip. Über die Gerechtigkeit hinaus fordert die katholische Soziallehre eine allumfassende mitmenschliche Solidarität: Solidarität (von *solidare* = fest zusammenfügen) ist die freiwillige und beständige Entschlossenheit, sich für das Wohl aller und eines jeden einzusetzen, weil alle für alle verantwortlich sind (wechselseitiges Verbunden- und Verpflichtetsein aller Menschen, ein Zusammenhalt, wie man ihn in gut funktionierenden Familien beobachten kann). Ältere Bezeichnungen für „Solidarität“ sind „Brüderlichkeit“ oder (noch älter) „Nächstenliebe“. Dieses Prinzip ist so wichtig, dass man manchmal die katholische Soziallehre als „Solidarismus“ bezeichnet, der in der Mitte zwischen *liberalem Individualismus* (jeder nur für sich selbst verantwortlich) und *sozialistischem Kollektivismus* (der einzelne ist nichts, das Kollektiv alles) liegt. Biblisch ist dieses Prinzip ausgesagt im *Gebot uneingeschränkter Nächstenliebe* (Mk 12,28–31 par), die auch dem Fremden gilt (Lev 19,34) und naturgemäß vor allem vorrangig die Zuwendung für Arme, Schwache und Benachteiligte meint (nach Joh. Bapt. Metz „Option für die Armen“ genannt). Sofern die Solidarität sich auch auf künftige Generationen bezieht, folgt daraus das Prinzip der Nachhaltigkeit, und sofern nachhaltiges Handeln auch die außermenschliche Natur (die Tierwelt etc.) berücksichtigen muss,

das Prinzip der Retinität (von lat rete = Netz), d.h. Prinzip der Gesamtvernetzung. Sofern radikal rechte Politik diese universalen Aspekte eher ausblendet, besagt also das Solidaritätsprinzip eine Abgrenzung gegen eine zu rechte Position.

Man kann nun die vier genannten Hauptprinzipien der katholischen Soziallehre in etwa mit den drei Zielen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der Französischen Revolution vergleichen:

das Ziel „Freiheit“ entspricht dem Personalitäts- & Subsidiaritätsprinzip (Freiheit der Person und kleiner Gemeinschaften)

das Ziel „Gleichheit“ sollte besser „Gerechtigkeit“ heißen und entspricht dann dem Gemeinwohl- alias Gerechtigkeitsprinzip,

das Ziel „Brüderlichkeit“ schließlich entspricht dem Solidaritätsprinzip.

Als empfohlener politischer Standort aber ergibt sich durch das Personalitäts- bzw. Freiheits- und Subsidiaritätsprinzip ein Standort in der Mitte (oder eher unteren Hälfte) zwischen Oben und Unten (Totalitarismus und Anarchismus); aus dem Gemeinwohl- bzw. Gerechtigkeits- und Solidaritätsprinzip zugleich ein mittlerer Standort zwischen Links und Rechts, auf den auch Papst Leo III. hingewiesen hat, der einen „dritten“, mittleren Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus empfahl. Der empfohlene Standort ist aber kein Punkt, sondern ein breites Feld. Bischöfe, die früher allzu eindeutig die CDU/CSU empfohlen haben, waren zu eng. Nach meiner Einschätzung kann man im Rahmen der Soziallehre in fast allen etablierten Parteien arbeiten. Im kirchlichen „Kompendium der Soziallehre“ Nr. 573, Anm. 1 heißt es richtig: „*Der Christ kann keine Partei finden, die den aus seinem Glauben und seiner Kirchengehörigkeit entspringenden ethischen Forderungen voll und ganz entspricht: Deshalb soll seine Zugehörigkeit zu einem politischen Lager niemals ideologisch, sondern immer kritisch sein.*“ Das heißt: Man muss sich mit einer Partei, in und für die man arbeitet (oder die man wählt) nicht voll identifizieren, sondern kann sie pragmatisch als „kleineres Übel“ ansehen und allein deswegen berechtigterweise unterstützen; der in ihr arbeitende Christ kann ja versuchen, sie zu „verchristlichen“, also das Gute in ihr zu stärken und die unchristlichen Elemente zu korrigieren. Daher gibt es in (fast) allen Parteien christliche Politiker, die die kath. Soziallehre und christliche Prinzipien hochschätzen. Als Beispiele würde ich nennen

- in der CDU/CSU fast alle (angefangen mit dem Katholiken Horst Seehofer und der Protestantin Angela Merkel)¹⁶

- in der SPD Martin Schulz und Andrea Nahles (beide katholisch)¹⁷

- in der hessischen FDP, Wahlkreis Frankfurt a.M. II, mein bester Freund aus meiner Kinderzeit, Rolf Würz (bekennender Katholik, verpartnerter Homosexueller)¹⁸ in der Bundes-FDP Christian Lindner (aus der Kirche ausgetretener Katholik),¹⁹

- bei den GRÜNEN Winfried Kretschmann (bekennender Katholik)²⁰

- in der LINKSPARTEI Oskar Lafontaine (bekennender Katholik) und Bodo Ramelow (bekennender Protestant).²¹

- bei den PIRATEN schien mir der ehemalige Bundesvorsitzende Bernd Schlömer von der kath. Soziallehre inspiriert zu sein, der jedoch jetzt zur FDP gewechselt ist.

- in der AFD hat der Katholik Jörg Meuthen etwas für die Katholische Soziallehre übrig.²²

Eine überzeugende christliche Politik in den Reihen der NPD, der DKP und der ANARCHISTEN (obwohl es in allen drei Gruppierungen kleine Kreise von Christen gibt, denen ich ehrlich „viel Glück“ wünsche) kann ich mir aber kaum vorstellen.

Im Folgenden versuche ich, das anzustrebende christliche Profil in konkreteren Gesellschafts- und Politikfeldern aufzuzeigen:

1. Toleranz, Akzeptanz und Teilhabe – oder der richtige Umgang mit dem „Feind“

Eine der wichtigsten christlichen Beiträge zur konkreten Gesellschaftspolitik ist die Forderung der Toleranz (deutsch: Duldsamkeit). Viele „Heutige“ glauben, dass wir diese Forderung den Aufklärern im 18. Jh. verdanken und wissen nicht, dass der als der eigentliche Initiator einer völlig klaren und radikalen Toleranzforderung niemand anders als Jesus Christus persönlich gelten kann, der in seiner Bergpredigt Mt 5–7 und in der (vermutlich gleich danach gehaltenen) Feldrede Lk 6 von seinen Jüngern „Feindesliebe“ gefordert hat: „*Liebt eure Feinde. Tut Gutes denen, die euch hassen. Segnet, die euch fluchen, und betet für die, die euch verleumdern.*“ (Lk 6,27–28). Jesus begründet dies so: „*Wenn ihr nämlich nur die liebt, die euch lieben,*

¹⁶ Vgl. Seehofer im Sonntagsblatt vom 15.08.2013: „Die christliche Soziallehre ist zeitlos richtig“. Zur Merkel vgl. die Schlagzeile „Die Katholische Soziallehre ist nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) „aktueller denn je“ auf <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/merkel-halt-katholische-soziallehre-fur-hochaktuell/> / 18.06.2018.

¹⁷ Bei <https://www.domradio.de/themen/jugend-und-spiritualitaet/2016-12-15/nahles-und-lehmann-loben-neuen-sozialkatechismus-fuer-jugendliche/> / 18.06.2018 heißt es: Andrea Nahles würdigte die katholische Soziallehre als „großen, teilweise noch ungehobenen Schatz“.

¹⁸ Rolf ist mit einem Mann verpartnert, engagiert sich aber trotzdem in der katholischen Kirche.

¹⁹ Lindner nahm des Öfteren positiv Bezug auf die katholische Soziallehre. Z.B. erklärte er in einem Interview mit der christlichen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“, Politik müsse den Dreiklang von Personalität, Subsidiarität und Solidarität immer wieder neu buchstabieren. (<https://starke-meinungen.de/blog/2010/01/22/geistig-politisches-ende-der-langsame-abstieg-der-fdp/comment-page-1/> / 18.06.2018).

²⁰ Vgl. <https://www.zeit.de/2015/12/winfried-kretschmann-die-gruenen-glaube-christentum/> / 18.06.2018.

²¹ Vgl. die Interviews mit Lafontaine auf <http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/der-papst-wurde-zum-linken-flugel-gehoren> und <https://brightsblog.wordpress.com/tag/katholischen-soziallehre/>.

²² Vgl. <http://ka-land.afd-bw.de/2017/03/28/dr-joerg-meuthen-dem-patienten-eu-hilft-nur-die-rueckkehr-zum-geist-der-roemischen-vertraege-zu-wettbewerb-und-einem-europa-der-vaterlaender/> wo Meuthen sich für das Subsidiaritätsprinzip stark macht. Ein christlich inspirierter AFD-Politiker ist auch Jürgen Braun, vgl. zwei seiner Parlamentsreden bei <https://gloria.tv/video/3fKznbynaBYL6bxsSmFCnQozQ> und <https://www.youtube.com/watch?v=gUIdJ9EWm2s>, ferner die gläubige Protestantin Beatrix von Storch, die gläubigen Katholiken Volker Münz und Martin Hohmann und der russisch-orthodoxe Christ Jan Nolte.

welchen Lohn wollt ihr dafür?“ (Mt 5,46) „Auch die Sünder lieben die, von denen sie geliebt werden. Wenn ihr nur denen Gutes tut, die euch Gutes tun, welchen Dank wollt ihr dafür? Das tun auch die Sünder.“ (Lk 6,32–33).²³ Viele halten diese Weisung Jesus für unvernünftig, übertrieben, und verrückt, und nehmen sie nicht Ernst, weil sie an dem (provokativ wirkenden) Wort „Liebe“ steckenbleiben. Der Feind kann man nicht „lieben“, sagen sie, weil sie unter „Liebe“ Sympathie verstehen. Deutet man diese aber diese „Liebe“ als den jedem Menschen geschuldeten Respekt und als grundsätzliches Wohlwollen, kann man diese Weisung Jesus als vernunftgemäßes **Prinzip echter Toleranz** verstehen. Toleranz/Duldsamkeit *muss* sich nämlich auf Gegner und Feinde beziehen, sonst ist sie überhaupt keine Toleranz. Dass jemand seine Freunde tolerierte und liebt ist ja, wie Jesus richtig argumentiert, „nichts Besonderes“. Toleranz sollte sich auf möglichst *jeden* Menschen beziehen (auch auf den Fremden, den Sünder, und besonders den Feind), wobei dies selbstverständliche Grenzen hat: einen Feind, der mich vernichten will, darf ich abwehren; und Kriminelle muss man *nicht* „gewähren lassen“. Aber einen Kritiker muss ich ertragen und fair behandeln, ebenso jemanden, der mir unsympathisch ist; und für wirklich *ausnahmslos alle* muss ich beten, ihnen Gutes wünschen und somit „Liebe“ im Sinne von Wohlwollen entgegenbringen. Inspiriert vom Toleranzgebot Jesu hält es die kath. Moralthologie als unbedingte (ausnahmslos) geboten, auch das „irrende“ Gewissen jedes Menschen zu achten ist, welches objektiv Schlechtes als Gut erachtet oder umgekehrt. Direkte gewaltsame Gewissensbeeinflussung (etwas durch Umerziehungslager) ist daher ausnahmslos verboten. Wahre christliche Toleranz kommt auch in dem berühmten Zitat zum Ausdruck, dass dem kirchenkritischen Aufklärer und Deisten „Voltaire“ (François-Marie Arouet, † 1778) zugeschrieben wird: „*Ich verachte Ihre Meinung, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie sie sagen dürfen*“.²⁴ Demgegenüber bezeichnen jedoch viele heutige Politiker, die sich als Vorkämpfer von Weltoffenheit, Freiheit und Toleranz sehen, ihre politischen Gegner als intolerant und rechnen es sich als Verdienst für den Kampf für Toleranz an, wenn sie diesen Gegnern gegenüber *intolerant* sind (nach dem Motto „Intoleranz den Intoleranten“). Der Schriftsteller „Mark Twain“ (Samuel Longhorne Clemens, † 1910) brachte dies treffend zum Ausdruck: „Wir schätzen Menschen, die frisch und offen ihre Meinung sagen – vorausgesetzt sie meinen dasselbe wie wir.“

In dem Bestreben, den alten Begriff der Toleranz modern zu überholen und durch etwas Neues und Radikaleres zu ersetzen, hört man heute: „Toleranz reicht nicht, es muss **Akzeptanz** sein“. Mir scheint diese Neuerung nicht logisch durchdacht zu sein. Toleranz heißt „Ertragen“; Akzeptanz aber heißt „Annehmen“ alias „Nicht-Ablehnen“, und kann unter normalen Umständen nicht auf alle Menschen ausgedehnt werden: Meinen Gegner kann ich zwar ertragen/tolerieren, aber nicht akzeptieren, andernfalls wäre er kein Gegner mehr. Die Forderung, alle zu akzeptieren, hieß also, dass es keine Feinde/Gegner mehr geben darf, was in letzter Konsequenz auf eine gefährliche hochextreme Ideologie hinausläuft. Denn wenn man fordert, das es „keinen Menschen mehr geben darf, den man nicht akzeptiert“, fordert man, dass man Feinde entweder „bekehren“ oder eliminieren oder nicht mehr als Menschen betrachten soll. Gegen die Voltaire zugeschriebene Toleranz-Äußerung („*ich verachte Ihre Meinung, würde aber mein Leben dafür geben, dass Sie sie sagen dürfen*“) müssten modernen Akzeptanz-Theoretiker Einspruch erheben: Nein, Voltaire, wenn du die modernen Standards der Menschlichkeit erfüllen willst, *darfst du Niemandes Meinung verachten*, sondern musst alles akzeptieren. Man vergleiche hiermit die an US-Universitäten erhobene Forderung einer „Komfortzone/Wohlfühlzone“ eines jeden Menschen: Professoren sollen es künftig unterlassen, die Meinung von Studenten und anderer Professoren als „falsch“ zu deklarieren, das wäre entwürdigend. Man verbietet damit also jeden (echten) Meinungsstreit. In diesem Zusammenhang ist zu fürchten, dass die neu eingeführten Strafrechts-Kategorie der „Hasskriminalität“ (deren Bekämpfung an sich etwas Gutes ist, deren *übertriebene* Verfolgung aber leicht das ebenfalls hohe Gut der Meinungsfreiheit in Gefahr bringt) im Namen des allgemeinen Akzeptanzgebots zur vollständigen Unterdrückung einer gesunden Streitkultur führen wird. Voltaires Satz könnte man womöglich als Beispiel für Hasskriminalität zitieren („*ich verachte Ihre Meinung*“), also nicht mehr als Ausdruck von Toleranz verstehen. In rein logischer Hinsicht gilt zudem: Das allgemeine Akzeptanzgebot hebt sich selbst auf, da man ja unmöglich jemanden akzeptieren kann, der dieses Gebot selbst ablehnt; es ist hier ganz anders als beim Toleranzgebot, mit dem es sehr wohl logisch vereinbar ist, auch jemanden zu tolerieren, der das Toleranzgebot ablehnt. Was also anfangs fortschrittlicher und besser als das „alte“ Toleranzgebot schien, erweist sich am Ende als logisch inkonsistent und weit hinter diesem zurückbleibend. Eine jüngst aufgestellte *noch radikalere* Forderung ist, dass auch Akzeptanz „nicht reicht“, sondern **volle Teilhabe** gefordert werden muss. Alle Menschen sollen nicht nur toleriert und akzeptiert werden, sondern jeder soll am Leben und Wohlstand anderer vollständig „teilhaben“. Nun ist gewiss das Endziel der „Teilhabe aller an allem“ etwas Gutes, was aber voraussetzt, das alle miteinander befreundet sind. Solange dies nicht der Fall ist, fordert man Unmögliches: Ich kann meinen Feind tolerieren, aber nicht akzeptieren und noch weniger ihn, solange er mich bekämpft, voll an meinem Wohlstand teilnehmen lassen (was ja einschließen würde, ihn in seinem Kampf gegen mich auch noch zu finanzieren).

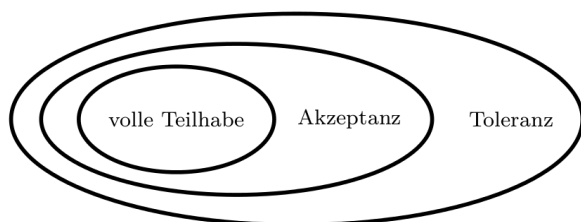
Wie sieht nun vom christlichen Standpunkt aus das ideale Verhältnis von geforderter voller Teilhabe, Akzeptanz und Toleranz aus? Die Forderung des christlichen Liebesgebots kann man auf drei Ebenen diskutieren, gemäß der drei „Arten“ von Liebe. Es gibt Liebe des Gefühls (= Sympathie), Liebe des Willens (= Wohlwollen) und Liebe der Tat (= Wohltun). Die Liebe des Gefühls ist *gar nicht* geboten, da man Gefühle nicht steuern kann, und Gebote nur sinnvoll sind, wenn man sie frei erfüllen kann („Sollen setzt Können voraus“). Die Liebe im Sinn von Wohlwollen kann und sollte sich *gleichmäßig auf alle Menschen beziehen*, wirklich auf *alle* (auch den Fremden, Sünder und Feind); und diese Liebe scheint gemeint zu sein, wenn Jesus fordert, man soll seinen Nächsten lieben wie sich selbst. Die Liebe im Sinn des Wohltuns aber kann sich vernünftigerweise

²³ Vgl. zur Toleranz auch 1 Kor 13,7: Die Liebe „erträgt alles, ... erduldet alles“ und Eph 4,2: „ertragt einander in Liebe“. Vgl. auch Mk 9,38–40; Lk 9,49–50.

²⁴ Das Zitat stammt aus dem 1906 veröffentlichten Buch von Evelyn Beatrice Hall mit dem Titel „Friends of Voltaire“ (S. 199). Es findet sich bei Voltaire selbst nirgends, sondern soll nur seine allgemeine Haltung ausdrücken.

nicht auf alle Menschen gleichmäßig beziehen, es sein denn meine Kraft und meine Ressourcen wären unerschöpflich. Ich kann allen gleich viel Gutes wünschen („Liebe des Wohlwollen“) aber offenbar kann ich nicht allen gleich viel Gutes tun, sonst müsste ich z.B. allen Bedürftigen dieser Welt gleich viel Geld spenden (so dass für niemanden etwas Nennenswertes übrig bliebe). Ich muss also auswählen und überlegen, wem ich wie viele Wohltaten erweisen (konkret etwa: Geld spenden) sollte. Diesbezüglich hat nun die klassische katholische Moraltheologie den Mut gehabt, den Grundsatz aufzustellen, man müsse *den Nahestehenden mehr lieben als den Fernerstehenden, und am allermeisten sich selbst*. Dies klingt beim ersten Hören für heutige Ohren ungewöhnlich, unchristlich und egoistisch, ist aber bei näherem Nachdenken vollkommen plausibel. Es geht hier um die „vernünftige Ordnung der Kompetenzen“ hinsichtlich der ‚Liebe der Tat‘. Die hier gemeinten „Nahestehenden“ sind nicht nur (aber auch!) die Nahestehenden in Familie, Glauben, Beruf und Freundeskreis, sondern auch die Fremden, die „mir über den Weg laufen“ (siehe das Gleichnis vom barmherzigen Samariter Lk 10,25–37, welches Jesu Antwort auf die Frage „Wer ist mein Nächster“ war). Es sind also insgesamt diejenigen, mit denen ich am meisten zu tun habe, also meine mir quasi von Gott anvertrauten „Nächsten“, und für sie muss ich daher am meisten Gutes tun, nicht so sehr für denjenigen, die mir ferner stehen oder gar meine Gegner und Feinde sind oder die mir unbekannt sind (was nicht heißt, dass sich nicht auch diesen Personen, wenn ich kann und sich die Gelegenheit ergibt, helfen soll). Aber Je näher mir jemand steht, desto mehr muss ich diese Person Gutes tun; und derjenige, der mir am allernächsten steht – bin ich selbst. Ich kann nicht erwarten, dass andere sich mehr um mich kümmern als ich selbst, sondern bin in erste Linie selbst dafür verantwortlich. Ich finde das eine sehr vernünftige Sichtweise, eine vernünftige „Selbstliebe“ (im Sinne der Pflicht: für sich selbst zu sorgen, damit also möglichst den anderen nicht zur Last zu fallen), die vom Laster des „Egoismus“ sorgfältig zu unterscheiden ist. In diesem Sinn also kann man sagen, dass meine Pflicht, andere an meinen Gaben und Gütern „teilhaben“ zu lassen, in einer entsprechend gestuften und differenzierten Weise auf Menschengruppen in verschiedener Nähe zu mir anzuwenden ist. Ich muss also an meinem Leben und meinen Gütern nicht jeden Menschen „voll teilhaben“ lassen, sondern verschiedenen Personen mehr oder weniger voll. Die Gegner dieser mir sehr vernünftig erscheinenden Theorie möchte ich gern fragen, ob sie denn wirklich die Kinder ihrer Nachbarn „genauso“ unterstützen wie ihre eigenen, also ihnen z.B. das gleiche Taschengeld auszahlen, ihnen genauso das die Auszubildenden finanzieren usw., und wenn sie dies bejahen sollten, würde ich weiter fragen, ob sie das „nur“ für die Kinder ihrer *nächsten* Nachbarn tun, oder auch für die „ferneren“ Nachbarn usw. Dies gilt entsprechend auch für die Regierungen von Staaten: Jeder Regierungschef muss seinem Staatsvolk, das ihn gewählt hat und für das er unmittelbar verantwortlich ist, tendenziell *mehr* Gutes tun als anderen Staaten und Völkern, was nicht heißt, dass er der Völkergemeinschaft *nichts* schuldet, nur ist er *nicht in erster Linie* und auch nicht *in derselben Weise* für die anderen Staaten da (die ihn ja auch nicht gewählt haben). In diesem Sinne interpretiert hat z.B. das „America First“ - Motto von Donald Trump nichts Anstößiges. Dieses Prinzip der „Ordnung der Liebe“ ist auch biblisch, so sagt z.B. Paulus in Gal 6,10: „So lasst uns, solange wir noch Zeit haben, allen Gutes tun, *besonders aber den Glaubensgenossen*“. Und auch Jesus selbst hat neben seinem Gebot der allgemeinen Nächstenliebe noch ein spezielles Gebot für die Liebe seiner Jünger untereinander gegeben, welches er in seiner Abendmahlsrede das „Neue Gebot“ nennt: „Ein neues Gebot gebe ich euch: Liebt *einander*, wie ich euch geliebt habe; ... daran wird jeder erkennen, dass ihr meine Jünger seit, wenn ihr Liebe *untereinander* habt.“ (Joh 13,34–35).

So ergibt sich nun als das anzustrebende Verhältnis von voller Teilhabe, Akzeptanz und Toleranz: Der Kreis derjenigen, die man toleriert, sollte *größer* sein als der Kreis derjenigen, die man *akzeptiert* (denn jener Kreis umfasst auch die Feinde, die dieser seiner Natur nach nicht umfassen kann), und dieser wieder sollte größer sein als der Kreis derjenigen, die man im vollen Sinn an seinem Leben „teilhaben“ lässt (also als Partner und Freunde zulässt); ein geringeres Maß an „Teilhabe“ ist entsprechend für die „nur Akzeptierten“ und ein noch geringeres für die „nur Tolerten“ (= die Gegner) angemessen. Das Minimum der auch diesen geschuldeten „Teilhabe“ ist selbstverständlich die Sorge für Leib, Leben und Freiheit. Einschränkungen diesbezüglich gelten nur für Kriminelle, die man sich als noch außerhalb des Kreises der zu Tolierenden zu denken hat:

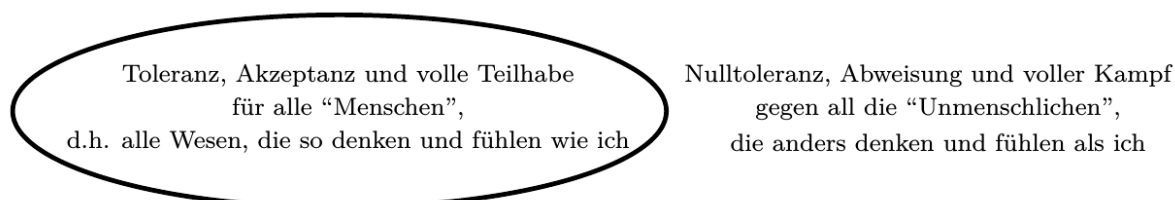


Konkret übertragen auf die Deutsche Parteienlandschaft würde ich dieses Schema im Hinblick auf die Parteien, die man akzeptieren, tolerieren oder nicht mehr tolerieren muss, wie folgt konkretisieren:



Die Parteien und Gruppierungen im Akzeptanz-Kreis halte ich aus christlicher Sicht für akzeptabel, allerdings nicht in dem Sinn, dass ich *jede* der dort vorfindlichen Meinungen akzeptieren würde, aber in dem Sinn, dass ich *trotz mehr oder weniger großer Schwierigkeiten* ein fruchtbares christliches Engagement dort recht gut vorstellen kann.²⁵ Drei Gruppierungen sehe ich wenigstens *teilweise* noch innerhalb des Akzeptanz-Kreises: rechts die AFD, links die LINKE, und links unten die PIRATEN. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich mir fruchtbares christliches Engagement hier „nur noch“ (aber immerhin „doch noch“) in gewissen „gemäßigten Flügeln“ dieser Gruppierungen vorstellen kann, die mit christlichen Positionen kompatibel sind. Die anderen, extremistischen Flügel diese Gruppierungen sehe ich außerhalb des Akzeptanzkreises, aber immer noch innerhalb des Toleranzkreises, in dem nach meiner Einschätzung auch die NPD und die DKP noch vollständig liegt. Damit meine ich: Ich sehe diese Gruppierungen zwar als Gegner einer akzeptablen christlichen Position an, würde sie aber nicht verbieten wollen, sondern tolerieren im Sinn der von Christus gebotenen „Liebe“ alias toleranten Haltung zu unseren Gegnern. Ähnlich sieht das übrigens auch das Bundesverfassungsgericht nach dem zweiten NPD-Verbotsverfahren: Die NPD ist nach dem Urteil des BVerfG zwar verfassungsfeindlich, weshalb der Staat diese Partei aus der staatlichen Parteienfinanzierung ausnehmen kann (d.h. hier wird keine „volle Teilhabe“ mehr gewährt!), aber die Partei wird dennoch nicht verboten, weil es eben zu wahrer Toleranz gehört, auch seine Feinde (solange sie nicht gewalttätig werden) zu tolerieren. Außerhalb des Toleranzkreises schließlich liegen diejenigen Gruppierungen, die tatsächlich kriminell werden und die der Staat daher nicht mehr tolerieren kann. Dazu gehört klarerweise der NSU und die RAF am rechten bzw. linken Rand, aber auch bei den ANARCHISTEN ein gewisser gewaltbereiter Flügel, zu dem die „autonomen Antifa“ gehört, sofern diese zu Gewalttaten aufruft (siehe z.B. den „Krawallreiseführer“, der von der Antifa vor dem AFD-Parteitag in Augsburg 2018 veröffentlicht wurde). Andere Anarchisten wie etwa die vollkommen pazifistische Richtung (die Gewalt sowohl „gegen Menschen“ als auch „gegen Sachen“ ablehnt) sind dagegen auf jeden Fall zu tolerieren, obwohl auch sie in gewisser Weise „verfassungsfeindlich“ sind (da sie ja als Anarchisten den Staat abschaffen wollen).

Ich plädiere also für diese differenzierte Einschätzung, und es erfüllt mich mit Sorge, dass gewisse Meinungsmacher der heutigen Jugend einreden wollen, der „Toleranz“-Begriff sei überholt und müssen durch „Akzeptanz“ und „volle Teilhabe“ ersetzt werden. Ich fürchte, dass das damit suggerierte platte Schwarz-Weiß-Bild wie folgt aussieht:



Was ich fürchte, ist überspitzt gesagt: Man ist nur scheinbar „menschensfreundlicher“ als früher, denn man *dehnt keineswegs die „volle Teilhabe“ und „Akzeptanz“ auf alle aus*, die man früher „nur“ tolerieren wollte, sondern ganz im Gegenteil: *man engt die Toleranz auf eine Gruppe ein*, die man als fortschrittlich ansieht und der man selbst zugehört, und ist gegenüber vielen, die *ich* zumindest noch tolerieren würde (siehe oben), schroff intolerant, und dies auch noch ausgerechnet im Namen von Toleranz und Offenheit. Ich verstehe nicht, wie man gegen Ausgrenzung gerade dadurch zu kämpfen meint, dass man AFD-Politikern „kein Forum“ bieten will, oder dass Antifa-Aktivistinnen glauben, für Toleranz einzutreten, indem sie mit Anschlägen auf AFD-Politiker drohen (siehe den genannten Krawallführer).

In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass man seit einiger Zeit – für meinen Geschmack viel zu aufdringlich – immer wieder das Wort „Menschen“ gebraucht, vor allem wohl im Hinblick auf Gruppen, die man als benachteiligt ansieht und daher in der „offenen und toleranten Gesellschaft“ nun voll akzeptieren, und „voll teilhaben“ lassen will. Da ist z.B. immer wieder recht umständlich die Rede von „*Menschen* mit Behinderung“ (statt kurz und altmodisch: „Behinderte“), von „türkeistämmigen *Menschen*“ (statt: Türken) von „jüdischen *Menschen*“ (statt: Juden) und von „*Menschen* mit Migrationshintergrund“ (statt: „Migranten“) usw. Man betont also die Gemeinsamkeit, dass wir alle Menschen sind. Das ist gut gemeint und die Stoßrichtung ist christlich, sofern Christen ja den Grundsatz allgemeiner Menschenliebe schon vor zweitausend Jahren aufgestellt haben (was damals revolutionär war) und bis heute hochhalten. Aber dann muss man dies bitte wirklich *konsequent* auf ausnahmslos *alle* Menschen anwenden, auch ganz besonders, wenn es „Gegner“ sind; andernfalls wird man unglaubwürdig. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ich finde, dass Sigmar Gabriels an sich anerkennenswerter Einsatz für Toleranz dadurch erheblichen Schaden gelitten hat, dass er öffentlich Menschen, die sich auf ungehörige Weise gegen Asylbewerber einsetzen, als „Pack“ bezeichnete, oder Täter, die in Köln auf ungehörige Weise Frauen misshandelten, als „Arschlöcher“. Hierzu schreibt SPIEGEL-Autor Stefan Berg m.E. zu Recht: „In beiden Fällen sind Strafverfolgung und öffentliche Ächtung angebracht, aber keine Herabwürdigungen. Wer für die Würde des Menschen eintritt, darf selbst den Anstand nicht verlieren.“ Einer der bemerkenswerten Widersprüche unserer Zeit besteht doch in Folgendem: Einerseits fordert man eine „Wohlfühlzone für alle“, die so weit geht, dass man keine Meinung mehr kritisieren darf, und man jegliche Aggression gegen „Menschen“, nicht nur solche in Taten, sondern auch solche in Worten und Gedanken verbieten möchte, besonders auch sog. „Mikro-Aggressionen“, die unbewusst in Worten liegen mögen. Aber andererseits grenzen manche Verteidiger der „offenen Gesellschaft“ diejenigen, die sich nicht hinreichend zu den Werten dieser Gesellschaft bekennen, nur umso schärfer aus, und lassen an diesen Ausgegrenzten nicht nur „Mikro-Aggressionen“, sondern gleich Makro-Aggressionen aus, die tatsächlich so weit gehen, ihnen das Menschsein explizit abzuspochen. Ein Beispiel hierfür lieferte 2016 der damalige sächsische Ministerpräsident und Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (CDU). Nachdem in Clausnitz eine aufgebrachte Menschenmenge

²⁵ Irgendwo im Akzeptanz-Kreises müsste man noch den Kreis der „vollen Teilhabe“ zeichnen: um diejenige(n) Partei(en) herum, die man voll unterstützt.

sich einem Bus ankommender Flüchtlinge in den Weg gestellt und „wir sind das Volk“ gegrölt hatte, und in Bautzen Schaulustige auf einen Brand in einem noch nicht bezogenen Flüchtlingsheim mit Beifall und abfälligen Bemerkungen reagierten, meinte Tillich in sicher verständlichem Ärger: „*Das sind keine Menschen, die so was tun*“. Aber, Herr Tillich, so richtig es auch war, sich klar gegen das genannte Verhalten auszusprechen: Die das tun, *sind Menschen* – die aus welchem Grund auch immer ebenfalls verärgert, irregeleitet, vielleicht auch schuldhaft kriminell sind; aber jedenfalls sind es Menschen.

2. Racheverzicht und Vergebungsbereitschaft

Neben der Toleranz und eng mit ihr zusammenhängend die christliche Ethik eine weitgehenden Bereitschaft, auf Rache zu verzichten²⁶ und im Zusammenhang damit fordert Jesus starke Vergebungsbereitschaft, die im dem von ihm empfohlenen Grundgebet des Vaterunser zum Ausdruck kommt (Mt 6,12–15; vgl. Eph 4,32) und die er selbst überzeugend dadurch vorgelebt hat, dass er seinen Mördern verzieh (Lk 23,34).

Nach dem (Blut-)Racheprinzip hat bei einem Mord die Familie des Getöteten das Recht, einen Mord in der Familie des Mörders zu verüben. Übertragen auf moderne Staaten heißt das: Tötet eine aus dem Staat A abgefeuerte Rakete x unschuldige Bürger des Nachbarstaates B, so darf/muss Staat B als Antwort ebenfalls x unschuldige Menschen von Staat A durch einen Gegenangriff töten. Theoretisch muss zugefügte Übel dem erlittenen Übel entsprechen, aber in der Praxis ist das Strafübel meist höher oder wird als höher empfunden, und dann darf/muss man für den Überschuss wieder Rache üben, und auf diese Weise haben sich oft endlose Konflikte zwischen Familien, Klans und Völkern ergeben. Nach dieser Logik dürften sich manche Phänomene im Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern erklären lassen, auch die IS-Enthauptungen wurden so gerechtfertigt. Aber nicht nur alte außerchristlichen Kulturen, auch moderne rechts/links-radikale atheistische Systeme (wie die von Hitler, Stalin und Pol Pot aufgebauten) bedrohten für nichtkonformes Verhalten Einzelner bekanntlich immer gern seine Familienangehörigen. Das ist wiederum kein Zufall: Denn individuelle Verantwortung setzt voraus, dass das Individuum einen eigenverantwortlichen freien Willen hat, den es im materialistischen Weltbild vieler Hochextremisten nicht gibt.

Die Kirche hat Rache in diesem Sinn nie gebilligt: Wer aus Rache für einen Mord einen andere begeht, macht nichts gut, sondern verdoppelt das geschehene Übel: Strafe darf höchstens einen Schuldigen treffen, niemals seine unschuldigen Angehörigen. Diese in der christlichen Kultur selbstverständlich gehaltenen Prinzipien sind, wie gesagt, längst nicht überall akzeptiert und geraten in der nichtchristlich erzogenen Jugend wider zunehmend in Vergessenheit. Christliche Politik sollte darum für die Position des Racheverzichts und der Vergebungsbereitschaft werben und mit gutem Beispiel vorangehen. Was übrigens Vergebungsbereitschaft betrifft, so muss diese nach christlicher Sicht ebenfalls umfassend sein, im Hinblick auf Straftäter sollte also bei guter Führung Begnadigung möglich sein, und in jedem Fall muss nach Abbüßen der gesetzlichen Strafe jegliche Benachteiligung und Beschimpfung aufhören. Manche Christen haben damit Schwierigkeiten, Rechts-extremisten lehnen das Prinzip meist von vornherein ab, und Linksextreme neigen dazu, es nur für ihresgleichen in Anspruch zu nehmen: einem kriminell gewordenen „Rechten“, der nicht Linksradikal geworden ist, würden sie niemals vergeben.

Viele Linke sagen an dieser Stelle: Diese frommen Prinzipien taugen nichts, *denn die Kirche hat sich doch früher auch nicht dagegen gehalten, schau auf das dunkle Mittelalter ...* Meine Antwort darauf ist eine doppelte:

Erstens (und das ist am wichtigsten) ist es grundsätzlich schlicht ein alt bekannter *logischer Fehlschluss* (eine Variante des sog. „genetischen Fehlschlusses“), die Richtigkeit eines Prinzips dadurch in Frage zu stellen, dass sich seine Vertreter selbst nicht daran halten. Ich könnte also sagen : „Na und?“ Die Prinzipien sind trotzdem richtig.

Zweitens aber ist es ein pauschales Vorurteil, das die Kirchengeschichte voll von Übeln aller Art war; ich bin allen solchen Vorwürfen durch Studium der historischen Quellen und der fachwissenschaftlichen Literatur sorgfältig nachgegangen und empfehle den Kirchenkritikern, meine beiden Internet-Veröffentlichungen „Kirche und Gewalt“ sowie „Die Kirche und die Menschenrechte“ darüber zu konsultieren (einen Link zu beiden Texten findet man auf meiner Homepage).

3. Zurückhaltung des Urteils: Gutes im Menschen sehen, Verleumdeten beistehen

Christus fordert er Zurückhaltung des Urteils über die Bosheit anderer: „Verurteilt/richtet nicht, damit ihr nicht verurteilt / gerichtet werdet“ (Mt 7,1). Es ist zudem eine christliche Pflicht der allgemeinen Nächstenliebe, sich immer zu bemühen in Menschen das Gute zu sehen, auch im Sinne des Prinzips „in dubio pro reo“ (im Zweifelsfall *für* Angeklagten einzutreten) und *den guten Ruf besonders der von allen angegriffenen Menschen zu verteidigen, wo immer es geht*.

Nach diesem Grundsatz sollte man als Christ sensibel dafür sein, auf welche Gruppen Verleumdungen vor allem fallen. In der Zeit des Nationalsozialismus war das relativ klar: Die größte angefeindete Gruppe waren die Juden, denen daher viele Christen beispielhaft geholfen haben.²⁷ Heute sind die Angefeindeten nicht mehr so klar identifizierbar. Es sind teilweise wieder Juden,

²⁶ Vgl. das in Mt 5,38–39 in offensichtlich parabolischer Redeweise gesprochene Wort Jesu: „Ihr habt gehört, dass gesagt worden ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch: ... Wer dich auf die rechte Wange schlägt, dem halte auch die linke hin.“; Vgl. auch die Weisung des Apostels Paulus in Röm 12,18: „rächt euch nicht selbst, Geliebte“, was freilich im Zusammenhang mit Röm 13 gesehen werden muss, wo der Staat von Gott legitimiert ist, wenn nötig Verbrechen zu bestrafen.

²⁷ Nach Recherchen des jüdischen Religionswissenschaftler Pinchas Lapide (deren Ergebnisse er 1967 in seinem Buch *Rom und die Juden* präsentierte) hat „der Heilige Stuhl ... mehr getan, den Juden zu helfen, als jede andere Organisation des Westens, einschließlich des Roten Kreuzes“, in dem er durch diverse Hilfsmaßnahmen 860.000 Juden vor dem sicheren Tod rettete. Auch die beiden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, deren Jugend noch in

aber auch Muslime, und auch Politiker und sonstige Menschen, die zu Recht oder Unrecht wegen ihrer dem Mainstream nicht angepassten Überzeugungen von der Presse unfair angegriffen und diffamiert werden (heute stellt man solche bevorzugt in die „erkonservative“ oder „rechte“ Ecke“, vor dreißig Jahren war es umgekehrt meist „die linke“ Ecke).

Ich habe mich entschlossen, wann immer sich die Presse unisono auf jemanden „einschießt“, immer genauer kritisch hinzusehen, und muss feststellen, dass tatsächlich die Angegriffenen meist schlimmes Unrecht erfuhren. Ich versuche seitdem, jeden Politiker und Kirchenführer, der sich für die Gesellschaft oder seine Kirche engagiert, gleich welchen Lagers (auch wenn ich seine politische Meinung nicht teile) besonderes Wohlwollen entgegenzubringen und empfehle, besonders Politiker generell ins Gebet einzuschließen. Fast alle werden von ihren Gegnern heftig angefeindet und einige haben oft bewundernswerten Mut, trotz erhöhter Gefahr von Anschlägen mit ihrem Einsatz fortzufahren; die meisten arbeiten Tag und Nacht, derart dass ihre Familien daran zugrunde gehen und sie somit eigentlich besser im Zölibat leben sollten (90 Prozent der Ehen von Bundestagsabgeordneten werden geschieden!) Hier einige Beispiele für m. E. ungerechtfertigte Verleumdungen:

1. Der erste Fall, den ich verfolgt habe, war *Christian Wulff* (CDU-Bundespräsident 2010–2012). Er fiel mir zunächst auf durch sein Bekenntnis „der Islam gehört zu Deutschland“, was ich damals als unpassend-provokativ empfand. Aber die landesweite Presse- und Anklagekampagne, die gegen ihn gehetzt hat und ihn letztlich zum Rücktritt zwang, hat der nicht verdient. Zunächst wurde ihm vorgeworfen, in Großburg-Wedel eine recht preiswerte Wohnung gekauft zu haben. Die Presse stellte dies als Skandal dar. Ich sah das anders: *Jeder Hauskäufer handelt doch wohl mit einem Banker seines Vertrauens und versucht so günstig wie möglich zu kaufen.* Als er deswegen diffamiert wurde, sprach er auf den Anrufbeantworter einer Zeitschrift, beklagte sich wegen der Diffamierung und drohte mit einem Prozess, falls damit weitergemacht würde. Dies wiederum wurde veröffentlicht und forcierte die Kampagne gegen ihn: Jetzt hieß es, er nutze seine Stellung aus, um eine Zeitschrift einzuschüchtern. Alle fanden Wulff unmöglich. Ich aber dachte mir: *Was ist dabei? Wie jeder Bürger hat er das Recht, Gerichte einzuschalten, wenn er sich ungerecht behandelt fühlt. Und wenn er zuerst damit droht (statt es gleich zu machen), ist das doch nur fair. Wenn ich meinen Nachbarn zürne, klage ich ihn auch nicht gleich an, sondern drohe erst mal mit der Anklage. Das alles hat mit Ausnutzen der Stellung nichts zu tun.* Es kam zum langjährigen Gerichtsverfahren gegen ihn. Immer neue Vorwürfe kamen hinzu, er habe sich eine Reise sponsern lassen usw. Er musste zurücktreten. Das Verfahren ging noch lang weiter. Da bot ihm das Gericht an, für eine freiwillige Zahlung von 20.000 Euro die Klage fallen zu lassen. *Ich empfand das als unverschämt, und freute mich, dass Wulff darauf nicht einging, sondern den Prozess zu Ende führen wollte.* Zum Schluss ging es nur noch um Lächerlichkeiten, etwa eine Vorteilsannahme um einige hundert Euro auf dem Münchner Oktoberfest. 2014 endlich wurde Wulff in allen Punkten freigesprochen. Sein Ruf und seine Laufbahn aber waren ruiniert.

2. Etwa zur selben Zeit schoss man sich auf Franz-Peter *Tebartz van Elst* ein (Bischof von Limburg 2008–2014) wegen des Neubaus der Limburger Bischofswohnung mit angeschlossenem Gemeindezentrum, die im Laufe des Baus immer teurer wurde, und am Ende kam man bis auf 31 Millionen Euro. Schuld an dem relativ hohen Preis (der keineswegs aus dem Rahmen für denkmalgeschützte Bauten dieser Art fällt) war zum großen Teil die Baufirma, aber auch der Denkmalschutz mit seinen Auflagen. Der Bischof wurde von der Presse kriminalisiert (Titulation als „Protz-Bischof“ und Rücktrittsforderungen). Ich erinnere mich noch an Details in der Presse über die teure Badewanne, Beleuchtung, und das Auto des Bischofs usw. *Halt mal, dachte ich da, was geht das eigentlich die Presse an, ist das nicht seine Privatsphäre?* Es wurden auch so getan, als verschleudre er Kirchensteuermittel (in Wirklichkeit bezahlte er den Umbau aus einer Stiftung, die *eigens und nur* für Bauzwecke zur Verfügung stand, die Tebartz also nicht etwa „für die Armen“ verwenden durfte). Es gab dann ein staatliches Gerichtsverfahren, in dem wie bei Wulff dem Angeklagten angeboten wurde, für die Zahlung von 20.000 Euro die Anklage fallen zu lassen, worauf der durch die Kampagnen gegen ihn zermürbte Bischof einging (anders als sein Leidensgenosse Wulff). Er trat zurück und seine Gegner waren sich sicher, dass Papst Franziskus ihn maßregeln würde. Aber nichts dergleichen geschah. Außer gewissen Fehlern, die ihm aus Unkenntnis unterliefen, hat er offenbar weder gegen staatliche noch gegen kirchliche Vorschriften vorsätzlich verstoßen. Er ist heute in Rom für die Neuevangelisierung zuständig. – Die teure Bischofswohnung aber soll unter dem neuen Bischof Georg Bätzing (der aus demonstrativer Bescheidenheit nicht in die Wohnung einziehen wollte) zu einem Teil des Diözesanmuseums umgebaut werden; die Kosten des Umbaus, der noch nicht fertig ist, liegen mittlerweile bei 400.000 Euro, also über der zehnfachen Summe, die einst der „Protzbischof“ bezahlt hätte. Aber den neuen Bischof mag man, weil er ja so bescheiden ist. So ungerecht urteilt die Welt.

3. Noch bewegender war für mich der Fall *Walter Mixa* (Bischof von Augsburg, 2005–2010), der im Zuge der kirchlichen Pädophilie-Anklagewelle 2010, wo quasi täglich Schlagzeilen über pädophile Priester auftauchten (wobei auch längst vergangene Fälle erneut in die Schlagzeilen kamen, und mancher nicht genau hinsehende Leser den Eindruck hatte, sie ereigneten sich aktuell).²⁸ Parallel dazu wurde auch aufgearbeitet, wie früher allgemein in der Pädagogik das Mittel der körperlichen Züchtigung angewandt wurde. Mixa wurde daher angeklagt, während seiner früheren Tätigkeit in einem Kinderheim für schwer erziehbare Kinder diese geprügelt zu haben (in einer Zeit, in der dies weder unüblich noch strafbar war); er bestritt dies, räumte aber später ein, er könne nicht ausschließen, Ohrfeigen gemacht zu haben, blieb aber dabei, dass er auf eigentliche

der Nazizeit fiel (Paul Spiegel, Vorsitzender von 2000 bis 2006, und Charlotte Knobloch, Vorsitzenden von 2006 bis 2010) verdanken ihr Leben dem mutigen Einsatz von Christen. Paul Spiegel entging den Nazi-Häschern in Flandern, indem er von einer kath. Bauernfamilie mit Hilfe des Pfarrvikars versteckt wurde. Charlotte Knobloch wurde durch die fromme kath. Hausangestellte ihres Onkels, Kreszenzia (Zenzi) Hummel, gerettet, die Charlotte als ihr eigenes uneheliches Kind ausgab und 1942–1945 auf einem Bauernhof versorgte, wobei sie standhaft üble Nachrede auf sich nahm.

²⁸ Eine ähnliche Pädophilie-Vorwurfswelle lief 2013 gegen die Grüne Partei an, vgl. etwa <https://www.welt.de/politik/deutschland/article141406874/Gruenen-Politikerin-Kuenast-geraet-in-Erklarungsnot.htm>, die aber nicht so medienwirksam war.

Prügel verzichtet habe. *Ich glaube ihm dies, und führe es auf seinen Wahrheitsliebe zurück, trotz der Nachteile die in der ersten Aussage nicht erwähnten Ohrfeigen später eingeräumt zu haben.* Das war mutig, denn es führte zu einer unbarmherzigen Häme von allen Seiten. Man unterstellte ihm Lüge, man suchte eifrig nach neuen Anklagen, die denen seines Kollegen Tebartz van Elst ähnelten: Er würde Geld veruntreuen und Luxus lieben (kaufe z.B. teureren Wein ein) etc. Trotzdem sah es aus, als würde er den Presse Sturm überstehen. Da holte man zu einer Intrige aus, aufgrund derer er dann zurücktreten musste: Es kam aus dem Bistum Eichstätt von einer Frau plötzlich eine Anklage gegen ihn wegen sexuellen Missbrauchs, was sich aber einige Tage später als haltlos herausstellte. Dann die Frau benannte einen Ministranten, den Mixa angeblich missbraucht haben soll, der dies dann aber selbst empört zurückwies (eine Kollegin von mir kennt diesen Ministranten übrigens persönlich). Aber Mixa war zurückgetreten; man hatte erreicht, was man wollte.

4. Ein letzter Fall ist der Fall *Frau Petri*. Ich wurde 2016 in der Schule von einer Schülerin gefragt: „Wieso will Petri kleine Kinder erschießen“? Dass sie dies wolle, und einen „Schießbefehl“ an den Grenzen befürworte, war damals eine weit verbreitete Meinung. Ich bin der Sache nachgegangen und fand das Interview im Nachrichtenportal Rhein-Neckar „morgenweb“ Mannheim vom 30.01.2016, von dem diese Diffamierung offenbar ausgegangen war. Hier ist die entscheidende Passage lautet:

Zeitung: *„Frau Petry, Sie fordern, an den Grenzen „wieder Recht und Ordnung herzustellen“. Was heißt das?*

Petry: Wir brauchen umfassende Kontrollen, damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können.

Zeitung: *Die Grenze zu Österreich ist mehr als 800 Kilometer lang. Wie wollen Sie die durchgängig kontrollieren?*

Petry: Ich weiß genau, dass Sie mich zur Schlagzeile „Petry will Grenzzäune errichten“ provozieren wollen.

Zeitung: *Wir wollen nur wissen, wie Ihr Plan aussieht. Wie sieht er aus?*

Petry: Wir müssen natürlich genügend Bundespolizisten einsetzen und dürfen Zurückweisungen nicht scheuen. Dies muss notfalls auch mit Grenzsicherungsanlagen durchgesetzt werden.

Zeitung: *Wie hoch sollen die Zäune sein?*

Petry: Sie können es nicht lassen! Schauen Sie doch mal nach Spanien. Die haben auch hohe Zäune.

Zeitung: *Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert?*

Petry: Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt.

Zeitung: *Und wenn er es trotzdem tut?*

Petry: Sie wollen mich schon wieder in eine bestimmte Richtung treiben.

Zeitung: *Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?*

Petry: Er muss den illegalen Grenzübergang verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.

Zeitung: *Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält?*

Petry: Ich habe das Wort „Schießbefehl“ nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen und über Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen den Flüchtlingszustrom bremsen.

Petry hat hier, ersichtlich vom Reporter dazu gedrängt, Waffengewalt als ultima ratio nicht ausgeschlossen, dies jedoch im Rahmen der *bestehenden* Gesetze („so steht es im Gesetz“). Das sog. „Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes“ gestattet in § 9 tatsächlich Grenzbeamten „den Gebrauch von Schusswaffen“. Genauer dürfen nach § 11 „im Grenzdienst Schusswaffen auch gegen Personen“ gebraucht werden, „die sich der wiederholten Weisung, zu halten ..., durch die Flucht zu entziehen versuchen“. Petry hat somit eindeutig nichts Rechtswidriges gefordert. Sie möchte ausdrücklich auch *keinen* „Schießbefehl“, sagt auch nichts vom „Erschießen“ sondern spricht – wie das Gesetz auch – nur allgemein vom „Gebrauch“ von Waffengewalt, wozu z.B. auch Warnschüsse gehören, und bei Flüchtenden genügen in der Regel als ultima ratio Schüsse in die Beine.²⁹ Erst recht ist von Kindern keine Rede. Aber all diese Feinheiten haben Massenmedien offenbar nicht vermittelt, wenn sie meinen Schülern den Eindruck vermittelten, Petry möchte „kleine Kinder erschießen lassen“. Besonders empörend aber fand ich es, dass der Augsburger OB Kurt Griebel (CSU), der es als Jurist doch besser wissen müsste, kurz darauf eine Rede von Petry in Augsburger Rathaus verbieten wollte, wohin sie von der AFD-Fraktion eingeladen worden war. Griebel begründete dies damit, ein Auftritt Petrys werde den Hörern „eine unerträgliche Verletzung des Sittlichkeits- und Anstandsempfindens“ zumuten. Ich war dann sehr erleichtert, als das Augsburger Verwaltungsgericht das Hausverbot Griebels als „rechtswidrig“ kassierte und Petry somit auftreten durfte.

Im Zusammenhang mit Petrys Waffenwort kam auch *Beatrix von Storch* in die Negativschlagzeilen. Sie verwies auf das oben genannte Gesetz und sagte, sie stelle keine Forderung, sondern referiere nur die Rechtslage. Allerdings machte sie dabei den Fehler, dass sie auf Anfrage in Facebook meinte, die dort gemeinten Personen schlossen auch Frauen und Kinder ein. In § 12 Abs 3 des Gesetzes werden aber Kinder ausdrücklich ausgeschlossen, was Beatrix von Storch offenbar entgangen war. Als sie den Zusatz bemerkte, nahm sie ihre Aussage einige Tage später aber zurück und erklärte nun genauer, dass Kinder ausgeschlossen sind. Man kann sich natürlich darüber ereifern, dass sie das Gesetz nicht gleich gründlicher gelesen hat. Aber Bosheit würde ich hier nicht unterstellen. Jedenfalls hat sie meines Erachtens den folgenden Sturm der Entrüstung und die sich bald gegen sie einstellenden Morddrohungen gegen ihre Person nicht verdient, die offenbar so real waren, dass sie auf dem Stuttgarter Parteitag permanent von drei Beamten des Landeskriminalamtes bewacht und in einer gepanzerten Limousine durch die Straßen gefahren werden musste.

²⁹ Vgl. jedoch die tödlichen Schüsse israelitischer Sicherheitsbeamter gegen Palästinenser beim Versuch, die Grenze zu überschreiten; <https://www.n-tv.de/politik/Israelische-Soldaten-feuern-auf-Palaestiner-article20420956.html>.

Hier noch eine Anmerkung zu dem Münster-Tweed, wo von Storch erst fälschlich von einem islamistischen Täter ausging und dann von einem Nachahmungstäter eines solchen. Heutige Politiker, egal welcher Couleur, reagieren verstärkt spontan und emotional, was m.E. eine Krankheit unserer Zeit ist; vielleicht meint man, man könne ohne solche Sprüche beim Volk und besonders „in der heutigen Jugend“ nicht mehr ankommen. Ob ein Politiker wirklich „böartig“ ist oder nicht, kann man jedenfalls weniger an solchen Patzern, sondern eher daran festmachen, wie er nach vernünftigem Nachdenken damit umgeht. Frau von Storch hat sich inzwischen für ihren Tweed entschuldigt: „Ich habe mit meinem Tweed zu Münster einen Fehler gemacht und das tut mir leid“, was man anerkennen sollte. Wobei sie hinzufügte, sie wolle nie wie Bundeskanzlerin Angela Merkel sein, die ihre Fehler nicht zugebe (vgl. <https://www.stern.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch-bereut-muenster-tweet-und-sagt--ich-moechte-nie-wie-angela-merkel-sein--7938234.html>). Diesen Seitenhieb auf Merkel werden ihr viele wieder als Bosheit ankreiden, aber auf völlige Sachlichkeit zu schalten, scheint für heutige Politiker (leider) offenbar so gut wie unmöglich zu sein ... Siehe unten Punkt 3.

Ich denke, man sollte Diffamierungen, wen auch immer sie treffen (sei er noch so unsympathisch) und von wem auch immer sie kommen (und sei es mit Unterstützung sämtlicher Medien) immer kritisch gegenüberstehen. Ich habe früher ein großes Grundvertrauen auf „unsere“ Politiker der westlichen Wertegemeinschaft und „unsere“ Medien gehabt, habe ihnen geglaubt, aber dieses Vertrauen ist durch verschiedene Erfahrungen gründlich erschüttert worden, so dass ich *keiner* Nachricht so einfach mehr traue. Die „Erschütterung“ meines Vertrauens datiert vom Irak-Krieg her, als unsere westlichen Politiker behaupteten, man habe klare Beweise dafür, dass der irakische „Diktator“ Saddam Hussein Atomwaffen habe. Mit diesem angeblichen „Wissen“ wurde dann der Krieg gerechtfertigt, als dessen Spätfolge man vielleicht die heutige destabilisierte Weltsituation bezeichnen kann, und der „Witz“ war, dass Hussein in Wirklichkeit überhaupt keine Atomwaffen hatte. Das ganze war offenbar ein Täuschungsmanöver.

Seitdem merke ich immer wieder, wie fraglich so vieles ist, das andere einfach glauben. Es ist mir offensichtlich, dass es derzeit eine Reihe von Personen gibt, die hierzulande massiv ins schlechte Licht gerückt werden. Viele Bürger, die in der ehemaligen DDR aufgewachsen sind, sagen heute, sie fühlen sich manchmal in ihre Jugendzeit in der DDR zurückversetzt, wo auch in allen Medien unisono immer dieselben Personen und Ideen als gut und dieselben als schlecht dargestellt wurden; nur dass in der DDR nur wenige diese Nachrichten glaubten, während es hier fast alle wirklich tun. Immer böse sind hier derzeit die „big five“ Trump, Putin, Assad, Ördogan und Orban. Diese Leute werden von deutschen Medien dauernd angeschossen. Ich will sie nicht in allem verteidigen, aber ich denke man muss die ihnen gemachten Vorwürfe stets sehr vorsichtig und kritisch auf ihre Stichhaltigkeit hin prüfen.

Neben mir als Beispiel Putin. Die westliche Wertegemeinschaft ist auf ihn sauer seit der Ukraine-Krise. In dieser unterstützte Europa unrühmlicherweise und gegen das Völkerrecht die Absetzung des rechtmäßigen Präsidenten Janukowitsch, seit dieser den Anschluss an Europa ablehnte, während Putin Janukowitsch unterstützte. Ob Putins nachfolgende „Annexion“ der Krim völkerrechtswidrig war, ist umstritten, *unumstritten* aber ist, dass die große Mehrheit der Bewohner zu Russland und nicht zur Ukraine gehören *wollen*. Was soll man nun glauben, wenn es neulich in unseren Medien hieß, Putin habe höchstwahrscheinlich einen Ex-Spion in London mit seiner Tochter ermordet wollen, wofür man „Beweise“ habe; während dies von russischer Seite empört zurückgewiesen wurde? Ich kann das nicht direkt überprüfen, sondern entweder unseren Medien glauben (wie ich damals an die „Beweise“ für die Atomwaffen Saddam Husseins glaubte) oder auch nicht. Vielleicht führt hier aber folgende Überlegung weiter: Merkwürdigerweise kam diese Nachricht, die Putin (wenn sie wahr ist) zu einem Verbrecher macht, der vor kaltblütigen Mordaufträgen nicht zurückschreckt, kurz vor den Wahlen in Russland, und kurz nachdem Putin selbst angekündigt hatte, er wolle sein Verhältnis zu Europa verbessern. Die Nachricht schadet also eindeutig Putin und seinem Vorhaben, sich Europa anzunähern. Daher meine Überlegung: Wenn er tatsächlich den Anschlag angeordnet hat, wäre dies zu diesem Zeitpunkt das Dummste, was er machen konnte. Somit spricht die berühmte Frage „Cui Bono?“ (Wem nützt das?) eher dafür, dass, wer auch immer dahintersteckt, es jedenfalls eher *nicht* Putin war.

Trump ist fraglos ein Populist und seine Kommentare lassen ihn manchmal als frechen Maulheld erscheinen. Außerdem erschien er vielen auch aufgrund mangelnder politischer Erfahrung vor allem zu Anfang seiner Regierung als unberechenbar. Er hat verdient und muss es wegstecken können, wenn Leute ihn heftig kritisieren (wie er es auch mit seinen Gegnern getan hat). Allerdings muss man ihm gegenüber fair bleiben und darf seine Politik nicht unkritisch verteufeln. Nicht verstehen kann ich z.B. das Verhalten von Papst Franziskus, als dieser noch während des Wahlkampfes Trumps Vorhaben der Sicherung der Grenzen durch eine Mauer zu Mexiko einfach so als unchristlich diffamierte. Es gibt an der mexikanischen Grenze zu den USA anscheinend ein ernsthaftes Problem durch Schmugglerbanden, Drogendealer usw., so dass bereits der Demokrat Bill Clinton Grenzbefestigungen zu Mexiko errichten ließ, die Trump nun „dicht“ machen wollte. Man kann dazu stehen wie man will, nur finde ich, es ist platter Populismus, wenn Papst Franziskus hierzu einfach sagte: „*Jemand, der Mauern statt Brücken bauen will, ist kein Christ*“. Trump wurde auch deswegen empört als herzlos und skrupellos dargestellt, weil er „Obama-Care“, die Krankenversicherung armer Amerikaner wieder abschaffen wollte und zum Teil abgeschafft hat. Man muss aber doch zur Kenntnis nehmen, dass jedes System der Krankenversorgung seine Vor- und Nachteile hat (Freiheit versus Sicherheit), und dass Trump hier nicht gegen den Willen des Volkes handelte, das ihn nun einmal mehrheitlich gewählt hat, und dabei wusste, was er vorhatte. Unsere Medien sollten dann also bitte auch den Mut haben, auch sämtliche amerikanischen Trump-Wähler als herzlos zu bezeichnen.

Bei Assad muss man die ähnliche Fragen wie bei Putin stellen. Ist er wirklich das Ungeheuer, das zum Machterhalt Giftgas gegen sein Volk einsetzt? Ich weiß es nicht, bezweifle es aber. Was ich nicht verstehe ist, dass unsere Medien ihn nicht mit seinem offiziellen Titel als „Präsident“ sondern als „Machthaber“ bezeichnen. Man suggeriert damit seine Unrechtmäßigkeit, obwohl er nach den üblichen Standards seines Landes gewählt wurde. Formaljuristisch betrachtet handeln westliche Militärs,

wenn sie syrische Rebellen unterstützen (vor einigen Jahren noch diejenigen des IS, jetzt die „guten“ Rebellen) übrigens völkerrechtswidrig, im Gegensatz zu Russland, das den syrischen Präsidenten unterstützt.

3. Vernunft oder emotionale „Parteilichkeit“?

Christliche Politik bekennt sich (oder sollte sich bekennen) zum Ideal der **Vernunft** und **objektiver Sachlichkeit**. Damit steht sie im Widerspruch zur heute immer stärker werdenden (und in hochextremistischen Kreisen von rechts und links; ganz besonders auch in marxistischen und modernen linken) explizit geforderten subjektiv-emotionalen „**Parteilichkeit**“. Im „Marxismus-Leninismus-Unterricht“ der DDR wurde gelehrt, die Forderung nach Objektivität (was ja heißt: nach unparteilicher Prüfung) im Streit gegen Unterdrückung sei rechtsextrem und revanchistisch; was man fordern müsse, sei statt dessen: „*sei parteiisch*“. Das Streiten für die Emotionen der unterdrückten Masse war auch das Fundament der „Sponti“-Bewegung. Die Sachlichkeit ist aber in Wirklichkeit nicht rechtsextrem, sondern eine Tugend der Mitte, die allen Hochextremen (von links und rechts) tendenziell abgeht; auch die Rechtsextremen sind ja dafür bekannt, dass sie an das Gefühl, nicht an den Verstand der Massen appellieren. Heute treibt die zelebrierte Unsachlichkeit wieder extreme Blüten, man denke nur an die vielen „Fake News“ von allen Seiten.

Hochextremisten von links und rechts betonen oft den Primat des Gefühls über die Vernunft. Der Grund dafür scheint mir letztlich das *materialistische Menschenbild* dieser Gruppen zu sein (das ja auch der Grund ist, dass sie so verzweifelt radikal für das diesseitige materielle Paradies kämpfen). Nach dem Materialismus ist der Mensch keinen immateriellen freien Willen und keinen geistigen Verstand, der „über der Materie schwebt“ und darum „objektiv“ urteilen kann, sondern er hängt vollständig von der Materie an, so dass die Verstandesurteile allein von den materiell-ökonomischen „Zuständen“ in denen wir leben, verursacht werden. Infolgedessen ist es sinnlos, jemanden „überzeugen“ zu wollen in dem Sinn, dass man ihm hilft, „von sich aus“ etwas einzusehen; vielmehr muss man ihn „manipulieren“, und zwar über Gefühle, die man wiederum von außen psychologisch beeinflussen kann. Es nützt somit nichts, für eine Position „in einer luftleeren, objektiven Sphäre“ zu argumentieren, vielmehr muss man Argumente gefühlsmäßig untermauern oder (besser noch) einfach die „richtigen“ Gefühle erzeugen. Die von vielen Materialisten/Physikalisten heute geforderte „Neuroethik“ will dies sogar durch „invasive“ oder „nicht-invasive“ Beeinflussung des Gehirns erreichen, z.B. durch flächendeckende Verabreichung von „Anti-Rassismus-Pillen“ an die Bevölkerung (vgl. als Vertreter den Philosophen Julian Savulescu). – Das Christentum lehnt nun bekanntlich die materialistische Grundlage dieser Ideen grundsätzlich ab und glaubt an einen materie-unabhängigen Kern des Subjekts, dessen Freiheit und eigenständige Vernunft, und appelliert aus diesem Grund an die Vernunft.

3a. Parolen: Zum Verständnis der Gefahren, die unserer Zeit durch das Zurückdrängen der Vernunft und das Hochlebenlassen der Emotionen droht, verweise ich vor allem auf das oben schon empfohlene Buch des Begründers der wissenschaftlichen „Massenpsychologie“, *Gustave Le Bon*, mit dem Titel „*Psychologie der Massen*“, das hier sehr Wichtiges zu sagen hat. Massen werden demnach vornehmlich durch Parolen beeinflusst, die *einfach* sind, die *ständig wiederholt* werden, und die – und das ist der wichtigste Punkt – *niemals begründet* oder *genauer erklärt* werden dürfen. Sobald man anfängt zu differenzieren, analysieren und gar begründen, hört die Masse nicht mehr zu; vor allem sorgt man durch differenzierte Begründungen dafür, dass dem nur noch wenige intellektuell folgen können, und von denen, die das tun, wird wieder ein großer Teil anderer Meinung sein. Das Erfolgsrezept lautet deshalb: Nimm eine kurze Parole (wenn möglich nur ein einziges Wort), wiederhole sie ständig und lasse *jeglichen* Versuch weg, genauer zu erklären, *was* du meinst, oder zu begründen, *warum* du es meinst. Dann weckst du nämlich die Emotionen statt des kritischen Verstandes, und hast du den größten Erfolg!

Nach diesem Rezept gehen tatsächlich auch in unserer „kritisch-aufgeklärten“ Zeit Politiker ständig vor. Hier einige Beispiele:

Parole 1: „*America first*“ (Trump). Eine Parole, unter der sich Leute mit verschiedensten Ansichten zusammenfinden können, weil sie inhaltlich so *blass* ist. Die rechten Nationalchauvinisten können denken: Trump spricht uns aus dem Herzen. Aber auch eher „Linke“, die sich wünschen, dass Amerika sich nicht zum Weltpolizisten aufspielen sollte, könnten dies gut finden.

Parole 2: „*Wir schaffen das*“ (Merkel) oder „*Yes, we can*“ (Obama). Das ist noch unkonkreter als Trumps Parole. Hier wird ja so gut wie alles Inhaltliche weggelassen. Das einzige, was hier bewirkt werden soll, ist es, dem Hörer Vertrauen und positive Emotionen einzuflößen. Diese Parolen waren äußerst breitenwirksam, weil sich jeder Anhänger natürlich unter dem, was wir denn „können“, und wie wir es „schaffen“, vorstellen kann, was immer er mag.

Parole 3: „*Der Islam gehört zu Deutschland*“ (verschiedene deutsche Politiker seit Christian Wulff).

Diese Parole (und genauso auch ihre Negation: „Der Islam gehört *nicht* zu Deutschland“) lässt sofort Emotionen hochkochen und viele sind sofort dabei, diese Parole mit 100 Prozent Engagement zu unterstützen oder zu bekämpfen. Sie scheint ja aus seinem eigenen Herzen zu kommen! Aber wenn man die These *vernünftig* beurteilen und zu ihr vernünftig Stellung kann, muss man doch wohl Fragen der folgenden Art stellen und beantworten:

1. Was ist mit „der Islam“ gemeint, der ja ein vielschichtiges Phänomen ist? Meint man die Menschen, die sich um Islam bekennen? Oder die islamische Kultur? Meint man das islamische Gesellschafts-System? Oder den Islamismus?

2. Ähnlich muss man auch beim Wort „Deutschland“ nachfragen: Meint man damit lediglich das deutsche Staatsgebiet? Oder meint man, dass der Islam Teil der deutsche Kultur ist oder werden sollte? Oder Teil des deutschen Rechtssystems?
3. Und was heißt „gehört zu“? Ist das rein deskriptiv gemeint, wie es die Grammatik eigentlich nahelegt (d.h. will man also nur eine nüchterne Feststellung über das Faktum machen, dass der Islam in Deutschland vorfindlich ist)? Oder ist es eigentlich eine normative Aussage (also ein Forderung)?

Rein deskriptiv ist die Parole wohl kaum gemeint, denn dann würden keine Emotionen hochkochen und es gäbe keine Kontroversen; im rein deskriptiven Sinn könnte man ebenso richtig sagen: „Der Kommunismus“ und „der Nationalsozialismus“ gehören zu Deutschland. Was man offenbar mit dem Satz ausdrücken will (aber nicht sagt) ist normativ: Der Islam *darf* oder *soll* zu Deutschland gehören, er ist uns *willkommen*; vielleicht auch: wir wollen offen sein für *mehr* Islam.

Nun aber mal Hand aufs Herz: Es dürfte doch nicht so schwer sein, sich mit den allermeisten vernünftigen und gutwilligen Menschen durch vernünftige Diskussion darauf (wenigstens im Groben) zu einigen, in welchem Sinne „der Islam zu Deutschland gehört“ bzw. gehören sollte und in welchem nicht. Die meisten würden sagen, dass auf der einen Seite friedliebende Menschen islamischen Glaubens in Deutschland wohnen dürfen sollen, aber auf der anderen Seite terroristische Islamisten lieber nicht. Sie würden ferner sagen, dass die hier lebenden Muslime auf der einen Seite auch ihre Kultur entfalten können sollten (soweit diese mit anderen hier lebenden Kulturen, wie etwa der jüdischen oder der christlichen friedlich koexistieren kann), dass aber auf der andern Seite nicht unser Grundgesetz durch die Scharia ersetzt werden sollte, usw. Zwar bleiben auch nach vernünftiger Überlegung sicher noch Differenzen in der Einschätzung übrig, z.B. welche Varianten islamischer Kultur(en) wir in unserem Land willkommen heißen wollen und welche eher nicht, aber die Auseinandersetzungen würden sicher nach einem vernünftigem Diskurs sachlicher und daher nur noch halb so scharf geführt werden.

3b. Kritik von emotional aufgeladenen Worten: Ein mit emotionalisierten Parolen verwandtes Phänomen sind „emotional aufgeladene Worte“, die in den Medien als „manipulative Schlagworte“ gebraucht werden. Positiv besetzte Worte dieser Art sind z.B. *Veränderung (Erneuerung, Innovation), Fortschritt, Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Vielfalt, Inklusion, Toleranz und Welt-Offenheit*, die jeden, der sich zu ihnen bekennt, sofort ins positive Licht versetzt, so dass etwa jemand, der sich selbst zum Beispiel als „*offen für Veränderung*“ bezeichnet, weil hier zwei Positiv-Worte verknüpft werden, gleich doppelt positiv erscheint. Negativ besetzt sind dagegen Worte wie „*(Erz)Konservativ, Unbeweglich, Rückschrittlich, Ausgrenzung*“ usw. Es lohnt sich auf jeden Fall, gegenüber den genannten emotionalen Worten ein kritisches Bewusstsein zu pflegen, sie zu „Entzaubern“ und so die aufgebauten Denkblockaden zu überwinden.

Mich ärgerte es z.B., als ich die Nachricht vom 25.01.16 vernahm, die Harry Potter-Autorin J.K. Rowling hätte den Pen Preis gewonnen, „*weil sie sich für Gleichheit einsetzt*“, so als ob Gleichheit immer gut und preiswürdig ist. Wie schon zum Gemeinwohlprinzip erläutert, kann Gleichheit unrecht sein; außerdem steht sie im Widerspruch zur ebenfalls geforderten Freiheit, aber auch zur Vielfalt. Denn selbst wenn vollkommene Gleichheit ohne Zwang hergestellt werden könnte, würde Vielfalt fehlen, und so wäre Gleichheit bestenfalls langweilig. Im Jahre 2013 wurde in Bayern eine von der CSU-Regierung gewünschte Verfassungsänderung in einem Volksentscheid durchgesetzt: Man nahm in die Bayerische Verfassung den Satz auf, dass der Staat „*gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen*“ in *Stadt und Land* zu fördern und zu sichern hat. Es ist doch aber schön, wie ich finde, dass Stadt und Land *verschieden* sind, das Land ist nicht so reich besiedelt, es gibt nicht überall Unis, Autos, Kinos und gleichwertige Arbeitsbedingungen. Und gerade das macht den Reiz des Landes aus. Wenn man in allem das Land der Stadt angleicht, wäre das doch schade. Zu der Verfassungsänderung noch eine wirklich witzige Begebenheit: Ein mir befreundeter Rechtsanwalt, der im der Nähe des Augsburger Hotelturns wohnt, besaß lange Zeit im seinem Garten einen Hahn, der durch sein morgentliches Krähen die Nachbarn störte, so dass dieser klagten; mein Freund, der Rechtsanwalt, versuchte die Klage nun mit Berufung auf den neuen Verfassungszusatz abzuwehren: gleichwertige Verhältnisse in Stadt und Land – das müsse ja wohl bedeuten, dass der Hahn jetzt auch in den Stadt krähen darf. Aber er kam damit nicht durch. Denn natürlich will man die Stadt nicht zum Land, sondern das Land zur Stadt machen.

Bedenklich finde ich auch, dass Eindruck erzeugt wird, als seinen alle „guten“ Begriffe synonym, auf ihre genaue Bedeutung wird kein Wert gelegt. Das hat für Demagogen den Vorteil, dass diese leichtes Spiel haben. So werden z.B. Parteien wie AFD (aber auch die CSU), denen man aufgrund ihrer Forderung einer restriktiveren Flüchtlingspolitik oft „Welt-Offenheit“ und „Toleranz“ abspricht, fast automatisch auch als „weniger demokratisch“ angesehen. Demokratie heißt aber Volksherrschaft, und meint ein System, in dem die Regierung durch das Volk bestimmt wird, ein solches System will und unterstützt, soviel ich weiß, selbst der rechte Flügel der AFD, so dass es unfair ist, wenn man die AFD direkt oder indirekt als undemokratische Partei kennzeichnet (etwa dadurch, dass Politiker fordern, „alle demokratischen Parteien“ müssten sich gegen sie stellen).

Es gibt auch Worte, die zu benutzen „gefährlich“ ist, so dass man gut tut, sie entweder zu meiden oder „nur“ in ganz bestimmten „abwehrenden“ Kontext zu benutzen. Dazu gehört vor allem alles, was mit dem Nationalsozialismus zu tun hat. Begriffe, wie „*entartet*“ oder „*Auschwitz*“ oder „*Holocaust*“ etc. Dies zeigte sich neulich wieder ganz deutlich darin, dass die beiden Rapper Kollegah und Farid Bang heftig attackiert wurden, weil in ihrem neuen Album „*Jung, Brutal, Gutaussehend 3*“ die beiden Zeilen „*Mache wieder mal 'nen Holocaust, komm' an mit dem Molotow*“ und „*Mein Körper definierter als von Auschwitzinsassen*“ vorkommen. Ein deshalb eingeleitetes Verfahren wegen Volksverhetzung wurde nun eingestellt, es wurde amtlich festgestellt, dass diese Aussagen weder eine Leugnung noch eine Verharmlosung des Holocaust darstellen. Mir war das

klar, denn die Reizworte Auschwitz und Holocaust werden hier nur verwendet, um eine Schockwirkung auszulösen. Geschmacklos ist das ohne Zweifel, fällt aber unter künstlerische Freiheit. So war es eine Überreaktion, dass der „Echo“-Preis, den die Rapper gewonnen hatten, wegen der umstrittenen Lyrik gleich ganz abgeschafft (!) wurde. Man sieht, wie sehr die Worte hier natürlicherweise emotional belegt sind, was sich durch die Nähe zu den furchtbaren Naziverbrechen erklärt.

Andere Worte aber sind m.E. eher „künstlich“ negativ aufgeladen worden, so etwa die immer länger werdende Liste von Völkernamen wie „Neger, Zigeuner, Eskimo usw.“, aber seit neuestem auch das Wort „Bevölkerungspolitik“, das jetzt als zum Nazi-Vokabular gehörig geächtet wird. Man fragt sich, wer diese neuen Sprachregeln eigentlich aufstellt, denn diese Worte (bisher) offiziell nirgends verboten sind. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es hier Absprachen führender Medien gibt, was zugegebenermaßen auf eine Art „Verschwörungstheorie“ hinausläuft. Dieser Begriff freilich ist ebenfalls „künstlich“ negativ aufgeladen, natürlich zum Schutz der Verschwörer. Es gibt in der Tat dumme und auch gefährlichen Verschwörungstheorien, aber zweifellos gab und gibt es echte Verschwörungen, weshalb es nicht angeht, Verschwörungstheoretiker pauschal als Spinner abzutun. Freimaurer geben es zu, sich „zum Guten“ verschwören zu wollen – warum auch nicht? Die Erzfeinde Stalin und Hitler haben sich im Bösen verschworen, um sich Polen zu teilen, was damals keiner geglaubt hätte, aber den Tatsachen entspricht, wie wir heute wissen. Eine intelligente und fast schon bewiesene Verschwörungstheorie ist, dass wichtige geheime Absprachen auf den sog. „Bilderberg-Konferenzen“ stattfinden, auf denen sich alljährlich am Rande des G7-Gipfels die Prominenten aus der internationalen Politik, der Wirtschaft und des Journalismus unter Ausschluss der Öffentlichkeit treffen (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Bilderberg-Konferenz>), wobei erstaunlich oft neu gewählte Staatsführer in der ihrer Wahl vorhergehenden Bilderberg-Konferenz erstmals zu dieser eingeladen worden sind. Dies könnte also ein Forum sein, in dem neue „Unworte“ aufgestellt, aber auch Ziele und wichtige Weichenstellungen der internationalen Politik angedacht werden.

Vor allem über den heutigen Lieblingsbegriff „Veränderung“ sollte man sich einmal in aller Ruhe vernünftig nachdenken, und die damit zusammenhängenden Begriffe „konservativ“, „progressiv“, „reaktionär“ ent-emotionalisieren.

„Veränderung“ ist bei Lichte besehen etwas Neutrales, weder positiv noch negativ; sie kann je nach Umständen positiv oder negativ zu bewerten sein; je nachdem redet man ja von „Verbesserung“ oder „Verschlechterung“. So ist es erstaunlich, wie stark diese triviale Selbstverständlichkeit im modernen Diskurs aus den Köpfen verdrängt zu sein scheint. Für die Heutigen hat „Veränderung“ und „Wandel“ fast immer einen positiven Klang, ist nahezu identisch mit dem Guten und Gesollten. Vgl. etwa Kommentare wie: „die Plutosonde New Horizons hat unser Weltbild schon jetzt verändert“ (statt: „verbessert“), so als wenn Veränderungen am Weltbild an sich immer gut wären. Vgl. auch das oft hochgehaltene Motto „der Weg ist das Ziel“, worin man sich für ständige Veränderung ausspricht, oder das Motto „neue Wege gehen“ etc. Nun gibt es phänomenologisch zwei grundlegende Arten von Veränderung: Eine Veränderung führt entweder zu einem Neuem, vorher nie Dagewesenen: dann sagt man, die Veränderung sei „vorwärts gerichtet“ oder ein „Fortschritt“ (auch Neuerung oder Innovation genannt); oder Veränderung führt zu einem früher schon einmal dagewesenen Zustand: dann sagt man, die Veränderung sei „rückwärts gerichtet“ oder ein „Rückschritt“. In den meisten heutigen Köpfen ist ein „Rückschritt“ nun etwas *sehr* Negatives, noch negativer als „Stehenbleiben“; und der „Schritt nach vorn“ erscheint nahezu immer als wünschenswert, und je schneller es „voran“ geht, umso besser ist es.

Diese Veränderungsromantik und Neuerungs-(Sehn-)Sucht scheint eine grundlegende Konstante modernen Fühlens und Denkens zu sein. Auf der anderen Seite wird eine konservative Haltung als „totes, statisches Verharren im Alten“ verunglimpft. Das Motto heißt: „vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Damit wird rein emotional auch jede vollständige Rückgängigmachung von Fehlentscheidungen erschwert. Vgl. etwa die jüngst beschlossene Rückkehr vom 12-jährigen zum 13-jährigen Gymnasium in Bayern, bei der man sich beeilte, festzuhalten, man „kehre dennoch *nicht* zum alten Gymnasium zurück“, sondern schaffe etwas „Neues und Besseres“. Einzig im Christentum traut man sich anscheinend noch, *positiv* von „Umkehr“ zu reden: Kehrt um und glaubt an das Evangelium“ war schließlich nach Mk 1,15 das Programmwort der Predigt, mit der Jesu am Anfang seiner Wirksamkeit auftrat. Das Wort „alt“ ist heute oft synonym mit „veraltet“, unbrauchbar, schlecht; dagegen neu synonym mit „besser“. Selbst der unveränderlich-wandellose Gott des klassischen Theismus wird heute angegriffen, wie ich in meiner Habilitationsschrift gezeigt habe; auch Gott müsse veränderlich sein, glaubt eine steigende Anzahl moderner Theologen und theistischer Philosophen (inzwischen die klare Mehrheit). Eines der wenigen Beispiele, wo ein Wandel auch im aktuellen Diskurs von der großen Mehrheit noch als negativ erachtet wird, so dass man ihn auf jeden Fall verhindern will (quasi als Ausnahme, welche die Regel bestätigt) ist – der „Klimawandel“.³⁰

Genau die gegenteilige Sicht (die ebenso einseitig ist) hatten übrigens die Menschen früheren Jahrhunderte. Das „Neue“ war hier *immer* das Schlechte und zwar einzig deshalb, weil es neu war: Bischof Photius z.B. wurde im 9. Jh. als „Neuerer“ verurteilt. Ein „Neuerer“ galt als synonym mit einem Irrlehrer. Die „Grenzsteine, die die Väter gesetzt habe, zu verrücken“ galt als anstößig. Zu Luthers Zeiten hatte das Wort „Reform“ und „Reformation“ (was ja wörtlich aus dem Lateinischen übersetzt Zurück-Orientierung oder Rückschritt heißt), einen positiven Klang, und es klingt auch für die meisten heutigen Ohren noch positiv, aber einzig und allein deshalb, weil die Leute nicht wissen, was das Wort ursprünglich bedeutet. Noch 1891 bekämpfte Papst Leo XIII. in seiner Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ (obwohl sie als progressiv gilt) den „Geist der Neuerung“.

³⁰ Ein anderes Beispiel für schlechten Wandel wäre ein Wandel in der Beurteilung des Nationalsozialismus und anderer für unser modernes Selbstverständnis wichtiger Deutungen der Geschichte. Für so einen Wandel hat man eine eigene negativ aufgeladene Vokabel zur Hand: „Revisionismus“. Diese Vokabel ist sehr wichtig, denn würde man hier neutral von „Veränderung“ des Geschichtsbildes reden, würde man wohl emotional durcheinanderkommen. – Ich bitte wirklich sehr, diese Bemerkung nicht falsch zu verstehen: Ich selbst halte „revisionistische“ Umdeutungen im Sinne einer „Verharmlosung“ des Nationalsozialismus für falsch und verheerend!

Woher kommt dieser umfassende Umschlag der Emotionen in der Beurteilung der Veränderung und Neuerung? Offenbar durch die *phänomenale neuzeitliche Entwicklung der (Natur-)Wissenschaft und Technik*, die bis heute anhält: Der neue Computer kann immer mehr und ist immer besser als der alte. So erklärt sich die Erwartung, dass radikale und schnelle Veränderungen und Neuerungen auch auf anderen Gebieten dieselben positiven Folgen haben müssten. Aus dieser Erwartung heraus hat man auch auf vielen anderen Gebieten begonnen, mit radikalen Neuerungen zu experimentieren: auf dem Gebiet der Kunst und Musik etwa, ebenso auf dem Gebiet der Philosophie, der Religion und der Politik. Aber diese Veränderungen hatten nicht annähernd in derselben Weise Erfolg wie jene in Naturwissenschaft und Technik. Das sollte zumindest nachdenklich machen.

Was nun objektiv besser ist, Bewahrung oder Veränderung in die eine oder andere Richtung, lässt sich nicht generell sagen: Bewahrung ist gut, wenn ein Optimum erreicht ist; andernfalls ist eine Veränderung in Richtung des Optimums besser, und diese gute Veränderung kann sowohl ein „Fort“schritt sein (nämlich dann, wenn das Optimum noch nie zuvor erreicht wurde), als auch ein „Rück“schritt bzw. ein Zurückgehen (falls man nämlich das Optimum schon einmal erreicht hatte). Das sind Binsenweisheiten, die aber dennoch gesagt werden müssen, um psychologische Blockaden im Denken aufzuheben. Was auf jeden Fall wichtig wäre: *Man muss erkennen, wann ein Optimum erreicht ist und dieses dann bewahren*. Beachtenswert ist diesbezüglich die Aristotelische „*Metrotos-Lehre*“, nach welcher das Optimum (die Tugend) meist die Mitte zwischen zwei Extremen ist (pan Metron ariston: das Beste besteht in allem Mittleren/Gemäßigten). Hierfür gibt es mehrere klar einsehbare Beispiele: In Bezug auf den Umgang mit Geld etwa ist die Tugend der *Sparsamkeit* die Mitte zwischen den beiden extremen Lastern des *Geizes* und der *Verschwendungssucht*. Im Bezug auf das Verhalten gegenüber einer Gefahr ist die Tugend des *Mutes* die Mitte zwischen den beiden Lastern der *Feigheit* und der *Tollkühnheit* usw. Die Meister der christlich-asketischen Tradition beschreiben diese Tatsache mit der „List des Teufels“, der oft „von zwei Seiten“ angreift: Wenn der Versucher merkt, dass es einem Menschen gelingt, sich von einem Laster zu entfernen, wechselt er seine Strategie, tritt verkleidet als „Engel des Lichtes“ auf überredet diesen Menschen, sich möglichst weit von jenem Laster zu entfernen, nämlich so weit, dass er „zu viel des Guten“ tut und dem entgegengesetzte Laster verfällt. So wandelt sich oft ein Rechtsradikaler zum Linksradikalen oder umgekehrt. Oder ein zunächst der Völlerei ergebener Sünder verfällt in ein extremes Fasten, das ihn umbringt. Zwar ist nicht auf *allen* Gebieten das Mittelmaß das beste; denn wie auch Aristoteles zugab, gibt es Gebiete, in denen statt dessen vielmehr ein Extrem das Beste ist, so ist z.B. in Bezug auf Weisheit, Güte, Gerechtigkeit usw. zu sagen: Das Beste ist hier nicht eine nur mittelmäßige Weisheit, Güte und Gerechtigkeit, sondern je mehr jemand weise, gütig und gerecht ist, desto besser ist es. Auf den meisten Feldern der politischen Agenda ist aber die Mesotes-Lehre korrekt und sollte beachtet werden; man beobachtet hier oft, dass der Kampf gegen ein Übel, nachdem man dieses beseitigt und einen optimalen Zustand erreicht hat, häufig in der gleichen Richtung weitergeführt wird, so dass man (oft ohne es zu merken) sich vom optimalen Zustand wieder entfernt und neue Übel generiert. Dafür gibt es zahllose Beispiele in der aktuellen Gesellschaftspolitik:

Hierzu einige Details:

A. *Kampf gegen Hass*. Wer würde nicht zustimmen, dass man gegen Hass vorgehen muss? Nur: Es gibt auch hier ein „zu viel“ des Guten. Denn man muss sich bewusst bleiben, dass der Staat nicht Gott selbst ist, der über Hass in Werken, Worte und Gedanken richtet; der Staat kann Hass nur ahnden, wenn er sich *ausdrückt*, entweder in Werken oder in Worten. Bei den Worten aber sollte er großzügig sein. Grobe Beleidigungen können geahndet werden, aber man tendiert heute dazu, immer mehr „Wortfallen“ aufzubauen, d.h. Worte zu verbieten, in denen eine mysteriöse Gedankenpolizei „Hass“ und „üble Gesinnung“, „Rassismus“, „Sexismus“ usw. zu vernehmen meint. Auch bestimmte Argumente für eine nicht genehme Philosophie werden heute einfach dadurch zurückgewiesen, dass man ihre Kernbegriffe verbietet oder mit wirklich negativen Begriffen wie „Hass“ oder mit künstlich negativ aufgeladenen Begriffen wie „rückwärtsgewandt“ usw. assoziiert. Durch solche subtile Tricks aber wird die Freiheit des Denkens unmerklich aufgehoben, was selbst wiederum Ausdruck eines subtilen Menschenhasses ist.

B. *Problem übermäßiger Verrechtlichung des Alltags*. Es ist ein fundamentaler Grundsatz des Rechtsstaats, ein verbindliches geschriebenes Recht einzuführen, um willkürliche Entscheidungen zu verhindern. Die Einführung geschriebener Rechte war also wirklich eine Verbesserung, auch die Ausweitung geschriebener Rechte war bis zu einem bestimmten Grad gut. Aber es gibt hier ein „zu viel“ des Guten. Wird die Zahl der Gesetze immer größer, so hat dies mehrere Nachteile: 1. Niemand steigt mehr durch, und 2. alles wird umständlich und 3. der persönliche Spielraum aller Beteiligten wird eingeengt

Hierzu ein paar Beispiele aus der Bildungspolitik: Neulich wurde beschlossen, dass „ab sofort“ der Lehrer mit einer Schulklasse die Schule nicht mehr verlassen darf, ohne zuvor eine sog. „Gefahrenbeurteilung“ schriftlich unterschrieben einzureichen. Er soll hier alle Gefahren aufzählen und nach einem Punktsystem bewerten; wenn dann etwas passiert, dass er nicht aufgeschrieben hat – so die Idee – wird er rechtlich dafür verantwortlich gemacht. Lehrer sind darüber alles andere als begeistert, aber sie haben nichts zu sagen, der Staat weiß es besser. Dann wurden Gesetze gemacht, die festlegen, wie groß „ab jetzt“ ein Klassenzimmer mindestens sein muss. In der Schule, in der ich unterrichte, haben wir ein altes Gebäude mit kleinen Zimmern, die für bestimmte Klassen ideal waren und wären. Sie werden aber nicht mehr genehmigt. Öffentliche Gebäude sollen zudem in Zukunft alle „barrierefrei“ sein, sprich eine Fahrstuhl haben. Aber in dem besagten alten Gebäude darf wiederum keiner eingebaut werden, wegen „Denkmalschutz“-Vorschriften. Beide Gesetze zusammen zermalmen uns sozusagen. Schachmatt.

Vielleicht wäre es deshalb gut, statt immer neuer und längerer Gesetze lieber kürzere und weniger Gesetze zu machen, und auch mal Gesetze ersatzlos zu streichen. Weniger Gesetze heißt doch mehr Freiheit und Verantwortung des Einzelnen, mehr

„menschliche“ und der Situation angepasste Lösungen, auch mehr Vielfalt. Daher ist der vor einiger Zeit gemachte CSU-Vorschlag, für jedes neue Gesetz ein altes zu streichen, vielleicht gar nicht so übel.

C. *Kampf für soziale Gleichheit, Sicherheit und Umweltschutz.* In all diesen Gebieten hat man vieles erreicht, aber es kommt auch hier auf eine ausgewogene Balance dieser Projekte an, die nicht immer optimal ist. „Je radikaler desto besser“ ist jedenfalls falsch. Hier einige Beispiele: Die Schattenseite des *Verbotes der Kettenverträge* (der Wiederholung befristeter Verträge) ist, dass es oft nicht wie beabsichtigt dazu führt, dass Leute unbefristet eingestellt werden, sondern dazu, dass sie nach Ablauf der Befristung entlassen werden müssen (so geschehen bei meiner Frau, als ihr Vertrag mit der UB Augsburg nicht mehr verlängern werden durfte, aber auch keine Vollstelle zur Verfügung stand). Die Schattenseite des *Mindestlohns* ist, dass manchmal die Angestellten dadurch nicht mehr sondern weniger Geld bekommen, weil sie nämlich entlassen werden müssen oder weil der Betrieb aufgegeben wird (so geschehen bei einer Verwandten meiner Frau, die einen kleinen Betrieb hatte, in dem handgeschnitzte Figuren hergestellt wurden; ihre Angestellte waren Frauen, die dies in ihrer Freizeit zu Hause erledigten und sich etwas dazuverdienten; dieser Betrieb musste nach Einführung des Mindestlohns aufgegeben werden, was sowohl die Verwandte als auch ihre Angestellten bedauerten). Die Schattenseite der gesundheitspolitischen Forderung, dass *Fleischereien eine Reinraumschleuse* haben müssen ist, dass kleine Fleischereien, die dies nicht bezahlen können, aufgeben müssen (so geschehen bei einer Fleischerei in unserer Nachbarschaft). Diese Beispiele lassen sich endlos vermehren. Soziale Auflagen und Umweltauflagen sind sicher gut gemeint, können aber auf Lasten kleiner und mittlerer Betriebe geben, was der Gesetzgeber, wenn er klug ist, irgendwie verhindern muss. Oft werden heute „radikale“ Forderungen nach „ausnahmsloser“ Durchsetzung linker und grünen Ideen zunehmend von Großunternehmen unterstützt, was für viele Zeitgenossen „erstaunlich“, für mich aber eigentlich logisch ist. Ein nachvollziehbarer Grund dafür scheint der zu sein, dass Großunternehmen die entstehenden Mehrkosten für Soziales und Umweltschutz relativ leicht tragen können; und wenn sie dafür ihre Konkurrenten aus dem Mittelstand loswerden, ist das letztlich ein lohnendes Geschäft.

Ein spezielles Problem sind die zunehmenden Gesetze zur Herstellung von Chancengleichheit in der Bildung, von denen manche nur schwer praktikabel und in ihren Spätfolgen vielleicht verheerend sein können. Immer mehr Schüler bekommen „Nachteilsausgleich“ aufgrund verschiedener Probleme attestiert, der eine bekommt auf schriftliche Prüfungen eine Zeitzuschlag von 10 Prozent, der andere von 50 Prozent usw. Man möchte dies immer mehr ausdehnen, z.B. überlegt man, ob man Schüler, die nicht gut rechnen können, „Dyskalkulie“ attestiert und ihnen mit Zeitaufschlägen oder sonstwie (etwa mit Extraaufgaben) zu Hilfe kommen muss. Wenn in einer Arbeit der Notendurchschnitt zu schlecht ist, muss der Lehrer sich rechtfertigen. Schulen, die zu wenig Menschen zum Abitur führen, werden unter Druck gesetzt, damit sie die Ziele der Politik zur Erhöhung dieses Anteils unterstützen, usw. Ich erlaube mir hier, mal zynisch zu werden: Wollte man all diese Ausgleichsmaßnahmen auf die Spitze treiben, könnte man gleich jedem dieselbe Note geben bzw. auf Noten ganz verzichten; dann hätte man optimale Gleichheit ohne den ganzen Aufwand. Die theoretische Rechtfertigung für eine solche radikale Maßnahme lässt sich leicht finden, wenn man das materialistische Weltbild voraussetzt: Verschiedene Leistungen haben in diesem Weltbild ja immer medizinische oder psychologische Ursachen. Und so ist der gewährte Ausgleich von Benachteiligungen dann und nur dann völlig gerecht, wenn am Ende alle dieselbe Einstufung bekommen. Man müsste dann aber an der Uni und in der Arbeitswelt mit dem Nachteilsausgleich weiter machen, d.h. jeder Job müsste jedem beliebigen Menschen mit gleichen Chancen zur Verfügung gestellt werden; man müsste also auslosen, wer einen bestimmten begehrten Job bekommt. Das Problem wäre dann aber vermutlich, dass nirgendwo mehr Spitzenleistungen gebracht werden (weil nicht mehr die jeweils Besten für eine bestimmte Aufgabe ausgesucht werden), und so würde das Niveau in Forschung und technischer Entwicklung absinken, was letztlich zur Folge hätte, dass auch der Wohlstand sinkt, und spätestens hier würde das keiner mehr guthießen.

D. *der Kampf gegen Rassismus und Nationalismus:* Zu manchen früheren Zeiten, vor allem etwa im 19. und frühen 20. Jahrhundert, wurden häufig Menschen verschiedener Hautfarbe (früher Rassen genannt) und Nationen als nicht gleichwertig angesehen, was man als (klassischen) „Rassismus“ bzw. „Nationalismus“ bezeichnet. Der Kampf gegen diese (Fehl-)Urteile war, wie man doch einmal klar anerkennen sollte, äußerst erfolgreich (wie man daran erkennen kann, das selbst heutige „rechts“ denkende Ideologen kaum noch einen Rassismus und Nationalismus in diesem Sinn verteidigen). Viele lenken nun aber den antirassistischen und antinationalistischen Kampf auf *neue* Ziele, die über die ursprünglichen weit hinausgehen und, wie ich fürchte, teilweise sogar die ursprünglichen konterkarieren.

So begnügt man sich nicht mit Gleichwertigkeit aller Hautfarben und Nationen, sondern möchte eine „gleichmäßige Teilhabe“ von Menschen mit verschiedener Hautfarbe in allen Bereichen zur Vorschrift machen. Das bedeutet nach den Vorstellungen vieler moderner Aktivisten auf diesem Gebiet: Man muss dafür sorgen, dass gleich viele Menschen einer jeden Hautfarbe in Führungspositionen in Gesellschaft, Wissenschaft, Kirche usw. vertreten sind; und um dies zu erreichen, müsse man entsprechende Gesetze machen, die dieses Ziel befördern. Wer nun Bedenken gegen solche Vorschriften hat – gleich welcher Art – muss damit rechnen, von radikalen Aktivisten auf diesem Gebiet als „Rassist“ betrachtet zu werden und selbst Ziel gewisser Maßnahmen zu werden. So gibt es z.B. im akademischen Bereich die Forderung, es müssten in einer wissenschaftlichen Arbeit im Literaturverzeichnis möglichst gleich viele Autoren verschiedener Hauptfarben aufgeführt werden, damit diese Arbeit nicht „rassistisch“ sei. Weiterhin gibt es einen zunehmend länger werdenden Katalog von bestimmten ethnischen Bezeichnungen, die als diskriminierend empfunden werden; diese dürfen nach einem (allerdings ungeschriebenen!) Gesetz nicht mehr verwendet werden (dazu gehört Neger, Mohr, Zigeuner, Eskimos, Hottentotten, teils auch Indianer). Manche fordern noch weitergehen, dass diese Worte nicht nur in heutigen Texten vermieden werden müssen, sondern sie dürfen auch in Zitaten früherer Werke, wo diese Begriffe (die damals als harmlos empfunden wurden) noch stehen, nicht laut vorgelesen werden. Statt dessen müsse man, wenn man etwa „Neger“ in eine Text, den man laut vorliest, stehen sieht, „N-Wort“ lesen. Man dürfe

auch im Theater oder bei traditionellen Umzügen (Karneval, Dreikönigssingen) nicht in einer anderen Hautfarbe auftreten (Verbot des „Blackfacing“), und die Polizei dürfe nicht gezielt nach Menschen einer bestimmten Hautfarbe fahnden (Verbot des „Racial Profiling“) usw.

Das alte gute Ziel, die Benachteiligung oder Bevorzugung der einen oder anderen Rasse bzw. der einen oder anderen Nation zu bekämpfen, wird schließlich überlagert durch den Kampf dagegen, den Begriff „Rasse“ (und vielleicht demnächst das Wort „Volk“) überhaupt auf Menschen anzuwenden. Man sagt, dass es in Wirklichkeit gar keine (menschlichen) Rassen gibt und dass schon die Behauptung, es gäbe solche, Rassismus sei. Dies hat sich weitgehend durchgesetzt, so dass Biologiebücher und Redner, die noch vor dreißig bis vierzig Jahren von „Rassen“ in Bezug auf Menschen sprachen (und das taten damals *alle* Biologiebücher und *alle* Redner, linke genauso wie rechte), heute als „rassistisch“ erscheinen. Der Begriff „Rasse“ kommt heute allerdings noch in Gesetzestexten vor, wo es etwa heißt, niemand dürfe „wegen seiner Rasse oder Hautfarbe“ diskriminiert werden. Die „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ schlug deshalb neuerdings vor, den Begriff „Rasse“ auch aus solchen Texten zu entfernen, und die Begründung hierfür lautet allen Ernstes: „Denn durch die Verwendung des Begriffs ‚Rasse‘ selbst werden rassistische Vorstellungen fortgeschrieben.“³¹

Noch nicht ganz so weit ist man beim Begriff „Nation/Volk“; aber auch dieser ist heute zunehmend verpönt, so dass schon abzusehen ist, dass er bald ebenso wie der Begriff „Rasse“ nicht mehr als neutraler, rein beschreibender Begriff verwendet werden wird, sondern als Kampfbegriff; von „deutscher Nation“ oder „deutschem Volk“ zu sprechen (wie es derzeit noch das Grundgesetz tut), wird dann vermutlich als zu bekämpfender „Nationalismus“ erscheinen. Aber gesetzt, man schafft auf diese Weise Rassen und Völker ab (zumindest *rhetorisch*, aber in manchen radikal-transhumanistischen Vorstellungen werden gentechnisch optimierte Menschen der Zukunft auch *real* keine körperlichen Unterschiede mehr haben). Dann gibt es am Ende nur noch *eine* Rasse und *ein* Volk und eine Kultur. Schön. *Aber damit wird auch die „Vielfalt“ und „Buntheit“ der Rassen, Völker und Kulturen, für deren Gleichberechtigung und Beibehaltung man ursprünglich kämpfte, verschwunden sein.*

E. *Der Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter.* Der gerechte Kampf für die Emanzipation der Frau ist heute ebenfalls zu einem (relativ) befriedigenden Ergebnis gelangt: Die Öffnung der Berufe für die dazu qualifizierten Frauen, das gleiche Wahlrecht, und die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist in unserer Gesellschaft (weitgehend) real verwirklicht oder zumindest vom Gesetz her gefordert. Viele sind aber nicht damit zufrieden, wenn die weitere Agenda nur noch besagt, dass man das bisher Erreichte festigt und die noch bestehenden Defizite beseitigt, sondern haben viel weiter gesteckte, „ganz neue“ Ziele, die in vier Richtungen über das ursprünglichen Ziel hinauslaufen:

Erstens will man die Gleichberechtigung nicht nur gesetzlich sicherstellen, sondern sie durch das sog. „Gender-Mainstreaming“ ständig im Alltag bewusst machen, vor allem durch eine neue Sprache, und dadurch die Menschen umerziehen. Da Sprache das Denken und Fühlen leitet, meint man hier den Hebel zu haben, um letztlich neues Denken und Fühlen zu erzeugen. Tatsächlich besteht ein Zusammenhang: Sprachverbote sind subtile Denkverbote. Christlich gesehen sollte man Menschen nicht in dieser Weise manipulieren. Die Würde des denkenden Subjekts verlangt, dass man das Denken direkt anspricht, offen diskutiert und nicht hinterrücks beeinflusst. Konkret ist es doch so: Die grammatisch männliche Form wurde und wird semantisch als „genus communis“ für beide Geschlechter gebraucht (z.B. verstand man noch bis vor kurzem unter den „Staatsbürgern“ alle Staatsangehörigen männlichen *und* weiblichen Geschlechts; und unter einem „Mörder“ eine jede Person gleich welchen Geschlechtes, die einen Mord begangen hat; niemand hat dies damals anders empfunden). Diese Ausdrücke werden nun durch die Befürworter des Gender Mainstreaming als ausschließlich männlich interpretiert, so dass man sie mit den entsprechenden weiblichen Ausdrücken umständlich verbinden muss („Bürger und Bürgerinnen“, „Mörder und Mörderinnen“ usw.). Wer diese Neuerung (oder ähnliche Sprachumgestaltungen durch „Gender-Stern“ oder „Gender-Gap“) nicht mitmacht, gilt als frauenfeindlich. Die ständige Bewusstmachung, dass zwei (oder mehrere) Geschlechter existieren, lenkt den Leser oft vom speziellen Inhalt des Textes ab, aber das scheinen manche Aktivisten durchaus zu begrüßen: da nach ihrem Willen nämlich neben den speziellen Inhalten immer auch die politische Bewusstmachung des Antidiskriminierungskampfes zum hintergründigen generellen Hyper-Inhalt möglichst *jeden* gelesenen Textes werden soll.

Zweitens schlägt die frühere Benachteiligung der Frau zuweilen in eine Benachteiligung des Mannes um: Um eine Erhöhung des Frauenanteils in bestimmten Berufsfeldern zu erreichen, liest man in Ausschreibungen manchmal die Klausel, dass Frauen „bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt“ werden.

Drittens begnügt man sich nicht mehr mit *Gleichberechtigung*, sondern verlangt tatsächliche *Gleichstellung* im Sinne von *gleicher Teilhabe*, d.h. konkret für manche Aktivistinnen und Aktivistinnen: zahlenmäßig *gleichen Anteil* in bestimmten Berufen und Gehaltsklassen, den man gesetzlich herbeiführen möchte, etwa durch Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Frauen- oder Männerquote. Das sachliche Anliegen, den Besten oder die Beste für eine bestimmte spezielle Aufgabe einzustellen, hat dann gegenüber dem Gleichstellungs-Anliegen nicht mehr oberste Priorität.

Viertens gibt es Bestrebungen, auch die biologisch bedingten Unterschiede zwischen den Geschlechtern abzuschaffen: nicht nur *rhetorisch*, indem man das Hinweisen auf solche Unterscheide als frauenfeindlich verbietet, sondern am Ende auch *real*, indem man hofft, mit Hilfe technischer Mittel im Rahmen transhumanistischer Bestrebungen die Geschlechterdifferenzen tatsächlich zu überwinden (in einem ersten Schritt, an dem man momentan arbeitet, will man durch Entwicklung einer künstlichen Gebärmutter die Frau ganz von Schwangerschaften „befreien“).³² Man will dann einen „neuen Menschen“

³¹ <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/Archiv/2015/verfassung-grundgesetz-20150309.html> / 14.06.2018

³² So schrieb die führende britische Bioethikerin Anna Smajdor am 27.05.2017 in der Zeitschrift *Bio Edge*: „in einer wirklichen liberalen Gesellschaft darf die Schwangerschaft und die Geburt eines Kindes nicht mehr toleriert werden. Schwangerschaft ist barbarisch.“

erschaffen, der geschlechtsneutral oder mehrgeschlechtlich ist. Genau wie beim übertriebenen Antirassismus wird also auch hier Diversität und Buntheit im letzten Schritt wieder aufgehoben.

F. Kampf für *sexuelle Befreiung*. Es war gut und richtig, den Staat aus dem Bereich der Sexualität, sofern diese eher in der Privatsphäre der Menschen beheimatet ist, zurückzudrängen, diese Sphäre weitgehend zu entkriminalisieren, Diskriminierung von Homosexuellen abzubauen und im Sinne des Toleranzgebots auf diesem Gebiet Freiräume zu schaffen. Allerdings gibt es Sphären, wo Sexualität sehr wohl für die Öffentlichkeit relevant ist, und wo der Staat schützend tätig sein darf und sollte, nämlich dort, wo gilt es, Familien zu schützen, das Lebensrecht Ungeborener zu verteidigen und für die Gesundheit der Menschen zu sorgen. Aber leider wird auch auf diesem Gebiet das Maß des Zuträglichen überschritten. Dazu nur einige Schlaglichter: (1) Der „Homophobie“-Vorwurf wird zunehmend nicht nur gegen die Erhobenen, die etwas „gegen“ Homosexuelle unternehmen oder sagen, sondern auch für die, die nichts (oder nicht genug) „für“ das Anliegen der gesellschaftlichen Akzeptanz tun. So wurde 2013 der italienische Nudelhersteller Guido Barilla angegriffen, weil er in seinen Werbungen für Nudeln immer Mann und Frau zeigte; dieser zeigte sich auf massiven Druck hin reuig, und zeigt in neuen Werbespots nun auch homosexuelle Paare beim Nudelkochen. Die französische Bank *Société générale*, die ein neues Versicherungsangebot mit einem Plakat bewarb, auf der einer Familie mit Vater, Mutter und zwei Kindern umrisshaft zu sehen waren, wurden deswegen von französischen Homo-Verbänden als „homophob“ angegriffen; die Bank wurde aufgefordert, das „skandalöse“ Bild zurückzuziehen, was diese auch tat. Ebenso verlangt man, dass in Kinderbüchern der Prinz nicht immer nur die Prinzessin heiratet, und dass in Texten von Schulbüchern (auch solchen, die nichts mit Sozialkunde zu tun haben, z.B. in Textaufgaben der Mathematikbüchern) immer wieder von homosexuellen Paaren die Rede sein soll. Der wichtige Punkt ist nun, dass das Kritisieren oder auch bloße Unterlassen solcher Neuerungen als „homophob“ gewertet wird. (2) Die „Homophobie“ aber wird dann auch noch kriminalisiert und soll strafbar gemacht werden und ist es ansatzweise schon in Großbritannien und Spanien; die Antifa hat den „Kampf gegen Heterosexismus“ auf ihre Fahnen geschrieben. Nur selten hört man noch von Aktivisten, das *gegenseitige* Toleranz aller auf diesem Gebiet das Ziel sein sollte; und dass deshalb die frühere Stigmatisierung Homosexueller jetzt nicht in eine Stigmatisierung von Menschen, die aus welchen Gründen auch immer Homosexualität *nicht* gutheißen und fördern möchten, umschlagen darf.³³ (3) In Berlin sollen im öffentlichen Raum künftig drei, nicht nur zwei Toiletten überall zur Verfügung stehen, um denen, die sich weder als Männer noch als Frauen fühlen, gerecht zu werden. Für viele ist auch das „zu viel des Guten“. (4) Die Berliner SPD hat 2017 dem Antrag der Jusos zugestimmt, dass der Staat Pornofilme drehen und „niederschwellig“ und kostenlos im Internet der Allgemeinheit zur Verfügung stellen soll; diese Filme sollen „feministische“ Pornos sein und sind als Maßnahme im Kampf gegen Diskriminierung gedacht. Was soll man dazu sagen? Billiger Linkspopulismus, von dem man hofft, dass er bei Jugendlichen ankommt? Oder Dekadenz, Sodom und Gomorrha?

G. *Probleme der Globalisierung*. Weltweite Zusammenarbeit ist etwas Gutes. Aber totale globale Einheitlichkeit etwa in der Ausbildung und der Arbeitswelt, was oft im Namen der „Gerechtigkeit“ gefordert wird, hat Nachteile. Zum einen unterdrückt es die Individualität des Ausbilders. Zum anderen sind die so einheitlich Ausgebildeten dann alle gleich. Das hat Nachteile für die Zusammenarbeit in Arbeits-Teams. Ein Team arbeitet nur dann gut zusammen, wenn die Teammitglieder Verschiedenes und Individuelles zum Gelingen des Ganzen beitragen können.

Auch eine starke Welteinheitsregierung, wie von vielen heute gefordert, muss auch keinesfalls die erhofften guten Wirkungen haben. Man sagt und denkt oft: „*Ist die Welt erst unter einer Regierung vereint, gibt es kein Nationen, also auch keine Kriege mehr*“, sie ist also im Namen des Friedens zu fordern. Dabei vergisst man, dass niemals die Existenz von Nationen an sich, sondern Unzufriedenheiten der Menschen Kriege auslösen. Auch wenn es nach Aufhebung aller Nationen keine „nationalen“ Kriege mehr geben kann, kann es daher immer noch „Bürgerkriege“ geben. Denn auch in einem Welteinheitsstaat wird es mit Sicherheit Meinungsverschiedenheiten und Unruhen zwischen Bürgern geben; und sobald eine hinreichen große Anzahl von

³³ Eine erwähnenswerte Ausnahme ist hier die Geschichte von **Phil Robertson**. Robertson, der sog. *Entenjäger* und „*Waldmensch*“ ist der Hauptdarsteller einer der bekanntesten Reality Shows der amerikanischen Fernsehgeschichte: „*Duck Dynasty*“. Am 18. Dezember 2013 sagte Robertson in seiner ihm eigenen Sprache, die vielen Amerikanern gerade wegen ihrer rohen Authentizität gefällt, in einem Interview für die Zeitschrift GQ, dass er ein überzeugter Christ und „Bibelfanatiker“ sei und dass für ihn Homosexualität Sünde sei. So wie er Promiskuität generell als „tierisch“ bezeichnete. Und da er ein Mann sei, sei es ganz „natürlich“, dass er Frauen begehrenswert finde. Die Homo-Verbände protestierten mit drohenden Stellungnahmen, woraufhin A&E, der Fernsehsender, und die Produzenten von „*Duck Dynasty*“ in die Knie gehen. Robertson wurde vom Sender suspendiert und aus der Sendung ausgeschlossen. Ihm wurde zudem nahegelegt, seine Aussagen zu bereuen und die Homosexuellen um Entschuldigung zu bitten. Robertson, der „Entenmann“, der viele Fans hatte, weigerte sich aber, zu bereuen. Statt dessen schickte er die Homosexuellen in seiner kolorierten Sprache „an jenen Ort, wo der Pfeffer wächst.“ Die Einschaltquoten des Senders A&E begannen nach dem Ausschluss von Phil Robertson einzubrechen. Innerhalb weniger Tage verlor der Sender ein Fünftel seines erwachsenen Publikums. Auf Facebook entstanden Gruppen zur Unterstützung von Robertson, die innerhalb von zwei Tagen mehr als fünf Millionen Anhänger fanden. Facebook versuchte die Solidaritätsseiten zu löschen. Die Internetplattform machte jedoch einen Rückzieher, nachdem es mit Protesten zugeeckt wurde. Gleiches geschah bei *Twitter*. Derart bestärkt, verlangte Robertson für seine Wiederaufnahme in die Sendung eine Entschuldigung des Fernsehsenders und der Homo-Lobby, die seine Religionsfreiheit verletzt und mit Füßen getreten habe. Die kämpferischen Homo-Verbände entschuldigten sich zwar nicht. Dafür entschuldigten sich aber eine ganze Reihe bekannter Homosexueller öffentlich bei Robertson. Die erste war die berühmteste Vertreterin der amerikanischen Lesben und Feministinnen, **Camille Paglia**. Sie bezeichnete im Radio die gegen Robertson angewandte Taktik als „stalinistisch und faschistisch“ und sprach davon, dass die „Meinungsfreiheit in Gefahr“ sei und erklärte: „in einem demokratischen Staat“ hätten „die Menschen ein Recht darauf haben homophob zu sein, ebenso wie es ein Recht ist, Homosexuelle zu unterstützen“, wie ich das zu hundert Prozent tue. Und wenn Menschen ihre Haltung gegen Homosexuelle auf die Bibel stützen, dann haben sie in diesem Land obendrein das Recht auf Religionsfreiheit dafür“. Auch der bekannte CNN-Journalist und bekennende Homosexuelle **Don Lemon** unterstützte Robertson: „Er hat das Recht genau das zu sagen, was er denkt. ... Menschen ist es erlaubt, zu sagen, was sie wollen“. So war der Friede wieder hergestellt, der Entenmann erschien mit seinem Gewehr wieder im Fernsehen. Ich finde die Stellungnahmen von Paglia und Lemon bewundernswert. So sollte es laufen. Meinungsstreit über die Bewertung menschlichen Verhaltens muss immer zulässig sein, ohne von der einen oder anderen Seite kriminalisiert zu werden. Der Staat sollte sich hier weitgehend heraushalten. Bekennende Homosexuelle müssen für ihre Ansicht öffentlich das Wort erheben dürfen, ihre Gegner aber genauso.

Bürgern mit Entscheidungen der Weltregierung unzufrieden sind, kann es zu Separatismus-Bestrebungen kommen, die sich vielleicht nur mit Gewalt unterdrücken lassen. Und dabei kann die Verfolgung von Minderheiten durch eine skrupellose Weltregierung noch viel schlimmer sein als die Verfolgungen innerhalb eines Nationalstaates, denn die verfolgte Gruppe könnte nirgendwo mehr „ins Ausland“ fliehen. Dass eine starke Weltregierung mit weltweitem Frieden assoziiert wird, ist also offenbar eine Illusion, und die christliche Überlieferung ist darin eindeutig, dass es am Ende der Geschichte zwar wirklich eine weltweite Regierung geben wird, die aber kurz vor dem Weltgericht eine antichristliche Verfolgung hervorbringt; vgl. hierzu den eingangs genannten Roman von Benson und die „Kurze Erzählung vom Antichrist“ von Wladimir Solowjew.

F Die Diktatur des Relativismus. Genauso falsch wie die verbreitete Ansicht, die Existenz verschiedener Nationen sei die Hauptursache aller Kriege (so dass das Allheilmittel der Welteinheitsstaat sei), ist die ebenso verbreitete Ansicht, die Hauptursache des Krieges sei die Existenz von mehreren Religionen oder Weltanschauungen „mit Absolutheitsanspruch“ (so dass das Heilmittel das Verbot solche Religionen sei). Diese Irrlehre nannte Papst Benedikt XVI. die „Diktatur des Relativismus“. Man glaubt irrtümlich, die Grenze zwischen Toleranz und Intoleranz verlaufe zwischen

- Religionen mit dem Anspruch, den viele klassischen Religionen haben, nämlich der vollendete Ausdruck der an alle Menschen gerichteten göttlicher Offenbarung zu sein („Absolutheitsanspruch“) und
- dem religiösen Relativismus („keine Religion ist besser als die anderen“).

Daraus leiten viele die Forderung ab, alle Menschen, die „voll und ganz“ von der Wahrheit einer mit Absolutheitsanspruch auftretenden Religion überzeugt sind, als intolerant auszugrenzen und im Namen der Toleranz eine solche Ansicht zu verbieten. Wobei die Relativisten, die dies fordern, nicht merken, dass sie selbst die Intoleranten sind, die dabei sind, eine „Diktatur des Relativismus“ aufzubauen (vor allem, wenn sich diese Ansicht als offizielle Staatsdoktrin etablieren sollte).

In Wirklichkeit ist es aber doch wohl so, dass der religiöse Relativismus eine NEBEN den klassischen „absoluten“ Religionen stehende WEITERE neue Religion zu sein, in der es – wie in anderen Religionen auch – sowohl tolerante als auch intolerante Gläubige geben kann; wobei diejenigen Relativisten, welche die Absolutisten ausgrenzen wollen, eben die intolerante Fraktion sind. Das Christentum aber ist bekanntlich eine Religion mit Absolutheitsanspruch, die dennoch die Forderung nach Toleranz sogar ausdrücklich beinhaltet. Im Übrigen würde ich den Anhängern einer "relativistischen Religion" gern einen kleinen Seitenhieb verpassen (ohne sie irgendwie ausgrenzen zu wollen): Ich würde ihnen als Argument entgegenhalten, dass es (wenigstens nach Schleiermacher, dem ich hier zustimme) in der Religion grundsätzlich um etwas geht, was uns "unbedingt" angeht (etwas, dem wir "unbedingt" vertrauen und welches dem Leben den "letzten" Halt geben sollte) und insofern geht es schon um etwas Absolutes; weshalb eine "relativistische Religion" so gesehen keine "ganz vollwertige" Religion wäre ...

Jedenfalls sollte ein guter Staat auch Religionen „mit Absolutheitsanspruch“ tolerieren und schützen, und nicht auf diejenigen hören, die ihm raten, diese Religionen „im Namen der gebotenen Toleranz“ zum Wohle der Menschheit zu bekämpfen.

4. „Aufhalten“ als Ziel christlicher Politik. Die Welt ist nach christlicher Tradition seit dem Kommen Christi in ihr letztes Stadium eingetreten. Christen sollen und möchten, wie eingangs gesagt, die Welt verbessern, in Richtung von mehr Toleranz, Freiheit, Solidarität, Liebe, und dies alles in der Erwartung der künftigen von Gott perfektionierten Welt. Antichristliche Mächte aber wollen das Gegenteil, und sie werden – so erwarten es die Christen – bevor Gott das Ruder übernimmt, am Ende der Geschichte für kurze Zeit einen Scheinsieg erlangen. Abwenden lässt sich dieses Desaster nicht, wohl aber aufhalten, wie Paulus in 2 Thess 2,6–7 inmitten des Antichrist-Abschnitts 2 Thess 2,1–12 andeutet. Deshalb sollte christliche Politik bemüht sein, das Unheil einer kommenden Diktatur so lange wie möglich aufzuschieben und aufhalten.

So lauteten auch die mir unvergesslichen Worte meines väterlichen Freundes, des Philosophen Robert Spaemann (1927–2018), die er in dem bis 2017 regelmäßig abgehaltenen Gesprächskreis einmal zur Politik äußerte: „*Aufhalten ist alles.*“

Anhang I: Dokumentation zur Konvergenz von Links- und Rechtsextremismus

1. Antisemitismus, Rassismus und „politisch unkorrekte“ Worte der beiden Initiatoren des Kommunismus, Karl Marx († 1883) und Friedrich Engels († 1895)

2009 erschien das Hörbuch *Marx & Engels intim*. Darin lesen Harry Rowohlt und Gregor Gysi (Linkspartei) aus dem privaten Briefwechsel zwischen Marx und seinem Mitstreiter Friedrich Engels vor:³⁴

Über ihre Familien schreiben Marx und Engels: „Sterben sollen sie alle.“ Über die Arbeiter äußern sie folgende Ansicht: „Sie taugen nur als Kanonenfutter.“ Über Bauern: „die stupideste Menschenklasse auf Erden“.

Über den konkurrierenden Arbeiterführer Ferdinand Lassalle heißt es: „Dieser jüdische Nigger.“³⁵ Auch zu den Nachbarvölkern der Deutschen vertreten Marx und Engels sehr dezidierte Ansichten. Die Schweizer seien durchweg "dumm", die Dänen dagegen "lügnerisch", am schlimmsten allerdings sei das Land Polen, welches "keine Existenzberechtigung" habe.

Engels schreibt zwei Mitkämpfer für den Sozialismus, Karl Liebknecht (den späteren KPD-Gründer) und Wilhelm Hasselmann: „Liebknecht ist natürlich wütend, da die ganze Kritik speziell auf ihn gemünzt war, und er der Vater ist, der mit dem Arschficker Hasselmann zusammen das faule Programm gezeugt hat.“ (Engels an Friedrich Adolph Sorge – 11.02. 1891).

In einer Rezension des Buches durch die *Welt* wird die Gedankenwelt von Marx und Engels so zusammengefasst: „Nationalismus, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Beschimpfung der eigenen Anhänger.“

Neben diesen Stilblüten in der „privaten“ Korrespondenz kommt ein klar „rassistisches“ Denken von Marx und Engels vor allem in dem berühmt-berüchtigten Artikel *Der magyarische Kampf* von Friedrich Engels zum Ausdruck, der in der von Karl Marx herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung* erschien (Nr. 184 vom 13. Januar 1849):

„Unter allen den Nationen und Natiönchen Österreichs sind nur drei, die die Träger des Fortschritts waren, die aktiv in die Geschichte eingegriffen haben, die noch jetzt lebensfähig sind – die Deutschen, die Polen, die Magyaren [= Ungarn]. Daher sind sie jetzt revolutionär. Alle andern großen und kleinen Stämme und Völker haben zunächst die Mission, im revolutionären Weltsturm unterzugehen. Daher sind sie jetzt kontrerevolutionär. [...] Es ist kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Überbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der geschichtlichen Entwicklung wurde. Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese *Völkerabfälle* werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Kontrerevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist. So in Schottland die Gälern, die Stützen der Stuarts von 1640 bis 1745. So in Frankreich die Bretonen, die Stützen der Bourbonen von 1792 bis 1800. So in Spanien die Basken, die Stützen des Don Carlos. So in Österreich die panslawistischen Südslawen, die weiter nichts sind als der *Völkerabfall* einer höchst verworrenen *tausendjährigen Entwicklung*. Dass dieser ebenfalls *höchst verworrene Völkerabfall* sein Heil nur in der Umkehr der ganzen europäischen Bewegung sieht, die für ihn nicht von Westen nach Osten, sondern von Osten nach Westen gehen sollte, dass die befreiende Waffe, das Band der Einheit für ihn die russische *Knute* ist – das ist das Natürlichste von der Welt. ... Aber bei dem ersten siegreichen Aufstand des französischen Proletariats, den Louis-Napoleon mit aller Gewalt heraufzubeschwören bemüht ist, werden die österreichischen Deutschen und Magyaren frei werden und an den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen.

Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und *alle diese kleinen stierköpfigen Nationen* bis auf ihren Namen vernichten. Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch *ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.* ... Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen, die uns hier im Namen der kontrerevolutionärsten Nationen Europas dargeboten werden, antworten wir, dass der *Russenhass* die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist; dass seit der Revolution der *Tschechen- und Kroatenhass* hinzugekommen ist und dass wir, in Gemeinschaft mit Polen und Magyaren, *nur durch den entschiedensten Terrorismus gegen diese slawischen Völker die Revolution sicherstellen können.* ... Dann Kampf, 'unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod' mit dem revolutionsverräterischen Slawentum; *Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus - ... im Interesse der Revolution!*“

Ein bekanntes Zitat von Karl Marx, in dem diese Gewalt befürwortet, ist: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt [...]“ Marx schreibt dies in: *Zur Kritik der Hegelschen Rechts-Philosophie*, 1843/44, Einleitung (*Marx-Engels-Werke* = MEW 1, S. 385).

Nebenbemerkung: In dieser Schrift nennt Marx auch die Religion „Opium des Volkes“ (S. 71–72, in MEW S. 378–379).

³⁴ Siehe den Bericht darüber in <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/10/karl-marx-denker-harald-martenstein> / 01.07.2018.

³⁵ Ferdinand Lassalle war Hauptinitiator und Präsident der ersten sozialdemokratischen Parteiorganisation im deutschen Sprachraum, des 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), und zählt daher zu den Gründervätern der später gegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Wörtlich schreibt Marx: „Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise Ende dieser Woche abreist, hat glücklich wieder 5000 Taler in einer falschen Spekulation verloren... Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten angeschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft.“ – Marx an Engels, 1862 (MEW 30, 257)

2. Antisemitismus bei anderen „Linken“ des 19. Jahrhunderts

Es gibt hier viele Beispiele. Zwei besonders krasse seien genannt:

a) Der Frühsozialist und mutualistische Anarchist *Pierre-Joseph Proudhon* († 1865) sah in den Juden eine minderwertige Rasse, unfähig zu produktiver Arbeit, metaphysischer Spekulation und dazu, einen eigenen Staat zu gründen. „*Man muss diese Rasse nach Asien verweisen oder vernichten. Durch das Eisen oder durch das Feuer oder durch die Ausweisung ist es notwendig, dass der Jude verschwindet.*“³⁶ So ist der „Sozialist“ Proudhon nicht zu Unrecht als „Wegbereiter des Nationalsozialismus“ bezeichnet worden.

b) *Friedrich Wilhelm Adolph Marr* († 1904), der zeitlebens als linksradikaler, Proudhon nahestehender Politiker und zugleich der „erste deutsche Anarchist“ gilt, hat zusammen mit einigen anderen seiner Zeitgenossen den Begriff „Antisemitismus“ erfunden, indem er 1879 die erste „antisemitische“ Vereinigung mit dem Namen „Antisemitenliga“ gründete. Selbst Atheist, lehnte er den rein religiös begründeten Antijudaismus (die alte Konkurrenz zwischen Christentum und Judentum) als ungenügend ab und wollte diesen durch einen „Rassen-Antisemitismus“ ersetzen. Juden hätten nicht die falsche Religion (alle Religion sei ja falsch), sondern wären eine minderwertige Rasse: Juden wären „Parasiten“, so Marr.

3. Antisemitische Tendenzen bei Linksradikalen heute:

Nach einer wissenschaftlichen Studie an der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder aus dem Jahre 2016³⁷ haben heute 34 Prozent der Linksextremen in Deutschland antisemitische Einstellungen. Konkret stimmen z.B. 34 Prozent der Linksextremen dem Satz zu, dass die Juden in Deutschland „zu viel Einfluss“ haben (dasselbe sagen „nur“ 16 Prozent der Linksradikalen – von denen die Linksextremen eine Untermenge darstellen – und nur 10 Prozent der Gesamtbevölkerung). Ebenso stimmten 34 Prozent der Linksextremen (13 Prozent der Linksradikalen und 8 Prozent der Gesamtbevölkerung) dem Satz zu, dass Juden „geld- und raffgierig“ seien.

4. Sozialistische Tendenzen bei Rechtsradikalen heute:

Neben den „sozialistischen“ Tendenzen im NPD-Parteiprogramm (z.B. Forderung nach Arbeiter-Selbstverwaltung) geben sich auch die beiden neuen rechtsextremen deutschen Parteien (die offenbar „rechts“ von der NPD zu lokalisieren sind) einen betont „sozialistischen“ Anstrich: die 2012 gegründete Partei *Die Rechte* (die unter anderem bisher parteilose rechtsextreme Aktivisten anspricht) und ganz besonders die 2013 gegründete Partei *Der III. Weg*. Die Partei „der „III. Weg“ scheint die derzeit extremste rechte Partei zu sein; sie versteht sich als „nationalrevolutionär“, wendet sich ausdrücklich „gegen christliche Werte“ (das Christentum gilt hier als Sekundärreligion des Judentums). Außerdem tritt sie in ihrem „10-Punkte-Programm“ ausdrücklich ein für die einen „deutschen Sozialismus“ (Punkt 1) sowie für „Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe“ (Punkt 2).

³⁶ Proudhon, *Carnets, 26 décembre 1847* (Notizbücher, 26. Dezember 1847), zitiert nach Dominique Trimbur: *Proudhon, Pierre-Joseph*. In: Wolfgang Benz (Hg.) *Handbuch des Antisemitismus. Bd. 2: Personen*. De Gruyter, Berlin 2009).

³⁷ Die Studie wurde in Buchform veröffentlicht unter dem Titel *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen* (Peter Lang Verlag Frankfurt a.M. 2016), kurz besprochen auf https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2016/fup_16_251-folgestudie-linksextremismus/index.html der Freien Universität Berlin sowie <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157108767/Der-verschwiegene-Antisemitismus-der-deutschen-Linken.html> der Welt online.

Anhang II: Formen des Anarchismus

Anarchisten (von Anarchie = griech. Nicht-Herrschaft oder Nicht-Obrigkeit) haben gemeinsam, dass sie sich der Herrschaft des Staates (und oft auch jeglicher anderer Herrschaft) über das Individuum entgegenstellen. Es gibt aber *sehr* verschiedene Formen des Anarchismus, nämlich (von rechts nach links geordnet) etwa die folgenden.

Kapitalistischer Anarchismus / Libertar(ian)ismus (Murray Newton Rothbard, † 1995). Rothbard tritt ein für Privateigentum an Produktionsmitteln in offenen Märkten ohne Staat ein (extremer wirtschaftlicher Liberalismus). Religiös ist er ein Agnostiker.

Egoistischer Anarchismus (Max Stirner = Johann Caspar Schmidt, † 1865; er beeinflusste den Nihilisten *Friedrich Nietzsche* † 1900). Stirner war nicht für eine Massenrevolution, sondern für den Rückzug einzelner aus Machtbereichen jeglicher Art durch Ungehorsam. In seinem Hauptwerk „Der einzige und sein Eigentum“ lautet der Kernsatz: „*Mir geht nichts über mich*“. Demzufolge lehnt er auch die Schaffung von Gleichheit aller Menschen als Ziel ab. – Stirner war Atheist oder besser gesagt glaubte er, dass jeder Mensch sein eigener Gott sei.

Individualistischer Anarchismus (William Godwin † 1836; Benjamin Tucker † 1939). *Godwin* war gegen eine Revolution, aber für die Verweigerung von Steuern, er erwartete eine langsame Abnahme der Autoritäten, im Gegensatz zu Stirner wollte er *gleiche Freiheit aller* und *gleichmäßige Verteilung des Privateigentums* (aber keine Kollektivierung), die *Abschaffung der Ehe*; er erwartet und begrüßte die radikale *Automation der Wirtschaft* (so dass jeder nur noch 1/2 Stunde am Tag arbeiten muss), und die *Erlangung physischer Unsterblichkeit* durch Technik. Durch diese Ideen war Godwin offenbar ein extrem früher Vorläufer des modernen *Transhumanismus*. Godwin war zeitweise Atheist, am Ende aber, wie er sagte, ein „vager Theist“. *Tucker* war dagegen Atheist und propagierte einen Individualismus „für alle“ *ohne* Naturrechtsbasis: es gibt nur das Recht der Macht und des Kontrakts; wer kleinen Kontrakt schließen kann, ist rechtlos: eine Mutter, die ihr Neugeborenes ins Feuer wirft, tut also kein Unrecht.

Früh-sozialistischer Anarchismus oder Mutualismus (Pierre-Joseph Proudhon, † 1865). Proudhon gilt als anarchistischer Früh-Sozialist. Er lehnte eine Revolution ab, sagte aber: „Eigentum ist Diebstahl“. Trotzdem war er *gegen* eine Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln; er unterschied nämlich das (abzulehnende) „Eigentum“ vom (beizubehaltenden) „Besitz“ (= eigenverantwortliche Nutzung von Gütern), und schlug daher vor, dass die Gesellschaft den Kleinproduzenten Produktionsmittel als „Besitz“ zur Verfügung stellt (über zinslose Kredite); dann soll ein Austausch der Waren nach dem Wertgesetz und dem Grundsatz freiwilliger Gegenseitigkeit erfolgen. – Merkwürdig sind die „Anti-Einstellungen“ Proudhons: Er war Antisemit³⁸ und Antifeminist,³⁹ und leidenschaftlich verbitterter „christlicher Antitheist“: Er bezeichnet Gott als Blödsinn, Feigheit/Niederträchtigkeit, Heuchlerei, Unwahrheit und das Böse schlechthin,⁴⁰ womit der offenbar den Gott der etablierten Religion meinte. Trotz dieses eingestandenen „Antitheismus“, wehrte sich Proudhon zeitlebens gegen den Vorwurf, ein „Atheist“ zu sein; Atheismus sei „noch weniger logisch als der Glaube“. So hielt er an einer Art „Vorsehung“ fest, und erklärte, Jesus sei für ihn vorbildlicher Moralprediger, aber nicht Gottes Sohn und auch kein Jude. Er bekämpfte das Alte Testament und war insofern „markionitischer“ Christ; lehnte aber auch Paulus ab, weil dieser zwar angeblich das Judentum ablehnte (wie Proudhon auch), aber gegen Jesu Absicht ein neues Gesetz und eine neue Klerikerhierarchie eingeführt habe.⁴¹

Kollektivistischer Anarchismus (Michael Bakunin † 1876; antiautoritärer Flügel der Ersten Internationale). Bakunin war für eine gewaltsame Revolution (siehe unten zum terroristischen Anarchismus); für Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und für eine Arbeiter-Selbstverwaltung (Syndikalismus) ohne Staat, aber für Beibehaltung des Geldes, das „jedem nach seiner Leistung“ zustehen soll. – Bakunin war Atheist, sein bekanntes Argument hierfür lautet: „Wenn Gott existiert, ist der Mensch ein Sklave; der Mensch kann und soll aber frei sein: Folglich existiert Gott nicht.“ (Bakunin, *Gott und der Staat*, Berlin, 2007, S. 51).

Sozialistischer Anarchismus (Gustav Landauer, † 1919). Inspiriert von Kropotkin (siehe den folgenden Abschnitt) vertrat Gustav Landauer einen „sozialistischen Anarchismus“ oder „herrschaftsfreien Sozialismus“ mit dem Leitbild von eigenständigen Individuen, die freiwillig eine sozialistische Gemeinschaft ohne Eigentum bilden. Er befürwortete ein alternatives Geldsystem, bei dem das Geld mit der Zeit seinen Wert verliert. Er trat außerdem als Anarchopazifist (besonders in der Zeit des Ersten Weltkriegs) für Gewaltfreiheit ein. Als Jude und im jüdischen Glauben aufgewachsen, wurde er im Alter von 22 Jahren zunächst Atheist, änderte seine Ansicht aber nach 1900 allmählich und näherte sich christlichen und auch jüdischen mystischen Traditionen an.

Kommunistischer Anarchismus (Peter Kropotkin † 1921)

Wie Bakunin war Kropotkin Atheist und Revolutionsbefürworter; im Gegensatz zu Bakunin war er für die Abschaffung des Geldes und die Austeilung von Waren („jedem nach seinen Bedürfnissen“). Bemerkenswert ist Kropotkins Anti-Sozialdarwinismus, statt des „Kampfes ums Dasein“ sah er eine „gegenseitige Hilfe der Tier- und Menschenwelt“ als Evolutionsfaktor (*Mutual Aid: A Factor of Evolution*).

Ein bekannter Anhänger von Kropotkins „*Kommunistischem Anarchismus*“ war der aus Ausgburg stammende Politiker *Johann Most* († 1906), der zunächst in der SPD aktiv war, und sich denn zum kommunistischen Anarchismus bekehrte, und ganz besonders stark die Religion bekämpfte. In seiner Hauptschrift *Die Gottespest* heißt es: „*Unter allen Geisteskrankheiten, welche der Mensch in seinem dunklen Drange sich systematisch in den Schädel impfte, ist die Gottespest die allerscheußlichste.*“

³⁸ Siehe oben S. 29.

³⁹ Einer befreundeten Anarchistin schrieb er beispielsweise: „Es gibt bei Ihnen im Gehirn wie im Bauch einige durch sich selbst von Geburt unfähige Organe, die nur der männliche Geist zum Funktionieren bringen kann“ (Proudhon. *Lettre à Madame J. d'Héricourt*; in: *La Revue philosophique et religieuse*, VI (Januar 1857); S. 164–166, hier S. 165).

⁴⁰ Er schreibt in *Système des contradictions économiques ou Philosophie de la misère* (1846) 2. Aufl. Paris 1850, Band 1, S. 383–384: „Car Dieu [394], c'est sottise [Blödsinn] et lâcheté [Feigheit/Niederträchtigkeit], Dieu c'est hypocrisie [Heuchlerei] et mensonge [Unwahrheit]; Dieu, c'est le mal [das Böse]“.

⁴¹ Vgl. Frédéric Krier, *Sozialismus für Kleinbürger. Pierre Joseph Prudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches*, Köln 2009, S. 253–256.

Ordnet man den Anarchismus im Parteienschema statt von links nach rechts von oben nach unten, so kann man terroristischen und pazifistischen Anarchismus unterscheiden; obwohl Anarchismus per se „unten“ ist, sofern er staatliche Gewalt ablehnt, ist der (zur Durchsetzung anarchistischer Ziele) gewalt-befürwortende Anarchismus dennoch oben. Dementsprechend unterscheidet man noch zwischen terroristischen und pazifistischen Anarchismus:

Terroristischer Anarchismus. Dieser befürwortet Attentate, den sog. „Propaganda der Tat“, nach dem Motto: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“. *Terror* wurde im kollektivistischen und kommunistischen Anarchismus zuweilen befürwortet und auch praktiziert. So sagt Bakunin über die Aktionen der Anarchisten: „*Man wird es Terrorismus nennen. [...] Nunwohl, es ist uns gleichgültig. Wir scheren uns nicht um ihre [...] Meinung.*“ (Bakunin, *Worte an die Jugend, Prinzipien der Revolution*, Genf 1869) Von der anarchistischen Bewegung *Narodnaja Wolja* wurde z.B. der Anschlag auf Zar Alexander II. im Jahr 1881 verübt.⁴² Teile der „Antifa“-Bewegung sind anarchistisch und lehnen zwar (körperliche) Gewalt gegen Personen ab, befürworten aber Gewalt gegen Sachen und Aktionen zur öffentlichen Bloßstellung von Personen.

Pazifistischer und christlicher Anarchismus (Leo Tolstoi † 1910). Der orthodoxe Christ Tolstoi lehnte jegliche Gewalt in wörtlicher Befolgung der Bergpredigt Jesu ab. Damit verbunden ist ein mystischer Rückzug aus der Politik („das Reich Gottes ist *in* euch“). Viele sog. „christliche“ oder dem Christentum nahestehende und dafür aufgeschlossene Anarchisten (wie der oben genannte sozialistische Anarchist Gustav Landauer) folgen mehr oder weniger einem solchen Anarchopazifismus. Die Christen unter den Anarchisten führen aber ein Nischen-Dasein. Manche bezeichnen sich als „atheistische“ Christen (und glauben, dass Jesus Christus selbst ein Atheist war). Wirklich an Gott glaubende christliche Anarchisten erkennen meist Gott als *einzig* Autorität an, und lehnen dann meist das organisierte Christentum bzw. die Kirchen ab. Ausnahmen wie die katholische Anarchistin *Dorothy Day* († 1980) bestätigen aber auch hier die Regel.⁴³ Nach der biblisch fundierten christlichen Soziallehre ist nun allerdings der Staat ebenso wie die Familie und die Kirche eine von Gott legitimierte Institution,⁴⁴ wozu ein vollkommener Anarchismus im Widerspruch steht. Gleichwohl kann ein (recht)gläubiger Christ einem pazifistischen Anarchismus zumindest teilweise entgegenkommen, weil ein christlich geprägter Staat dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend ein möglichst viel individuelle Freiheit und freie Entfaltung seiner Bürger garantierender Staat sein sollte.

⁴² Rote Armee Fraktion (RAF) 1970 von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Ulrike Meinhof gegründet, wurde „anarchistisch“ genannt, verstand sich selbst aber als „marxistische Guerilla-Bewegung“. Die Gruppe ist für 34 Morde verantwortlich und wurde 1998 aufgelöst. Auf einem Tonband, dessen Wortlaut der Spiegel später in „unredigierten Auszügen“ abdruckte, erklärte Meinhof: „*Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.*“

⁴³ Für Dorothy Day wurde unter Papst Johannes Paul II. sogar ein kirchlicher Seligsprechungsprozess eröffnet.

⁴⁴ Trotz grundsätzlicher göttlicher Legitimität des Staates (vgl. Mt 22,17–21; Mk 12,13–17; Lk 20,20–24; Joh 19,11; Röm 13 1–7; 1 Tim 2,2; Tit 3,1; 1 Petr 2,13–17) besteht für die konkreten Staaten – wie die biblisch-christliche Tradition immer betont hat – immer die Gefahr eines antichristlich-diabolischen Machtmissbrauchs (Lk 4,6) und der Unterdrückung der Völker (1 Sam 8; Mt 20,25; Mk 10,42; Lk 22,25), so dass von den Mächtigen eine konsequente Dienstbereitschaft gefordert werden muss (Mt 20,26–28; Mk 10,43–45; Lk 22,26–27).